

Telematische Mitbestimmung in der Kommunalpolitik

DISSERTATION

ausgeführt zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der technischen Wissenschaften unter der Leitung von

Univ.-Prof. Dr. Ina Wagner

Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung,
Abteilung für Computer Supported Cooperative Work
Institutsnummer 187/1

eingereicht an der Technischen Universität Wien,
Fakultät für technische Naturwissenschaften

von

Dipl.-Ing. Roland Alton-Scheidl

Matrikelnummer 8326370
Operngasse 22/12, A-1040 Wien

Wien im Juli 1998

KURZFASSUNG

Die vorliegende Dissertation ist das Ergebnis einer mehrjährigen Forschungsarbeit, die sich mit der Frage beschäftigt, welche Rolle Telekommunikationsmedien für einen demokratischen Erneuerungsprozeß haben könnten. Insbesondere sollte das Potential der Bevölkerung zur Beteiligung am politischen Diskurs und damit zur Herbeiführung tragfähiger Entscheidungen im lokalen Bereich ausgelotet werden.

In einem demokratietheoretischen Teil des Berichtes werden zunächst die Randbedingungen lokalpolitischer Partizipation insbesondere nach sozioökonomischen Kriterien abgesteckt.

Anwendungsmöglichkeiten für neue telematische Medien (Internet, Mailboxen, Sprachboxen, Informationskioske u. a.) reichen von Foren für lokalpolitische Diskussionen, Angebote zur Nachbarschaftshilfe, Informationen über die Verwaltung, Termine für Veranstaltungen, Treffpunkte für gemeinsame Interessen bis hin zu Abstimmungen. Beispiele für solche Dienste sind die zumeist über das Internet erreichbare "Community Nets", die TeleCities Initiative der EU oder einige wenige telefon- und faxbasierte Dienste.

Die junge Sprachboxtechnologie (auch als Audiotexdienste bezeichnet) bietet einen strukturierten Zugang zu Informationen und Diskussionsforen über das herkömmliche Telefon (ohne Computer und Modem). Die neuen interaktiven Medien verursachen gegenüber herkömmlichen (auch elektronischen) Medien weitaus geringere Kosten zur Artikulation individueller (lokal)politischer Anliegen. Andererseits wird klar, daß artikulationsstarke Bevölkerungsschichten auch diese neue Medien verstärkt nutzen, wobei Sprachboxen im Vergleich zu Online-Diensten prinzipiell eine weitaus niedrigere Zugangsschwelle aufweisen.

Für einen Feldversuch wurde ein technisches und organisatorisches Umfeld geschaffen, das es erlaubte, erstmals ein Sprachboxsystem auf seine Eignung und Akzeptanz hin bei der Bürgerkommunikation in einem lokalen Planungsverfahren zu testen. Das "Grätzltelefon für den Raum Aspern" sollte nicht nur die etwa 50.000 Bewohner des Marchegger Ast am Nordostrand Wiens über Bautätigkeiten informieren, sondern auch die Möglichkeit des Mitredens und Mitplanens bieten. Während des viermonatigen Feldversuches wurden knapp 2.000 Anrufe verzeichnet, wobei etwa 40 Stellungnahmen in einem öffentlichen Telefonforum aufgezeichnet wurden, die wiederum bis zu 200 mal abgehört worden waren.

Die für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Abteilung der Stadtplanung zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden; Folgeprojekte mit einem lokalen Radiosender wurden realisiert.

Der Feldversuch zeigte, daß ein hoher Werbeaufwand notwendig ist, um die Existenz und die Möglichkeiten eines solchen Mediums gegenüber der Bevölkerung darzustellen. Trotz der Einbindung des Feldversuches in ein laufendes Bürgerbeteiligungsprojekt wurde weiters klar, daß bessere und verbindlichere Verfahren gefunden werden müssen, die eine Koppelung des realpolitischen mit dem virtuellen Diskurssystem gestatten. Aufgrund der wenig ausgeprägten Kultur der direkten politischen Mitbestimmung in Österreich müßte freilich die Politik diesbezügliche Zugeständnisse machen, wobei die Telekommunikationstechnologie als Katalysator wirken könnte. Wenn es nicht gelingt, die Politik miteinzubeziehen, also telematische Mitbestimmungsmöglichkeiten nur vorgetäuscht werden, absorbieren telematische Medien politisches Engagement und verstärken die Ohnmacht vor der Politik.

Den befragten Experten erschien die Bereitstellung von Sprachboxdiensten als Alternative zu Anruferzählungen oder in der Zeit vor Volksabstimmungen als demokratiepolitisch besonders wertvoll, da so die Wähler Argumente per Telefon anhören, aber auch selbst welche aufsprechen könnten und der themenbezogene Diskurs zeit- und ortsunabhängig verstärkt werden würde. Zur verbesserten Strukturierung des Diskurs in Sprachboxsystemen wurde vom Projektteam ein Bewertungssystem ausgearbeitet, mit dem ein Anrufer, der ein Statement abgibt, Punkte erhält und weitergeben kann, womit ein dynamisches Meinungsbild und eine Orientierungshilfe entsteht.

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	6
EINLEITUNG	9
1. INHALT, ZIEL UND METHODE	12
2. DEMOKRATIE UND NEUE MEDIEN	17
2.1. Elektronische Demokratie: ein Leitbild auf dem Prüfstand	17
2.2. Demokratie als sozialen Prozeß verstehen	18
2.2. Öffentlichkeit als Element politischer Partizipation	25
2.3. Telematische Medien: nur eine neue Ebene im demokratischen Diskurs?	28
3. NEUE MEDIEN IN DER KOMMUNALPOLITIK	37
3.1. Rahmenbedingungen kommunaler Partizipation	38
3.2. Neue lokale Massenmedien	40
4. LOKALE TELEKOMMUNIKATIONSDIENSTE: EINE BESTANDSAUFNAHME	46
4.1. Geschichte und Ziele kommunaler Informationssysteme	46
4.2. Anwendungen für lokale Telekommunikationsdienste	49
4.3. Technische Realisierungen	53
4.4. Sozioökonomische Effekte lokaler telematischer Medien	62
4.5. Die Community- und FreeNet-Bewegung	65
4.6. Beispiele für Community-Networks	69
4.7. TeleCities - eine Initiative der EU	77
4.8. Ansätze zu Community Nets in Österreich	78
5. FELDVERSUCH MIT AUDIOTEXDIENST	84
5.1. Audiotextdienste: die sozialverträgliche Netzwerkvariante?	84
5.2. Funktionale Grundelemente von Audiotextdiensten	86
5.3. Gestaltungsvarianten bei Audiotextdiensten	92
5.4. Das "Grätzltelefon für den Raum Aspern"	98
5.5. Zielsetzungen des Feldversuches	98
5.6. Anlage des Feldversuches und Funktionen des Grätzltelefons	100
5.7. Inhalte im "Grätzltelefon für den Raum Aspern"	102
5.8. Öffentlichkeitsarbeit für eine neue Form von Öffentlichkeit	103
5.9. Ergebnisse des Feldversuches	107
6. SCHLUSSFOLGERUNGEN	111
6.1. Von Politikinformationssystemen zu Community Nets: Wandel der Zielsetzungen	111
6.2. Technologische Vielfalt wächst	112
6.3. Soziale Rahmenbedingungen für die Nutzung telematischer Medien	113
6.4. Schlußfolgerungen zu Technologien und Mediengestaltung	115
6.5. "Integrierte Technikbewertung" als Methode	117
LITERATUR	119

Telematisch zugängliche Quellen	123
ANHANG A: Expertenstatements	126
A.1. Expertenstatement von Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher	126
A.2. Expertenstatement Dr. Michael Latzer	132
A.3. Expertenstatement Dr. Sonja Puntcher Riekman	134
A.4. Expertenstatement Univ.-Prof. Dr. Ucakar	136
A.5. Expertenstatement Dr. Hans Zeger	137
ANHANG B: Materialien	140
B.1: Liste sprachbasierter kommunaler Informationssysteme	140
B.2: FreeNet-Systeme bzw. Organisationskomitees in Europa	140
B.3: Liste textbasierter kommunaler Informationssysteme	141
B.4: Liste der "Gebäude" der Digitalen Stad in Amsterdam.	145
Lebenslauf	148

Verzeichnis der Abbildungen

<i>Abbildung 1: Eingriffspunkte der Technikbewertung in den Entwicklungsphasen einer Technologie</i>	14
<i>Abbildung 2: Teilnahmebereitschaft an politischen Aktivitäten für nicht aktive</i>	23
<i>Abbildung 3: Kategorien von Diensten für lokale Informationssysteme</i>	49
<i>Abbildung 4: Informationsinteressen bei Stadtinformationssystemen</i>	50
<i>Abbildung 5: Telematische Basisdienste nach Kommunikationspartnern</i>	54
<i>Abbildung 6: Beispiel eines Free Net (Erlangen-Nürnberg, BRD) mit textbasierter Benutzerschnittstelle</i>	56
<i>Abbildung 7: Kriterien zur Bewertung von Medien für lokale Kommunikationsdienste</i>	61
<i>Abbildung 8: Sozioökonomische Wirkungsebene lokaler telematischer Medien</i>	63
<i>Abbildung 9: Diskussionsforen der Digitalen Stadt in Amsterdam</i>	71
<i>Abbildung 10: "De Digitale Stad" als WorldWideWeb-Dienst</i>	72
<i>Abbildung 11: Eine Seite des WWW-basierten "National Capital FreeNet" in Ottawa, Kanada</i>	75
<i>Abbildung 12: "Rete Civica di Milano"</i>	77
<i>Abbildung 13: Die "Black•Box", ein auf Jugendkultur und Stadtpolitik spezialisiertes Mailboxsystem</i>	80
<i>Abbildung 14: Nutzung neuer Medien in Österreich 1995 für nicht-geschäftliche Kommunikation</i>	86
<i>Abbildung 15: Vergleich von Steuerungsmöglichkeiten bei Audiotexdiensten</i>	93
<i>Abbildung 16: Anündigung des Grätzltelefons</i>	105
<i>Abbildung 17: Informations- und Diskussionsbereiche des Grätzltelefons</i>	106
<i>Abbildung 18: Auswahl der angebotenen Informationsbereiche beim Grätzltelefon</i>	107
<i>Abbildung 19: Anzahl der Anrufe beim Grätzltelefon nach Tageszeit während 4 Monaten</i>	109

VORWORT

Die vorliegende Dissertation ist das Ergebnis einer mehrjährigen Forschungsarbeit, die ich im Rahmen eines Projektes an der Forschungsstelle für Sozioökonomie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und im Rahmen des Vereins zur Förderung kultureller Alltagskommunikation mittels telematischer Netzwerke durchgeführt habe. Im wesentlichen ist diese Arbeit eine Weiterführung und Umsetzung von Gedanken und Modellen, die ich bereits in meiner Diplomarbeit „Kommunikation in der telematischen Gesellschaft“ skizziert hatte: eine Weiterentwicklung von Methoden und technischen Werkzeugen zur Belebung latenter Demokratisierungspotentiale, insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik durch den Einsatz telematischer Medien.

Wenn ich auch Teilergebnisse bereits - auch international - präsentieren konnte und auch eine Weiterführung der erarbeiteten Konzepte und Dienste unter „realen“ Medienbedingungen anläuft, so ist diese Arbeit für mich ein wichtiger Meilenstein, die theoretischen Überlegungen zu ordnen, Praxisarbeit zu dokumentieren und Schlußfolgerungen zu ziehen.

Gefangengenommen von den neuen Möglichkeiten der Telekommunikation und angeheizt vom Internet - Hype zu Beginn der 90er Jahre - war ich hochmotiviert, Überlegungen und praktische Erfahrungen zu einer Anwendbarkeit der neuen Medien insbesondere für lokale Bürgerbeteiligung zu prüfen. Auch wenn das Ergebnis des im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Feldversuches für alle Beteiligten ermutigend war, und in Nachfolgeprojekten das Verfahren verbessert und erweitert worden ist, so zeigte sich doch, daß eine solchartige Unterstützung von Beteiligungsverfahren nur ein Rad im komplexen politischen Getriebe sein kann. Wenn der politische Wille vorhanden ist, telematische Medien verstärkt zu verwenden, muß im gleichen Atemzug auch die Einbindung der Realpolitik in die neuen diskursiven Prozesse organisiert und verlangt werden; sonst bleiben derartige Telematikdienste wirkungslos, zumindest was die konkrete Problemlösung betrifft. Freilich muß die Politik auch erst Geschmack daran finden und diese neuen Medien kennenlernen - ich hoffe meine zahlreichen Gespräche mit Verantwortlichen bei der Stadt Wien haben dazu beigetragen, den Blick für Anwendungsmöglichkeiten, aber auch Grenzen zu schärfen.

Die zentrale Forschungsfragestellung, inwiefern sich Telekommunikationsdienste auf das Teilnahmeverhalten der Bevölkerung am politischen Diskurs auswirken, konnte nur so angegangen werden, als ich ein völlig neues Medium erst entwickelt mußte, das es jedem Bürger erlaubt, von einem Telefonapparat - ohne Verwendung eines Bildschirms oder Modems - an einem zeitlich versetzten, medialen Diskurs teilzunehmen. Dieser Teil der Arbeit, die Entwicklung einer Software für die Umsetzung solcher Dienste war integraler Bestandteil des Projektes und habe ich eigenständig ausgeführt. Jedoch habe ich mich entschlossen, in der vorliegenden Arbeit das Softwareprojekt „PUBLIC VOICE Grätztelefon“ nicht näher zu beschreiben und mich auf die theoretischen Überlegungen zu konzentrieren.

Der oder die Leserin möge sich darauf einstellen, daß einige Referenzen zu einzelnen Telematikdiensten aufgrund der Schnellebigkeit des Internets schon zum Zeitpunkt der Vervielfältigung dieser Arbeit nicht mehr aktuell sein werden und mitunter nur über eine Suchmaschine wieder aufgespürt werden können.

Mein Dank gilt zunächst den Projektpromotoren an der Akademie der Wissenschaften, dem Leiter Egon Matzner und dem stellvertretenden Leiter Hardy Hanappi, dem Promotor bei der Stadt Wien, dem damaligen Stadtrat Hannes Swoboda; den Moderatoren des damaligen Bürgerbeteiligungsverfahrens im Wiener 22. Bezirk Eugen Antalovsky und Ottokar Indrak; den Personen in der Magistratsabteilung 18, Herrn Dvorak und Herrn Zunke sowie Frau Philipp für die Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und Herrn Hofstetter für die fachliche Betreuung. Besonderen Dank an Gerhard Lukawetz, Mitbegründer der BlackBox, der zahlreiche aktuelle Hinweise und Ideen lieferte und mich bei Recherchen, Berichten und Interviews unterstützte. Dank an Fritz Grosz für die Textierung des Telefondienstes; Andreas Kosek vom teatro caprile für seine Stimme im Grätzltelefon; Andreas Fuith für seine Unterstützung vor Ort und Marianne Unterluggauer für ihre Ideen, Kritik und Umsetzung grafischer Entwürfe. Nicht zuletzt sei allen Interviewpartnern, insbesondere jedoch Gerald Steinhardt vom Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung an der TU Wien für die Auseinandersetzung mit der Thematik und seinen wertvollen Hinweisen und den ergänzenden Fragen für die vorliegende Arbeit gedankt. Ina Wagner und Josef Hochgerner haben die Arbeit fachlich beurteilt.

Last but not least gilt der Dank meiner Frau Juliane Alton, die insbesondere in der Phase der Softwareentwicklung des Grätzltelefons mit einem manchmal geistig abwesenden Partner das Auslangen finden mußte.

Zum Abschluß meines Ausbildungsweges an der TU Wien gilt mein Dank dem österreichischen Wohlfahrtssystem, das es mir ermöglichte, in Wien zu studieren aber auch insbesondere meinen Eltern Karl und Elisabeth Scheidl und meiner Großmutter Elisabeth Schepers, die mich finanziell und moralisch unterstützt haben.

EINLEITUNG

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wecken allorts Erwartungen: wirtschaftlicher Aufschwung, mehr Freizeit, papierloses Büro, mehr Lebensqualität, verbesserte Mitbestimmung. Diese IuK-Technologien sind Hoffnungsträger für Ökonomie, Ökologie und Demokratie - nicht mehr nur in den Köpfen der Strategen der Computerindustrie, sondern auch in den Sonntagsreden von Politikern, ja ebenso in Abhandlungen von Soziologen und Medienexperten. Mit der vorliegenden Untersuchung des Potentials dieser Technologien zur Unterstützung lokalpolitischer Diskurse - als wesentliches Element politischer Anteilnahme der Bevölkerung - sollte mit dieser Arbeit den diesbezüglichen Erwartung auf den Zahn gefühlt werden: Leisten diese Technologien tatsächlich einen Beitrag zur besseren Verständigung und tragen sie dazu bei, politische Entscheidungen tragfähiger zu machen, oder lassen wir uns im Lichte der technischen Faszination einer allgegenwärtigen Vernetzung von einer Vision der schrankenlosen Kommunikation blenden?

Das der Dissertation zugrundeliegende Forschungsprojekt kann mit zumindest zwei Ergebnissen aufwarten: Erstens, eine schriftliche Arbeit, die eine Bestandsaufnahme zur Partizipation mittels Telematik enthält, Problembereiche beschreibt, Gestaltungsvorschläge skizziert. Zweitens, ein, prototypisches Kommunikationsmedium, basierend auf der Audiotexttechnologie. Der Feldversuch "Grätztelefon für den Raum Aspern", erreichbar unter der Telefonnummer (01) 589 30 22, ist hierbei nur einer von vielen Diensten, die mit diesem Medium realisiert werden können. Der entwickelte Audiotextservice ist das Ergebnis meiner intensiven Beschäftigung mit dieser Technologie, wobei ich freilich von Menschen mit unterschiedlichen Zugängen (Softwareentwickler, Kommunikationswissenschaftler, Dienstbetreiber, Politikwissenschaftler, Medienkünstler) stets unterstützt und beraten worden bin.

Die erste Phase meiner Arbeit war dominiert von der Auswahl eines Anwendungsfeldes und der Herstellung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Durchführung eines Feldversuches, um konkrete Erfahrungen zu sammeln. Weiters habe ich Literaturrecherchen und Gespräche mit verschiedenen Beteiligten in einem lokalpolitischen Kommunikationsprozeß durchgeführt. In einer zweiten Phase habe ich sodann versucht, die

Ergebnisse des Feldversuches und Expertenmeinungen in den theoretischen Teil einzuarbeiten und daraus Schlußfolgerungen und Empfehlungen abzuleiten.

Das Wesen der Arbeit ist die Ausarbeitung eines Praxismodells für einen sozioökonomischen Entwurf, nämlich die Schaffung eines gleichberechtigten und kostengünstigen Zugangs zu einem universellen Sender-Empfänger-Medium. Mit der Nutzung des Telefonnetzes und der Verwendung der Audiotexttechnologie bietet sich eine neue Chance, thematisch differenzierte Diskurse über Lokalthemen zu fördern. Dies erscheint mir angesichts des zunehmenden Desinteresses der Bevölkerung, die dafür vorgesehenen politischen Institutionen mitzutragen, als ein durchaus anstrebenswertes Ziel.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen medial unterstützte Kommunikationsvorgänge zwischen Menschen mit einem gemeinsamen lokalen Bezug zu ihrem Wohnviertel, ihrem Bezirk oder ihrer Gemeinde, und zwar insbesondere jene Kommunikationsvorgänge, die eine Mitgestaltung des gemeinsamen Lebensraumes fördern. Unsere Gesellschaft geht von der Annahme aus, daß die hohen Investitionen im Kommunikationsbereich (Datahighway, Kabelfernsehen) die nationale und weltweite Verständigung im geschäftlichen als auch im privaten Bereich verbessert und sich die Investitionen als Infrastrukturleistungen rechnen. Da sich die Kommunikationsaktivitäten eines Menschen nicht beliebig steigern lassen, versanden jedoch zunehmend die lokalen Kanäle aufgrund der extensiven Fernkommunikation. Mängelerscheinungen zeigen sich nicht nur im persönlichen Bereich, etwa wenn der Versuch, bei Nachbarn ein Ei auszuborgen, zum sozialen Abenteuer wird. Auch der politisch-administrative Bereich ist mit einer hohen Ignoranz seitens der Bevölkerung konfrontiert, etwa wenn es darum geht, Mitwirkende für Planungsgruppen zu mobilisieren. Im globalen Dorf hingegen fällt es vielen scheinbar leichter, einfach Kontakt zu knüpfen, sei es per Internet oder über eine internationale "Chatline" per Telefon.

Seit kurzem sind jedoch auch Initiativen zu beobachten, die mittels Telekommunikation versuchen, lokale Räume "wiederzubeleben". Eine Bestandsaufnahme der verfügbaren Techniken und der Initiativen wird im Kapitel 4 durchgeführt.

Die Wichtigkeit der persönlichen Kommunikation im lokalen Bereich steht außer Frage. Kommunikatives Handeln dient der Überlieferung und Erneuerung kulturellen Wissens, der

sozialen Integration und der Ausbildung von persönlichen Identitäten.¹ Auch an der politischen Meinungsbildung hat die interpersonelle Kommunikation im Vergleich zu den Massenmedien einen höheren Anteil als lange Zeit angenommen.² Im Kapitel "Neue Medien in der Kommunalpolitik" werden die Randbedingungen und Erwartungen an neue Medien beleuchtet. Insbesondere wird die Frage verfolgt, welchen Stellenwert neue interaktive Medien, wie Mailboxen und Audiotextdienste, in ihrer Funktion zwischen Massenmedien und interpersoneller Kommunikation einnehmen.

In einem weiteren Kapitel beschreibe ich die Grundlagen der Audiotexttechnologie, eines neuen, für jeden Menschen per Telefon erreichbaren, universellen Kommunikationsmediums. Darüberhinaus werden Gestaltungsoptionen und Problembereiche aufgezeigt und die Details bei der Durchführung des Feldversuches "Grätzltelefon für den Raum Aspern" beschrieben.

Daraufhin folgen Schlußfolgerungen, die ich nach dem Gespräch mit Experten, die im Anhang transkribiert sind, erarbeitet habe.

Das Literaturverzeichnis enthält einen ausgegliederten Teil mit Quellen, die über Telekommunikationsnetze zugänglich sind. Entsprechende Literaturverweise sind mit einem (T) gekennzeichnet.

¹ vgl. Habermas 1982, 594

² Die interpersonelle Kommunikation vermag weniger gut Fakten zu übermitteln als die Massenmedien, weswegen akkurate Sachinformationen auch gar nicht von ihr erwartet werden. Interpersonelle Kommunikation bietet vielmehr eine Selektionshilfe und eine Möglichkeit, Sachverhalte im Gespräch testen zu können. Die Stärke einzelner Massenmedien liegt im Bereich der Faktenvermittlung, nicht jedoch in der Einstellungsbildung oder -änderung. Vgl. hierzu Schmitt-Beck 1993.

1. INHALT, ZIEL UND METHODE

Das Untersuchungsfeld der vorliegenden Arbeit umfaßt die Beschreibung neuer Kommunikationsmedien, die sich in einer frühen Entwicklungsphase befinden und die Beurteilung der Anwendungsfähigkeit in einem bestimmten Anwendungsfeld.

Zur Beurteilung des Anwendungsfeldes Lokalpolitik werden die Randbedingungen lokaler Kommunikation und Partizipation ausgeführt, und zwar nach dem Gesichtspunkt der Verbesserung lokaler Verständigungsprozesse zwischen Menschen, die in einem lokal begrenzten Gebiet leben, als auch dieser Menschen mit der kommunalen Verwaltung. Insbesondere werden dabei Möglichkeiten und Grenzen für eine medial unterstützte, verstärkte Partizipation in Planungsprozessen beleuchtet.

Die in den Vordergrund gestellten neuen Medien, und insbesondere die in dieser Arbeit vorgestellten Audiotextdienste, eignen sich besonders für eine "Integrative Technik-bewertung", die versucht, Bestimmung, Verwendungszwecke und die Gestaltung einer neuen technologischen Entwicklung nicht nur zu beschreiben und zu bewerten, sondern sie auch zu beeinflussen.

Mit der Arbeit unmittelbar verbunden war auch die praktische Umsetzung einzelner Zwischen-ergebnisse im Rahmen einer Softwareentwicklung für einen Audiotextdienst. Damit habe ich praktische Tests durchgeführt, Erfahrungen gesammelt und diese direkt sowohl in theoretische Überlegungen als auch in den Designprozeß rückgekoppelt.

Die leitenden Fragestellungen der Arbeit lauten:

- Welche Konzepte zu einer elektronischen Demokratie existieren und wie sind sie auf den lokalen Bereich anwendbar?
- Welchen Stellenwert können telematische Medien im Vergleich zu Radio, Lokalfernsehen und Presse für den lokalen Bereich einnehmen?
- Welche Akteure können oder sollen in welcher Form diese neuen Medien nutzen?

- Können mit Audiotextdiensten tatsächlich weitere Bevölkerungskreise angesprochen werden als mittels Online-Diensten?
- Welche Anwendungsbereiche ergeben sich für diese Medien in der Lokalpolitik?
- Welche Erfahrungen gibt es in anderen Ländern mit telematischen Medien für die kommunale Kommunikation?
- Ist das Medium "Audiotex" in der Lage, lokal vorhandene Kompetenz in Problemlösungsprozesse vor Ort einfließen zu lassen?
- Wie lauten die detaillierten Gestaltungsvorgaben, wenn sich die Gestaltungsrichtlinien an einem sozioökonomischen Modell orientieren, das den gleichberechtigten und kostengünstigen Zugang zu interaktiven Medien in den Vordergrund stellt?
- Welchen Rang nehmen Audiotextdienste in Bezug auf die Start- und Betriebskosten im Vergleich zu anderen Medien ein?

Ziel der Arbeit war die Durchführung einerseits einer Analyse über Anwendungsbereiche und Wirkungen von interaktiven Medien im lokalen Bereich, unter besonderer Berücksichtigung von Audiotextdiensten. Mit einem Feldversuch sollten unmittelbare Erfahrungen gesammelt werden, ob und wie Audiotextdienste hierfür zweckmäßig eingesetzt werden können. Darüberhinaus sollten Problembereiche bei der Implementierung von interaktiven Diensten sichtbar gemacht werden. Politikwissenschaftler und Experten wurden mit den Ergebnissen des Feldversuches konfrontiert und deren Meinungen wurden in die Arbeit eingeflechtet; sie sind im Anhang wiedergegeben.

Technikentwicklung ist generell stark von sozialen Konzepten und nichttechnischen Erfahrungen der beteiligten Akteure beeinflusst.³ Dieser Erkenntnis habe ich auch entsprechenden Raum zu geben versucht, indem ich in weiten Teilen des Projektes auch als Moderator der Akteure mit ihren spezifischen Interessen agierte, was mir letztlich auch

³ Hochgerner 1986, 75ff

Einblick in die Vorstellungswelt der Akteure , die ich freilich nicht freihalten konnte von einer Beeinflussung meinerseits, verschaffte.

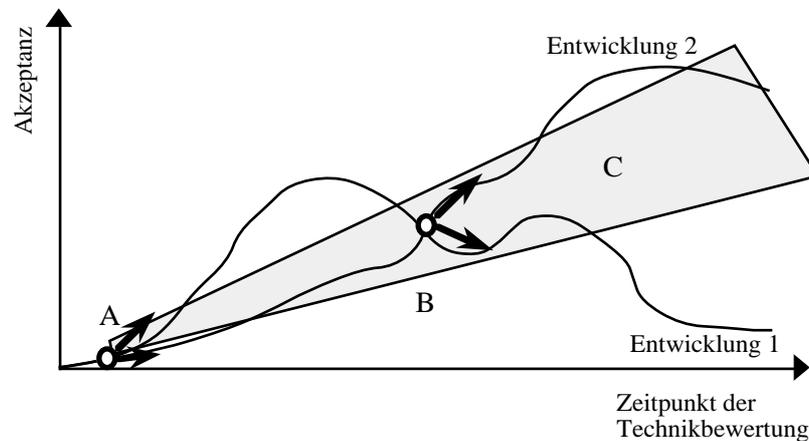


Abbildung 1: Eingriffspunkte der Technikbewertung in den Entwicklungsphasen einer Technologie

Die Arbeit bedient sich methodisch eines erweiterten Technology Assessment-Ansatzes. Herkömmliche Technikfolgenabschätzung überprüft die soziale, ökonomische und ökologische Verträglichkeit. Sie stellt ein sozial und ökologisch wünschenswertes Szenario dem technisch machbaren voran. Die Beurteilung erfolgt entweder am Beginn technologischer Entwicklungen (A) und ist zu diesem Zeitpunkt relativ unpräzise, da noch viele Parameter frei sind. Oder sie setzt erst später ein (B), zumeist als Politikberatungsinstrument, wenn Verantwortliche zwischen bestehenden Alternativen bzw. für oder gegen eine neue Technologie zu entscheiden haben oder regulierende Maßnahmen setzen sollen.

Die nun der Arbeit zugrundeliegende Methode war es, die Technikbewertung stärker in die Technikentwicklungsphase zu integrieren (C), um vom Zeitpunkt der Idee bis hin zur Produkteinführung Faktoren wie Sozialverträglichkeit, Benutzerfreundlichkeit, Umweltverträglichkeit oder anhaltende Entwicklungsfähigkeit miteinzubeziehen. Diese Form der Technikgestaltung selbst ist kein Rezept oder Kriterienraster, das der Technik übergestülpt werden kann; es bringt vielmehr die Plastizität von Technik und die Plastizität des sozialen

Umfeldes zu Bewußtsein und erhebt die Forderung, Technikentwicklung als gesamtgesellschaftliches Problem zu begreifen.⁴

"Integrierte Technikbewertung" bedeutet auch einen Perspektivenwechsel: von der prognostischen zur prospektiven, von der kausalen zur konstruktiven, von der objektiven zur reflexiven, ja zur mitgestaltenden Perspektive. Sie bedeutet in diesem Kontext also, die Genese neuer Technologien, Verfahren und Anwendungen nicht alleine den Marktstrategen und Entwicklungsingenieuren zu überlassen, sondern von Beginn an durch eine parallele Reflexion und eine Verzahnung mit dem Entwicklungsprozeß unter Einbeziehung von Experten und Entwicklern mehr als die Summe an Problemsichtweisen und Methodenvielfalt aufzubringen. Im Bereich der Künstlichen Intelligenzforschungen konnten mit diesem Ansatz bereits einschlägige Erfahrungen gemacht werden.⁵ Um das Konzept eines interaktiven Handbuches zu realisieren, gelang es zum Beispiel durch die Mitwirkung eines Soziologen mit Medienerfahrung in einem Projekt zur Verteilung von Sachwissen, die Leitvorstellungen vom künstlichen Experten wegzubewegen - hin zur Leitidee eines kollektiv geteilten und kommunizierten Wissens, das sich an der Gesprächsmetapher orientiert.

Rammert (1993) schlägt vor, eine jeweils angemessene Organisationsform zu suchen, welche die relative Autonomie der disziplinären Sicht- und Herangehensweisen gewährleistet und welche gleichzeitig dazu zwingt, sich wechselseitig wahrzunehmen und die Ergebnisse der anderen in die eigene Sicht hineinzunehmen. Verbundprojekte und Netzwerke zwischen verschiedenen Forscher- und Entwicklergruppen, möglicherweise auch unter Einbeziehung von Künstlern als Mediatoren, können - als lockere Koppelungen organisiert - im Sinne der integrierten Technikfolgenforschung Bedingungen für akzeptanzoptimierte und gleichzeitig sozialverträgliche Lösungen entstehen lassen. Diese Kooperationsformen üben mehr Verbindlichkeit als Marktbeziehungen und weniger Zwang als organisierte Hierarchien aus. Sie ermöglichen wechselseitige Reflexivität der Erkenntnisse und Interessen. Statt instrumenteller Eingriffe von außen, die sich mit vielen Reibungsverlusten häufig kontraeffektiv auswirken, vertraut die Methode der "losen Koppelung" auf kontextuelle und reflexive Formen der Beeinflussung der Selbststeuerung in den jeweiligen Feldern.

⁴ Vgl. Martinsen / Melchior 1993, 35.

⁵ Vgl. hierzu Rammert 1993

Sozialverträgliche Technikgestaltung soll auch verstanden werden als Prozeß zur Herstellung von Kontexten, als Übersetzen von Lebens- und Leitbildern zwischen (zukünftig) Betroffenen, Entwicklern, Marktstrategen, moderiert und versehen mit Analysen von Experten. Das in Deutschland erprobte Verfahren der "Bürgergutachten" zur Bewertung neuer Technologien⁶ greift erst spät in den Gestaltungsprozeß ein und hatte etwa bei der Einführung von ISDN korrigierenden Charakter: die Unterdrückung der Rufnummernanzeige wurde für das (in Deutschland spezifische) ISDN 1TR6-Protokoll aufgrund von Bürgerwünschen realisiert und schließlich auch im EURO-ISDN übernommen. Eine *integrierte* Verfahrensform für Massentechnologien, wie es öffentliche Telekommunikationsdienste sind, kann die Technikentwicklung wesentlich früher begleiten und so deren Ausprägung stärker mitbestimmen. Diesen Ansatz auf seine Tragfähigkeit hin zu testen ist ein wesentliches Anliegen dieser Arbeit.

⁶ Vgl. Bauer / Latzer 1993, 220

2. DEMOKRATIE UND NEUE MEDIEN

2.1. Elektronische Demokratie: ein Leitbild auf dem Prüfstand

Zahlreiche Leitbilder und Metaphern pflastern den Weg neuer Medien. Ihre Aufgabe ist es, technische Entwicklungen zu veranschaulichen und ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu heben⁷. Begriffe werden um technische Errungenschaften oder Attribute, die Wirkungen kennzeichnen, erweitert: die Telearbeit, das papierlose Büro, die Datenautobahn⁸, der Cyberspace, die Informationsgesellschaft⁹.

Die Industrie schafft zunächst Leitbilder quasi als „design-settings“, die in der Technikentwicklung die spezifische Aufgabe haben, für alle im Designprozeß involvierten Personen einen gemeinsam verwendbaren Begriff zur Zielerreichung darzustellen. Vielfach geschieht dann jedoch eine Übernahme des Begriffes durch die Politik, die sich solcher Metaphern gerne bedient, nicht nur um beispielsweise Technologieförderprogramme rechtfertigen, sondern letztlich auch, um eine Erwartung der Bevölkerung an die Politik zu befriedigen: Antworten auf Fragen über die Zukunft zu geben. Hier erfahren die Leitbilder eine breite Öffentlichkeit, für die sie ursprünglich nicht geschaffen worden sind, und bleiben unhinterfragt, selbst lange über den Zeitpunkt hinaus, zu dem sie als nicht oder begrenzt einlösbar gelten müßten.

Auch die „elektronische Demokratie“ ist zur Familie der Leitbilder, die bei neuen Medien anzutreffen sind, zu zählen. Das Leitbild soll vermitteln, daß ein positiver Zusammenhang zwischen Datenautobahn und Demokratisierung besteht. Das Wesen der vorliegenden Arbeit ist es, mögliche Zusammenhänge zu prüfen und diese insbesondere auch einzugrenzen, da Demokratie sehr viele Aspekte besitzt. Ich versuche daher in diesem Kapitel, die unterschiedlichen Aspekte der Demokratie zu präzisieren: ihre Formen (partizipative und

⁷ Für eine ausführlichere Diskussion siehe Hellige 1996

⁸ Siehe Canzler / Helmers / Hoffmann 1995. Die Autorinnen weisen etwa auf Parallelen mit dem Autobahnprogramm der Nazis 1933 hin, das 1933 medienwirksam eingeleitet wurde und nicht auf einen realen Bedarf gestützt war, sondern ästhetische, arbeitspolitische, propagandistische und militärische Funktionen hatte.

⁹ Zum „Wandermythos“ Informationsgesellschaft siehe Latzer 1997

repräsentative), Partizipationsmöglichkeiten, -potentiale und -bedingungen und Anwendungsbereiche neuer Medien für demokratische Institutionen.

Gleich vorweg ist klarzustellen, daß die Telematik *alleine* keine Institution demokratischer macht. Michael Latzer formuliert das für die konvergierenden Medien Telekommunikation-Computer-Rundfunk prägnant so:

„Entgegen der technikdeterministischen Demokratisierungsthese ist zu betonen, daß Demokratisierung ein politischer und kein technischer Prozeß ist, daß ebensowenig wie der Computereinsatz zwangsläufig zur Überwachung, der Mediamatik-Einsatz automatisch zur Demokratisierung führt. Eine Gesellschaft mit Brieftauben und Rohrpost kann demokratischer sein als jene mit Internet und glasfaserverkabelten Haushalten.“¹⁰

Die Telematik kann jedoch, und so lautet meine Arbeitshypothese, latente Demokratisierungspotentiale in großen sowie in kleinen Institutionen wecken. Etwa im Bereich der Kommunalpolitik, wo sich Politiker die Idee der Mitbestimmung auf die Fahnen heften, kann Telematik die ausschlaggebende Nagelprobe sein, wenn es darum geht, etwa Sitzungsprotokolle öffentlich im WWW oder mittels Fax-on-Demand zugänglich zu machen. Wir werden verschiedene Beispiele kennenlernen, wie Telematik demokratische Prozesse *im Rahmen bestehender Institutionen* zu unterstützen vermag aber auch außerhalb dieser *Gegenöffentlichkeit* herstellt. Letztlich bleibt freilich die Herausforderung für die Politik bestehen, Verbindungen zwischen den neuen virtuellen Diskurse mit den realen herzustellen und mehr Mitbestimmung *zu wollen und zuzulassen*.

2.2. Demokratie als sozialen Prozeß verstehen

Politische Teilnahme des Bürgers am Prozeß der Willensbildung, ist als Anspruch eine Selbstverständlichkeit, ja geradezu eine wesentliche Voraussetzung demokratischer Regierungsformen. Leider haben wir es bei den Begriffen „Demokratie“ und „Partizipation“ mit einem Dschungel von Positionen zu tun. Eine ausführliche Abhandlung über Quellen und Ideologien moderner Demokratietheorien kann hier nicht geleistet werden.¹¹ In diesem

¹⁰ Latzer 1997, 42

¹¹ Eine Übersicht bietet Deiser/Winkler 1982, 11ff

Kontext ist es zunächst ausreichend, zwischen repräsentativer und direkter (bzw. in ihrer Extremform einer Basis-) Demokratie zu unterscheiden.

Eine ökonomische Theorie der Demokratie wie jene Schumpeters¹² gestattet politische Partizipation nur als Aus- und Abwahl politischer Eliten. Eine darüber hinausgehende Beteiligung drohe das politische System zu zerstören und berge hohe Risiken in sich und verursache somit Kosten. Laut Schumpeter sei der normale Bürger im allgemeinen zu einem politischen Urteil nicht fähig. Die demokratiepolitische Diskussion in den 50er und 60er Jahren in den USA verschärft diesen Ansatz einer Polyarchie gewählter Eliten: ihr Handlungsspielraum muß vor den Massen geschützt sein, eine Einflußnahme für den Bürger ist nur über die Urteilsbildung durch Berichte in den Medien und durch regelmäßige Wahlen möglich.

Die zweite Gruppe von Demokratiekonzepten urgiert die Idee, daß Demokratie als Prozeß zu verstehen sei und andere Inhalte als Marktrationalität, Systemerhaltung oder Effizienz das demokratische Leben bestimmen sollten, also der Weg einer umfassenden Konsensbildung das eigentliche Ziel sei. So versteht Habermas¹³ die umfassende Partizipation als Voraussetzung zur Entfaltung einer gesamtgesellschaftlichen Vernunft.

Beide Formen von Demokratieverständnis lernen nur langsam voneinander, denn zum Teil wird ein Scheingegensatz aufgebaut: So hängt etwa die Effizienz eines demokratischen Systems auch vom Grad der Akzeptanz politischer Entscheidungen ab und es kann daher nicht nur auf die Mechanik von Institutionen bauen. Andererseits ist die Manifestierung von Entscheidungen durch Ausbildung von Institutionen ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse im Prozeß der Zivilisation.

Luhmann geht in seinen demokratiepolitischen Betrachtungen¹⁴ von einer ungewöhnlich hohen Komplexität des politischen Systems aus. Die Bildung von sozialen Systemen (wie der Politik) gilt als Versuch, die gegebene Fülle von Möglichkeiten, die Komplexität des Handelns und Erlebens mit der begrenzten Kapazität der menschlichen Wahrnehmung, Informationsverarbeitung und Aktion in Einklang zu bringen. Aufgrund der begrenzten

¹² Schumpeter 1972, 397

¹³ Habermas 1979, 139

¹⁴ Luhmann 1969, 318

Kapazitäten bidirektionaler Kommunikationswege werden die Antwortkanäle (der Informationsfluß von der Masse hin zu einem ausdifferenzierten sozialen System) verdichtet. Das politische System kompensiert seine geringe Komplexität dann durch Macht. Luhmann weiter über die Grenzen umfassender Partizipation:

"Entscheidungsprozesse sind Prozesse der Selektion, des Ausscheidens anderer Möglichkeiten. Sie erzeugen mehr Neins als Jas, und je rationaler sie verfahren, je umfassender sie andere Möglichkeiten prüfen, desto größer wird ihre Negationsrate. Eine intensive, engagierte Beteiligung aller daran zu fordern, hieße Frustrierung zum Prinzip zu machen."¹⁵

Dahrendorf ortet aufgrund einer historischen, soziologischen und normativen Untersuchung¹⁶ eine Korrelation der Stabilität politischer Systeme mit dem Maß an politischer Teilnahmslosigkeit. Er merkt weiters an, daß eine demokratische Utopie der total aktivierten Öffentlichkeit als Entwurf selbst totalitär wäre: jeder Bürger muß eine Meinung haben und diese in politische Aktion umsetzen, was insbesondere bei den partizipationsbereiten Gruppen zu einer sozialen Erstarrung führen würde und somit kontraproduktiv wäre. Weiters müßte erst gezeigt werden, wie eine herrschaftsfreie öffentliche Diskussion institutionell realisiert werden könnte.^{17 18}

Naschold merkt weiters an, daß das politische und administrative System einer Massengesellschaft umfangreiche Versorgungsleistungen zu erbringen hat, die funktionierende Institutionen voraussetzen. Es kann nicht Ziel sein, die organisationsimmanente Rationalität und Komplexität abzubauen, sondern bei gleichzeitiger Steigerung der Leistung die organisationsinterne Demokratie zu erhöhen.¹⁹

Was sind nun die Charakteristika einer demokratischen Organisation? Die zentralen Grundwerte eines klassischen Demokratieverständnisses - *Freiheit, Gleichheit und*

¹⁵ ebda. 319

¹⁶ Dahrendorf 1974b, 108

¹⁷ Zumindest für die Nutzer des Internet konnte der Beweis geliefert werden: an vielen betrieblichen Entscheidungen, wie etwa der Einrichtung eines neuen Diskussionsforums, kann jeder Nutzer mit Vorschlägen, Argumenten oder einer Stimme teilnehmen.

¹⁸ Habermas selbst hat sich von seinem Entwurf einer Universalpragmatik, dem Ideal einer für alle idealen Sprechsituation insofern distanziert, als er sie nicht mehr auf eine konkrete Lebensform bezieht. Die auf perfekte Weise rationale Gesellschaft bleibt somit Illusion. (Roderick 1986, 135)

¹⁹ Vgl. Naschold 1971, 10

Selbstbestimmung - haben breite ideologische Interpretationsspielräume: Formale *Gleichheit* als zentrales Element der bürgerlichen Demokratie erstreckt sich insbesondere auf das allgemeine und aktive und passive Wahlrecht sowie die Gleichheit vor dem Gesetz. De facto entscheiden jedoch sozioökonomische Determinanten wie Bildung, Einkommen und Geschlecht die realen Einflußmöglichkeiten. Der Begriff der *Freiheit* korreliert im bürgerlich-liberalen Sinn vor allem mit der Aufhebung von Hemmnissen zur Bildung eines freien Marktes. Befreiung im kritischen Sinn meint hingegen die Freiheit aller Menschen von überflüssigen Abhängigkeiten. Eine subjektive Freiheit bedeutet den selbstbestimmten Umgang mit Regeln, wobei mit Rücksicht auf die anderen Subjekte eine gemeinsame Orientierung an Fundamentalnormen verinnerlicht sein muß, was jedoch die Veränderbarkeit der Normen impliziert, genauso wie die Toleranz gegenüber anderen normativen Vorstellungen.

Erst das in diesem Sinne „freie“ Subjekt ist mündig, interaktionsfähig, sozial kompetent und erfüllt damit eine der Bedingungen für die (...) materiale Gleichheit, die wiederum eine der Bedingungen für substantielle Demokratie darstellt.²⁰

Wird *Selbstbestimmung* im bürgerlich-liberalen Sinn individuell im Sinne des freien Unternehmertums verstanden, kann Selbstbestimmung als emanzipatorisches Ziel nur in der Dialektik zwischen individuellem und Kollektiv gesehen werden. Das Individuum existiert hierbei nur als Abstraktion, stellt es doch seine ganze Identität stets intersubjektiv her. Selbstbestimmung ist in diesem Zusammenhang insofern ident mit politischer Partizipation, als jede/r einzelne seine oder ihre Bedürfnisse artikulieren und in den Entscheidungsprozeß einbringen kann.

Das Leitkonzept der Betroffenenpartizipation geht von einer Chancengleichheit bezüglich der Teilnahme an politischen Entscheidungs- und Kontrollvorgängen aus. Es setzt einen einfachen Zugang zu aktuellen und archivierten Informationen voraus.

Wie schon oben angedeutet, ist jedoch das Postulat der allgemeinen permanenten politischen Beteiligung in allen Lebensbereichen in komplexen und hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaften ein praktisch nicht realisierbares Ideal. Es scheint nicht möglich, ohne das Prinzip der Delegation von Interessen, ohne das Prinzip der Repräsentativität auszukommen.

²⁰ Deiser / Winkler 1982, 22

Ihre demokratische Qualität richtet sich hierbei nach dem Auswahlverfahren der Delegierten sowie den Kontrollmöglichkeiten der Vertretenen. Dezentralisierung und Subsidiarität sind hierbei demokratiefördernde Prinzipien, da sie überschaubare Organisationen fördern, die Mitbestimmung eher gestatten als große Vertretungsorgane.

Die Zielvorstellung einer Weiterentwicklung partizipativer Konzepte muß also letztlich hindurchsteuern zwischen systemimmanenten Grenzen möglicher Partizipation und einer unreflektierten Romantik, die Modelle von Kleingruppen und Familie auf die Gesellschaft überträgt.

Abbildung 2: Teilnahmebereitschaft an politischen Aktivitäten für nicht aktive**(Quelle: Deiser / Winkler 1982, p 61)**

Aktivität	potentielle Teilnahmebereitschaft für „politisch Apathische“ in %²¹
Ombudsmann beanspruchen	49,0
Mitarbeit in Bürgerinitiative	46,9
Unterschrift leisten	46,1
Mitarbeit in Elternverein	42,9
Veränderungsvorschläge am Arbeitsplatz machen	34,6
Mitarbeit in Mieterinitiative	34,4
für andere Lebensformen eintreten	27,6
über politische Probleme sprechen	25,8
Politiker aufsuchen	25,5
einem Verband beitreten	22,0
eine politische Veranstaltung besuchen	21,4
Politiker anschreiben	21,1
Politiker anrufen	20,3
an Kundgebung teilnehmen	17,7
aktive Verbandsmitarbeit	15,9
Spenden leisten	14,7
für Politisches nach außen eintreten	13,4
streiken	13,2
Unterschriften sammeln	12,4
von eigener politischen Meinung überzeugen	12,3
einer Partei beitreten	10,4
Wahlkampfhilfe	8,8
an Parteischulung teilnehmen	8,0
Leserbrief schreiben	7,0
demonstrieren	6,9
aktive Parteimitarbeit	4,5
Gebäudebesetzung	3,0

Nicht zuletzt ist auch das Partizipationspotential der Bevölkerung in Betracht zu ziehen; aus einer 1980 durchgeführten repräsentativen Umfrage in Österreich²² geht klar hervor, daß der Prozentsatz der informell politisch Aktiven oder formell in politische Organisationen eingebundenen und darin auch aktiven Personen 59% der Gesamtbevölkerung betrug. Für die Gruppe der politisch Apathischen sind nur bestimmte Tätigkeiten attraktiv.

Sehr deutlich ist zusehen, daß die „neuen“ Politikformen in ihrer Attraktivität an der Spitze stehen, wobei die Inanspruchnahme eines Ombudsmanns, also eine nicht direkte Einmischung, noch bevorzugt wird. Formelle Tätigkeiten wie Parteimitarbeit können politisch

²¹ Deiser / Winkler 1982, 171f

²² Deiser / Winkler 1982, 61ff

inaktive Personen nicht aktivieren. Eine weitere Analyse²³ zeigt, daß der Anteil politisch aktiver klar mit dem Einkommen korreliert: waren 1980 in Österreich 57 % der Personen, die weniger als öS 5.000.- verdienen, inaktiv, so waren es nur 31% bei jenen, die mehr als öS 20.000.- Einkommen hatten.

Partizipation als sinnstiftende Selbstbestimmung erhält aus der *kommunalen Perspektive* eine besondere Bedeutung, da sie auf die Mitgestaltung des unmittelbaren Lebensraumes ausgerichtet ist. Veränderungen dieses Lebensraumes sind nicht nur überschaubarer, sondern können auch direkter erfahren werden als Entscheidungen auf höheren politischen Ebenen. Themen der Kommunalpolitik eignen sich daher besonders als Testfeld für die partizipationsfördernde Wirkung von Medien, da der Erfahrungshorizont näher und somit eine höhere Motivation zu erwarten ist, als bei nationalen oder grenzüberschreitenden Themenstellungen.

Partizipation am politischen Kommunikationsprozeß im kommunalen Bereich soll hierbei folgendes leisten:

- Organisation von partikularen Interessen
- frühzeitige Interessensabklärung mit Entscheidungsträgern
- erweiterte Kontrolle während der Planungen
- Vermeidung von Folgekosten durch Planungsfehler
- verbesserte politische Entscheidungsfähigkeit
- Integrationsfunktion

Bei der nachfolgenden Untersuchung werde ich prüfen, welcher Aspekt der Partizipation mit welchem telematischen Kommunikationsmittel am besten gefördert werden kann. Zunächst ist es aber notwendig, den Begriff der Öffentlichkeit und dessen Ausprägungen sowohl in Bezug auf ihre räumliche Dimension wie ihrer Entwicklung entlang von Mediamorphosen, zu beleuchten.

²³ Deiser / Winkler 1982, 177

2.2. Öffentlichkeit als Element politischer Partizipation

Die Begriffe "Öffentlichkeit", "öffentlich zugängliche Orte" sowie "Märkte" bilden heute einen begrifflichen Zusammenhang. Im Mittelalter hingegen war für die Begriffe "öffentlich" und "privat" kein Raum. Menschen lebten in lokalen Bezugsgruppen mit transparenter Kommunikation und entwickelten ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl mit wenig Außenbeziehungen.

Zunächst ein kleiner Ausflug zu einer sozialphilosophischen Sichtweise für den Wandel des Öffentlichen, der mit neuen Medien seine Fortsetzung findet.

Jürgen Habermas beschreibt den Verfall der repräsentativen Öffentlichkeit am Ende des 18. Jahrhunderts und das Entstehen einer bürgerlichen Öffentlichkeit. Der frühe Finanz- und Handelskapitalismus, die Elemente einer neuen Gesellschaftsordnung bildeten, wurden lange Zeit in die adelige Gesellschaftsordnung integriert. Zu dieser Zeit waren Hafenstädte wichtige Umschlagplätze nicht nur für Güter, sondern auch für Information. Noch bevor Postkutschen Briefe beförderten, hatte die Kaufmannschaft eigene Botenkurse eingerichtet, sogenannte Ordinariiposten, um den Warenverkehr zu organisieren.²⁴ Im Laufe des 16. Jahrhunderts entstanden die ersten regelmäßig handgeschriebenen Wochenberichte, etwa die Fuggerzeitung. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts entsteht eine Presse, die öffentlich zugänglich ist; die Kaffeehäuser waren nicht nur ein Treffpunkt, wo Standesunterschiede erstmals außer Kraft gesetzt waren, sondern sie geben auch regelmäßig Zeitungen heraus. Richard Senneth beschreibt das Entstehen der Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich zur Mitte des 18. Jahrhunderts und private Lesezirkel, in denen Zeitschriften gelesen und diskutiert werden. Zunehmend wird der Kommunikationsbereich der repräsentativen Öffentlichkeit durch die publizistisch bestimmte Öffentlichkeit bedroht; zur Mitte des 19. Jahrhunderts wird die Vorherrschaft der höfischen Öffentlichkeit in Europa stark zurückgedrängt.

Öffentlichkeit bleibt auch heute noch auf nur einige Teilbereiche der realen Lebenswelten beschränkt, nichtöffentliche Meinungen fungieren in großer Zahl, bleiben aber unberücksichtigt. Das Konzept der "öffentlichen Meinung" ist eine Fiktion und gleichzeitig

²⁴ Habermas 1990 (1962), 69

Notwendigkeit für das Funktionieren des Staates, bei allem Mangel an geeigneten Meß- und Rückflußsystemen. Jean Baudrillard vergleicht die schweigende Masse mit interstellaren Gasen, die

"bombardiert mit Stimuli, Botschaften und Tests (...) nur durch eine Spektralanalyse erkennbar sind - durch die Analyse eines Strahlenspektrums, das den Statistiken und Meinungsumfragen äquivalent ist."²⁵

Richard Münch beschreibt den Prozeß der Modernisierung der Gesellschaft als ihre Fähigkeit, sich in neuen Gruppierungen mit gemeinsamen Absichten zu organisieren.²⁶ Dies geschieht heute in informellen Gruppen, Verbänden, Vereinen, Interessensgemeinschaften oder Gewerkschaften insbesondere im städtischen Raum; allein in Österreich gibt es 80.000 Vereine.

Öffentlichkeit nimmt sowohl als normatives Element der Demokratie als auch unter systemstrukturellen Gesichtspunkten eine besondere Bedeutung ein. Folgende gesellschaftliche Funktionen der Öffentlichkeit lassen sich abstecken:²⁷

- Raum für das Entstehen einer öffentlichen Meinung
- Legitimationsfunktion für handelnde Personen
- Kontrollfunktion
- Partizipationsfunktion (Öffentlichkeit schafft Voraussetzung, an einem Entscheidungsprozeß teilzunehmen)
- Informationsfunktion
- Bewerbung der Akzeptanz von Entscheidungen

Wichtig ist die Anpassungsfähigkeit der Themenstruktur des politischen Kommunikationsprozesses und der damit verbundenen Öffentlichkeit an den jeweiligen Entscheidungsbedarf.

²⁵ Baudrillard 1978, 41

²⁶ Vgl. Münch 1991

²⁷ Vgl. Schwiderowski 1989, 29f

Öffentlichkeit differiert nach Orten, Themen und Personen, es gibt keine universale Öffentlichkeit. Die Realität entspricht eher dem Konzept der Teilöffentlichkeiten, das milieu- und ortsspezifisch ist.

Öffentlichkeit tritt somit in verschiedenen Formen auf, die durch Gruppen gebildet werden, die verschieden stark am politischen Geschehen Anteil nehmen:²⁸

- die latente Öffentlichkeit der Unbeteiligten und Desinteressierten
- die passive Öffentlichkeit, die als Publikum und Wähler sporadisch in Erscheinung tritt
- die aktive Öffentlichkeit, die regelmäßig und mit eigenen Vorstellungen am politischen Prozeß teilnimmt

Öffentlichkeit konstituiert sich heute in Massenkommunikationssystemen aufgrund folgender Faktoren:

- Zunahme der involvierten Akteure
- räumliche Trennung der Akteure
- stets weniger direkte politische Erfahrungen
- Ausweitung politisch relevanter und geregelter gesellschaftlicher Bereiche und daraus resultierende Notwendigkeit zur Organisierung themen- und politikfeldbezogener Kommunikation in asynchronen Medien

Die Hauptfunktionen des Massenkommunikationssystems sind nach Schatz²⁹ die Reduktion von Komplexität durch vereinfachte Sachverhaltsdarstellung, die Auswahl und Platzierung relevanter Themen (gate keeper und agenda setting), die Aufrechterhaltung des strukturell angelegten Konflikts des politisch-administrativen Systems mit den Bürgern und die Sicherung von Massenloyalität.

Im Bereich der *Kommunalpolitik* nehmen lokale Medien einen besonderen Stellenwert ein, da sie nicht nur Vermittler, sondern hier in besonderem Maße Produzenten öffentlicher Meinung sind und zuweilen mit der Öffentlichkeit gleichgesetzt werden. Lokale Massenmedien

²⁸ Vgl. Dahrendorf 1974b, 108

²⁹ Schatz 1978

versorgen nicht nur die Bevölkerung mit Information, sondern beeinflussen in hohem Maße alle relevanten Akteure. Hier sei eine Definition gegeben:

"Unter kommunaler Öffentlichkeit ist demnach die Gesamtheit der gesellschaftlichen Kommunikations-, Informations- und Partizipationsverhältnisse zu verstehen, die die Entstehung und Dynamik einer öffentlichen Meinung zu Ereignissen, Themen, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und Entscheidungen von prinzipiell allgemeinem bürgerschaftlichen Interesse, bezogen auf die Kommune, möglich machen."³⁰

Wie wir noch genauer sehen werden, eignen sich Telematikdienste für die Herstellung kleinräumiger oder spezialisierter Öffentlichkeiten, entweder in Form von Infodiensten (z.B. Kiosk, WWW) oder mit der Möglichkeit der aktiven Teilnahme in Diskussionsforen. Sogenannte elektronische schwarze Bretter oder Bulletin Boards erlauben das Teilen von Interessen durch ungleichzeitige Teilnahme an einer immerwährenden Diskussion. Die Themen sind hierbei weitreichend wie menschliche Interessen sein können; mehrere hundert Foren sind keine Seltenheit für Online-Dienste. Hier wird nicht nur über Schach oder vegetarische Küche geplaudert, es werden auch technische Fragen erörtert oder politisch aktuelle Themen aufgegriffen und Aktionsstrategien ausgeheckt.

2.3. Telematische Medien: nur eine neue Ebene im demokratischen Diskurs?

Der demokratische Diskurs besteht aus Informationsbeschaffung und -aufnahme sowie der Artikulation von Standpunkten und Meinungen, entspricht also dem gesamten Prozeß der politischen Willensbildung und umfaßt auch die Formierung von Interessen und Interessensgruppen. Der demokratische Diskurs macht jedoch vor der politischen Entscheidung halt. Dies ist eine wichtige Differenzierung, denn sie weist die Medien auf ihre Rolle zurück, nämlich im Vorfeld von Abstimmungen auf die gerechtigkeitsvermittelnde Kraft der argumentativen Rede zu setzen. Ob diese Differenzierung auch weiterhin für telematische Medien gilt, oder ob sie darüberhinaus auch Entscheidungsinstrument sein können, soll dieses Kapitel klären.

³⁰ Schwiderowski 1989, 33

Es lassen sich mehrere Ebenen, auf denen demokratische Diskurse mit unterschiedlicher Verbindlichkeit der Ergebnisse ablaufen, finden: sozialpartnerschaftliche Verhandlungsrunden, Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, Plenardebatten des Parlaments, interne Sitzungen in Wirtschaftsunternehmen, veröffentlichte Meinung, Berichte und Diskussionen in Print- und herkömmlichen elektronischen Medien und so weiter. Viele Teilnehmer, vor allem die professionellen Repräsentanten von Interessensgruppen und Körperschaften führen diese Diskurse auf mehreren Ebenen. Gerade durch diese vertikale Vernetzung erlangen die Inhalte weitere Publizität. Diese Publizität ist ein wesentliches Kriterium für die demokratische Legitimität des politischen Gesamtprozesses. Offenheit und Transparenz sind die Voraussetzungen dafür, daß jene relevanten Informationen frei zugänglich sind, die zum Erkennen von Interessenslagen und Formierung von Positionen notwendig sind.

2.3.1. Mängel des demokratischen Diskurses

In nur wenigen Diskursebenen herrschen symmetrische Kommunikationsverhältnisse, also gleichberechtigte Artikulationsmöglichkeiten. Nur eine kleine privilegierte Gruppe von anerkannten Interessensvertretern, Politikern (die den Interessenausgleich organisieren) und Journalisten (die Interessensartikulation und -ausgleich verständlich kommunizieren sollen) können auch die aktive Kommunikatorrolle so ausüben, daß sie von einer größeren Anzahl Menschen wahrgenommen wird. Sie bedienen sich dazu der herkömmlichen Massenmedien.

Voraussetzungen für eine möglichst symmetrische Partizipation sind

- Rezeptionsfähigkeit,
- politische Orientierung,
- Artikulationsfähigkeit,
- Artikulationsmöglichkeit.

Die Verweigerungshaltung gegenüber demokratischen Ritualen wie zum Beispiel Wahlen und die verbreitete politische Anomie kann auf Mängel in den eben genannten Voraussetzungen zurückgeführt werden.

Abhilfe wird in neuen Formen der demokratischen Auseinandersetzung gesucht, in Bürgerforen und -initiativen sowie in lokalen Ereignissen, die direkte Konfrontation mit

Interessensvertreterinnen und Politikern ermöglichen. Es herrscht dabei weitgehende Einigkeit darüber, daß die herkömmlichen Ebenen des demokratischen Diskurses ausgeweitet werden sollen. Eine desperate Suche nach neuen Wegen und Möglichkeiten ist allerorts zu registrieren.

2.3.2. Hoffnungsträger telematische Medien?

An dieser Stelle treten telematische Medien auf den Plan und bieten sich als *ein* neues Werkzeug an, mit dem eine neue Diskursebene geschaffen werden kann. Sie verfügen über eine in der Entwicklungsgeschichte der Medien einzigartige Eigenschaft: Sie bieten die strukturellen Voraussetzungen dafür, daß der Gegensatz zwischen Medienmachern als aktiven Informationsanbietern und den (bis auf Auswahlmöglichkeiten) weitgehend passiven Rezipienten im dialektischen Sinn aufgehoben werden kann. Diese Bidirektionalität hat zu euphorischen Einschätzungen der Möglichkeiten geführt. Wir sind heute, nach rund einem Jahrzehnt der Erfahrungen mit diesen technologiegestützten politischen Prozessen in der Lage, Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes telematischer Medien etwas realistischer zu beurteilen. Vor allem können die bisherigen Erfahrungen zu Empfehlungen für optimierte Gestaltung und Einsatzbereiche künftiger Systeme führen.

Im Folgenden möchte ich *zwei Kriterien* nennen, die für die demokratische Relevanz und Legitimität von telematischen Systemen in politischen Partizipationsprozessen entscheidend sind. Anschließend werden wir die *Geltungsbereiche* der politischen Prozesse in computerunterstützten Medien genauer betrachten, wobei insbesondere Quasi-Abstimmungen kritisch beleuchtet werden.

2.3.3. Kriterium 1: Verbindliche Teilnahme etablierter Interessensvertreter

In einem telematisch unterstützten demokratischen Diskurs soll eine Begegnung zwischen Individuen und Interessensvertretern, Politikern und der öffentlichen Verwaltung zustande kommen. Das ist nicht nur eine demokratisch wünschenswerte Konstellation sondern auch ein wesentlicher Motivationsfaktor für die Bevölkerung, das neue Medium zu nutzen.

Es kann nicht ausreichend sein, noch so breit geführte demokratische Diskurse ohne Beteiligung der tatsächlich mit den Thematiken betrauten politischen Vertretern und den zuständigen Verwaltungsorganen zu führen. Unsere Staats-, Landes- und Gemeindesysteme

besitzen eine sehr elaborierte republikanisch verfaßte Ordnungsstruktur, die mit beträchtlichen Aufwand und wiederkehrender demokratischer Legitimation durch Wahlen Entscheidungs- und Steuerungsfunktionen durchführen. Der dabei durchgeführte Interessensausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen kann über die neuen Medien erklärt, nachvollziehbar gemacht oder auch korrigiert werden. Würden Politik und Verwaltung darauf verzichten, überlassen sie den Diskurs aktuellen Meinungslagen, Stimmungsschwankungen und gruppenspezifischen Prozessen der in die Entscheidungen eingebundenen Personen.

Eine solcherart ungesteuerte Diskussion gerät auch leicht in das Fahrwasser besonders aktiver Meinungsmacher und Populisten. Das Fehlen von verbindlichen Informationen und Positionen von legitimierte Interessensvertretern birgt die Gefahr, daß sich die Inhalte der Auseinandersetzung zusehends von der Realität entfernen. Beide Prozesse führen anstatt zu politischer Orientierung und Reorganisation zu stereotypen Anschauungen und wirklichkeitsfremden Vorstellungen vom politischen Prozeß, womit die Gefahr besteht, immer weiter in Anomie und soziale Unordnung zu geraten. Der Politikverdruß muß als laute Warnung für eine solche Tendenz gesehen werden.

In diesem Sinn ist ein reger Austausch zwischen den Ebenen der demokratischen Auseinandersetzung notwendig. Dies können die neuen Medien unterstützen, bedeutet aber auch, daß viele verschiedene Handlungsträger auch im neuen Medium präsent und aktiv sein sollten. Darüberhinaus müssen die Diskursebenen, bzw. Medien auch aufeinander verweisen: zum Beispiel durch Berichterstattung in den Printmedien darüber, was in den telematischen Medien vor sich geht. Letztlich gelangen wir über Gestaltungsforderungen zur Unterstützung demokratischer Prozesse zum Phänomen der Medienkonvergenz: dem Zusammenwachsen einzelner Medienformen. Kann diese Konvergenz hergestellt werden, ist es auch leichter, etablierte Interessensvertreter als Akteure in einem telematisch geführten Diskurs zu gewinnen.

2.3.4. Kriterium 2: Breiten Zugang zu den neuen Medien sichern

Es ist in jedem Fall wünschenswert, so vielen Personen wie möglich die Teilnahme an neuen Ebenen des demokratischen Diskurses zu sichern, zumindest jenen, die direkt oder indirekt vom Diskussionsthema betroffen sind. Jedenfalls besteht die Gefahr, daß durch technologische und sozio-kulturelle Schranken (beispielsweise Computerbesitz und

sprachliche Artikulationsfähigkeit) die neuen telematischen Medien ein elitäres Instrument der Bildungsschicht und Technikbegeisterten bleiben.

Zumindest teilweise Abhilfe schafft die Verwendung möglichst vieler unterschiedlicher Kommunikationskanäle wie sprach-, text- und faxbasierte Technologien, die Wiedergabe der Informationen und Diskussionen in herkömmlichen Medien, eigenen Kabelkanälen, Bildschirmtext- und Videotextseiten. Öffentlich zugängliche Benutzungsmöglichkeiten in Ämtern und Bibliotheken. Information und Schulung interessierter Bevölkerungsteile ist eine weitere Maßnahme, die einen gleichberechtigten Zugang erleichtern hilft.

Hierbei sollte allerdings beachtet werden, daß sich nicht jedes Thema für jedes Medium eignet. Telematische Medien eignen sich vor allem für zeitlich und örtlich begrenzt gültige Sachfragen, etwa der Gestaltung von öffentlichen Räumen. Langfristige Politikkonzepte, etwa zur Fragen der Sozialpolitik, bedürfen eines profunden Sachwissens. Die Arbeit von Experten kann nicht durch einen breit angelegten Diskurs ersetzt werden; sehr wohl können die Experten (die ja durchaus auch telematisch, jedoch als geschlossene Benutzergruppe agieren können) "Ankerpunkte" schaffen, die eine Mitbestimmung über Varianten oder Detailfragen durch Betroffene zulassen. Hierbei wären neue Verfahren der Anhörung und Stellungnahmen mittels telematischer Medien auszuprobieren.

2.3.5. Einschränkungen bei Geltungsanspruch und Repräsentativität

In kommunalen Netzwerken sind häufig Vorschläge zu computerunterstützten Abstimmungs- und Wahlvorgängen zu finden. Nicht nur Sprecher und Repräsentanten sollen per Tastendruck gewählt, sondern auch lokalpolitische Entscheidungen getroffen werden. Viele Zeitungen praktizieren ja bereits heute eine - um mit Baudrillard zu sprechen - "permanente Spektralanalyse" ihrer Leser mit Anruferzählungen pro oder contra ein Thema. Es stellt sich dringend die Frage, ob Ergebnisse derartiger Abstimmungsprozesse und vorhergehender telematisch gestützter Meinungsbildungen in irgend einer Form Verbindlichkeit beanspruchen können.

Bildschirmbasierte Kommunal- und Regionalinformationssysteme erreichen typischerweise unter ein Prozent der Bevölkerung³¹. Sprachdienste könnten hier bessere Werte erzielen, doch gibt es zu interaktiven Audiotextdiensten dzt. noch keine quantifizierenden Studien. Selbst Maßnahmen, wie die Verwendung eines Medienmixes aus verschiedenen Kommunikationstechnologien und die Schaffung öffentlicher Zugänge, können nicht darüber hinweghelfen, daß es derzeit noch immer eine relativ kleine Schicht von vorwiegend männlichen, technologiefreundlichen und gut gebildeten Menschen ist, die neue telematische Medien regelmäßig nutzen.

Wenn angesichts von Beteiligungsraten um die 60 bis 70 Prozent bei gesetzlich geregelten Wahlen Bedenken wegen schwindender Legitimation durch die Bevölkerung geäußert werden, können Abstimmungsergebnisse einer viel kleineren Gruppe kaum Bedeutung beanspruchen. Somit liegt das Anwendungsfeld für telematische Medien vor allem im Mitwirken am Diskurs, was besonders dann politische Relevanz hat, wenn eine Volksabstimmung zu einer Sachfrage bevorsteht. Hier können telematische Medien, ja insbesondere Telefondienste wie sie im Rahmen des Feldversuches entwickelt worden sind, einen nützlichen Beitrag zu einer Rationalisierung des Diskurses beitragen.

Hier möchte ich noch der Frage nachgehen, was denn die Bedingungen für eine telematische Repräsentativität wären. Eine Wählerschaft, die sich in einigen Merkmalen von der Gesamtbevölkerung unterscheidet, muß nicht notwendigerweise zu verzerrten Abstimmungsergebnissen führen. Diese sind erst dann zu erwarten, wenn die disproportional vertretenen Merkmale einen (thematischen bzw. die persönliche Betroffenheit und Interessenslage berührenden) Zusammenhang mit dem Abstimmungsinhalt aufweisen. Die Merkmale Bildung, technische und Sprachkompetenz verweisen bei den Telematiknutzern jedoch eindeutig auf einen höheren sozialen Status, zumindest überdurchschnittliches Einkommen und somit auf Interessenslagen der Mittelschicht.

Reicht die demokratische Legitimität zumindest für die Abstimmung medieninterner Angelegenheiten aus? Auch das ist nicht sicher gegeben, denn auch innerhalb eines Online-Dienstes nimmt die Ausgestaltung des Wahlverfahrens Einfluß auf das Ergebnis³². Die

³¹ Vgl. Anzahl der Internetbenutzer in Seidel/Haacker/Alton-Scheidl 1995: 60

³² Für einen ausführlichen Vergleich von Abstimmungsmechanismen und den Schlüsselproblemen bei

verbindlichen staatlichen Instrumente der Demokratie sind durch ein ausführliches Regelwerk – großteils im Verfassungsrang – bestimmt. Demgegenüber sind alle Bemühungen, elektronische Medien für Abstimmungen zu nutzen, sehr jung und die Entwicklung des Instrumentariums erst im Explorationsstadium. Mit Ausnahme der Abstimmungen für die Einrichtung neuer Newsgroups im UseNet gibt es kaum regelmäßige Anwendungen und Erfahrungen. Somit sind selbst "interne" Abstimmungen, die nur das Medium betreffen, wenig stabil, da das Interesse des Betreibers oder neuer Nutzergruppen das Abstimmungsverfahren jederzeit in Frage stellen können.

Herkömmliche Wahlprozeduren sind nicht nur stark reglementierte, abgesicherte und überprüfbare Vorgänge sondern beinhalten auch ein starkes rituelles Element. Durch einen längeren Ablauf verbleibt viel Zeit zur Reflexion. Diese Verzögerung bewahrt zumindest in einem gewissen Ausmaß vor Entscheidungen, die stark von Diskussionsdynamiken und rhetorischen Situationen bestimmt sind. Das Instrumentarium zur emotionalen Beeinflussung von Wählern ist vielfältig und findet leider zunehmend Anwendung bei "Tagesabstimmungen" per Telefon in Tageszeitungen.

Willensbildungsprozesse über diese Medien sind daher nicht als demokratisch repräsentativ zu bezeichnen. Das gilt insbesondere für Abstimmungen. Sie bilden bestenfalls eine Stimmungslage in einer zum Abstimmungsprozeß besonders motivierten Benutzerschaft, aber nicht die der Bevölkerung ab. Eine Ausnahme bilden lediglich neue Abstimmungstechniken, die eine Registrierung der Wähler vorsehen und einen Urnengang, wie bei Parteiwahlen in Kanada getestet, technisch simulieren, indem mit Verschlüsselungscodes gearbeitet wird. Aber selbst hier schafft die Neuheit und Komplexität des Verfahrens ungleiche Zugangsbedingungen.

Demokratie kann auf persönliche Auseinandersetzungen und Handlungen durch gewählte Vertreter nicht verzichten. Die telematische Demokratie birgt die Gefahr in sich, daß tatsächliche Reaktionen und Umsetzungen seitens der Politik vermehrt durch symbolische Simulationen ersetzt werden. Ein Politiker - in der Rolle des Entscheidungsträgers - muß auch sein Gesicht zeigen und sich der öffentlichen Auseinandersetzung stellen, sei es bei Parteitag oder Bürgerversammlungen. Die körperliche Hitze von Diskussionsteilnehmern

läßt sich schwer telematisch übertragen - doch wird diese vielfach für eine Handlung seitens des geforderten Politikers auslösend sein. Überquellende Email wird einen Entscheidungsträger kaum aus der Ruhe bringen. So ließ der amerikanische Präsident Clinton ein Programm mit künstlicher Intelligenz installieren, das automatisiert auf Anfragen per Internet in wenigen Stunden antwortet. Diese Art von symbolischer Simulation ist ein gefährliches Vortäuschen von Bürgernähe - bar jeder Körperhaftigkeit.

2.3.6. Was bleibt an Vorteilen für die Demokratie?

Ich habe zu zeigen versucht, daß telematische Medien keine Wundermittel sind, die die gegenwärtige Krise der Demokratie unmittelbar zu lösen vermögen. Sie können jedoch zur Belebung des Diskurses beitragen. Noch nie war es für Benutzer eines technischen Massenmediums so einfach, Informationen selbst öffentlich anzubieten. Das ist für den lokalen Raum doppelt wichtig. Es ermöglicht nicht nur einer Bewohnerin in die Rolle einer Informationsanbieterin zu gelangen, sondern verhilft auch Körperschaften und Organisationen auf einfachem Weg zu Publizität. Für lokale Themen mit sehr kleinen Zielgruppen sind herkömmliche Massenmedien vielfach zu kostenintensiv. Die Sendefläche eines Stadtradios etwa reicht selten aus, um auch kleine Stadtteile zu beleuchten. Hier haben telematische Medien sowohl bei der Produktion der Inhalte, die ja wesentlich von den Nutzern selbst getragen wird, als auch bei der Distribution Kostenvorteile.

Telematische Medien sind aufgrund ihres bidirektionalen Charakters nicht nur für den Informations-, sondern auch für den Meinungsaustausch geeignet. Politische Diskussion und Auseinandersetzung hilft bei der persönlichen politischen Orientierung und motiviert zu weiterer Beschäftigung mit anstehenden Problemen. Wenn diese Vorgänge von der etablierten Politik und Verwaltung nicht ignoriert sondern in bestehende Bemühungen zur Verbesserung politischer Partizipation und transparent gestaltetem Interessenausgleich eingebunden werden, entsteht vielleicht kein flächendeckendes aber in seiner politischen Relevanz über den eigentlichen Nutzerkreis hinaus wirksames und nützliches soziales und politisches Element.

Die Politik muß ihrerseits auch auf die telematischen Medien zugehen, wenn sie diese demokratische Herausforderung wahrnehmen will. Wenn Parteien oder Verwaltungsabteilungen WWW-Seiten im Internet einrichten, ist dies ein erster Schritt, doch

werden die spezifischen Vorzüge telematischer Medien selten ausgeschöpft. Durch Medienexperten erstellte Gestaltungskonzepte können sicherlich dazu beitragen, die neuen interaktiven Qualitäten besser nutzen und ein einheitliches, für den Anwender verständliches und leistungsfähiges Kommunikationsinstrument herzustellen. Insofern scheint es angebracht, bereits in die Planung umfassender Stadtinformationssysteme zu investieren und das Entstehen von "Digitalen Städten" nicht dem Zufall und allein dem Engagement von Technikenthusiasten zu überlassen.

3. NEUE MEDIEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

Die Kommunalpolitik galt lange als Stiefkind der Politikwissenschaften. Die politisch-administrativen Einheiten schienen zu klein, um das demokratische Regelwerk nationaler oder internationaler Politik anzuwenden. Bezirkskaiser, Bürgermeister und Lokalmatadore beherrschen scheinbar uneingeschränkt das kleinräumige Geschehen. Die Lokalpresse verstärkt hierbei tendenziell das bestehende Machtgefüge: sie ist eher Partner des politisch-administrativen Bereichs als ihr kritischer Gegenspieler und selbst Wettbewerb unter Regionalzeitungen sichert nicht notwendigerweise die publizistische Vielfalt für eine ausgewogene Meinungsbildung bei Bürgern und Entscheidungsträgern.³³

Die Unzufriedenheit mit dem lokalpolitischen System äußert sich durch Protest von Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen. Die Lokalpolitik zog nun Aufmerksamkeit auf sich, nicht zuletzt weil im lokalen Bereich Konzepte direkter Demokratie möglicherweise leichter zu implementieren sind. Mittlerweile ist auch das politisch-administrative System auf die neue Situation eingestellt und antwortet auf die verschiedenen Bürgerbewegungen mit Stadtteilzeitungen, öffentlichen Anhörungen, Ausstellungen zu Planungsvorhaben oder Einbeziehung von Bürgern in Planungsteams.³⁴ Doch die Situation bleibt unbefriedigend: Die Mitwirkungsinstrumentarien erreichen tendenziell spezifische Bevölkerungsschichten, Menschen mit hoher Bildung, hohem Einkommen, einem pädagogischen oder administrativen Beruf und männlichem Geschlecht.³⁵

Die unzulängliche Vermittlungsfähigkeit herkömmlicher Medien des politisch-administrativen Systems insbesondere für artikulationsschwache Bevölkerungsschichten ließ in den 80er Jahren hohe Erwartungen an neue Medien entstehen: Wenn es die Lokalpresse nicht schafft, etwa die Planungsvorhaben einerseits und die Reaktionen der Bürger andererseits zu transportieren, so könnten vielleicht lokale Radio- und Videoinitiativen

³³ Vgl. Rager 1982, 168

³⁴ Ein Streitgespräch zu verschiedenen Ansätzen der Bürgerbeteiligung (statische Momentaufnahme durch eine Planungszelle und dynamischer Planungsprozeß) zwischen Peter Schneidewind und Eugen Antalovsky kann man im Heft 15/94 der Zeitschrift RAUM nachlesen.

³⁵ Vgl. Schwiderowski 1989, 49 - 58

Themen aufbringen und Meinungen darstellen und so Entscheidungsprozesse auf die eine oder andere Art moderieren.

Im folgenden sollen Rahmenbedingungen für den Einsatz neuer Medien in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen aussteckt, Erfahrungen mit den Medien Lokalradio und Video dargestellt und Gestaltungsspielräume für interaktive Kommunikationsmedien der 90er Jahre hinsichtlich kommunalpolitischer Mitwirkung der Bevölkerung ausgelotet werden.

Die Reflexion der Rahmenbedingungen in diesem Abschnitt soll verhindern, daß mit dem Aufkommen kooperativer telematischer Medien die Emanzipation einer neuen Kommunikationstechnik gefeiert wird, ohne daß die gegenwärtige Funktion der Massenmedien bei der Herstellung des normativen Gewebes der Gesellschaft bei der Prägung sozialen Verhaltens ins Blickfeld käme.

3.1. Rahmenbedingungen kommunaler Partizipation

Für die Partizipation bei kommunalen Entscheidungen gibt es drei Bereiche, die als Rahmenbedingungen Einfluß darauf haben, wie neue Medien genutzt werden können:

- allgemeine Faktoren (Bildungsgrad der Bevölkerung, Altersverteilung, etc.)
- Voraussetzungen in der Kommune (Bürgerbeteiligungsinstrumente, etc.)
- Rolle der bestehenden lokalen Medien

Der Begriff der Partizipation wird hierbei möglichst weit gefaßt: er umfaßt sowohl öffentliche als auch nichtöffentliche Entscheidungen und gilt für jedes Planungsstadium als auch für jede Form der passiven und aktiven Teilnahme.

Bei der Betrachtung allgemeiner Einflußfaktoren geht es darum, den Erwartungsspielraum einzuschränken, welche Personen prinzipiell motivierbar sind. Da gibt es zunächst personenspezifische Faktoren: Persönlichkeitsstarke, kontaktfreudige und selbstbewußte Menschen partizipieren überdurchschnittlich häufig,³⁶ wenn auch diese Faktoren - gerade in Partizipationsprozessen - erlernbar sind.

³⁶ Vgl. Goel 1980, 121 ff

Bei den sozialen und demographischen Einflußfaktoren werden den Merkmalen Beruf, Einkommen und Bildung die größte Bedeutung zugemessen: je höher diese drei Merkmale sind, desto höher ist die Partizipationsrate. Mehrere empirische Studien belegen einen Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsabschluß und einer überdurchschnittlich häufigen Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen. Prägend ist weiters die Autonomie am Arbeitsplatz bzw. die Nähe zu administrativen Tätigkeiten. Die niedrigsten Partizipationsraten wurden bei denjenigen Gruppen ermittelt, die öffentliche Hilfen für ihren Lebensunterhalt in Anspruch nehmen mußten³⁷.

Bei gleich hohem Bildungsgrad wird der geschlechtsspezifische Unterschied geringer, ansonst nehmen wesentlich mehr Männer teil. Altersmäßig gibt es eine Spitze bei den 30 bis 40 Jährigen, ein Indikator, der jedoch stark mit dem Einkommen korreliert.

Der Einfluß familiärer Hintergründe und der in der Schule vermittelten Inhalte ist umstritten, vielmehr ist die Partizipationsbereitschaft dort hoch, wo sie von der sozialen Norm des gesellschaftlichen Milieus stark gefordert wird. Die politische Einstellung des Individuums hängt stark von derjenigen der Identifikationsgruppe ab. Begünstigende Gruppennormen vermitteln das Gefühl, daß politische Teilnahme sich lohnt und mit einem hohen Prestigewert verbunden ist.³⁸ Hingegen ist mangelnde Integration und das Gefühl der politischen Entfremdung durchaus ein Motivationsgrund, auch unkonventionelle Partizipationsformen ins Leben zu rufen.

Weiters ist die sozialräumliche Struktur der Gemeinde zu berücksichtigen: Die Partizipationsbereitschaft ist in mittelgroßen Städten hoch; in Gemeinden wird sie direkt im Kontakt mit der Gemeindeverwaltung (Bürgermeister und Gemeinderat) ausgeübt; in Großstädten dominieren die Medien, die Wirtschaft und Arbeitnehmervertreter die Kommunikationsvorgänge um lokale Belange.³⁹ Weiters ist der Vitalitätsfaktor einer Gemeinde ausschlaggebend: In sogenannten Schlafstädten und Pendlergemeinden gibt es tendenziell weniger Initiativen.

³⁷ Vgl. Parkum, Parkum 1980, 153-167

³⁸ Vgl. Parkum, Parkum 1980: 166

³⁹ Vgl. Arzberger 1980, 81

Ein entscheidender Faktor ist die Betroffenheit. Wo es Betroffenheit gibt oder sich herstellen läßt, ist auch mit einer höheren Partizipationsrate zu rechnen. Das Konzept der Betroffenenpartizipation nimmt Abstand von der Utopie des totalen Konsens und nimmt ihr so den totalitären Charakter.

Das politische System der Gemeinde ist der zweite Bereich, der die Partizipationsbereitschaft wesentlich bestimmt. Eine Tradition bei Bürgerbeteiligungsversuchen schlägt sich auch auf die Bereitschaft und den Anspruch nieder, Bürgerbeteiligung zu initiieren und neue Formen zu gestalten. Freilich gibt es auch Rahmenbedingungen, wie die Art der kommunalen Verfassung. So wird etwa die verglichen mit Bayern in Norddeutschland höhere Partizipationsrate auch darauf zurückgeführt, daß die Norddeutsche Ratsverfassung der Gemeindevertretung eine starke Stellung gegenüber der Verwaltung gewährt, was sich in einem verstärkten Informationsfluß von der Verwaltung zum Gemeinderat, in einer verstärkten Parlamentarisierung von Entscheidungen und in gewichtigen Kontrollmöglichkeiten auswirkt. Dieser Kommunalverfassungstyp stärkt insbesondere auch den Einfluß von Ausschüssen und gestattet es dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, den Chef der Verwaltung mit einem besonderen Entscheidungsrecht zu beeinflussen, was etwa in Bayern aufgrund der Tatsache, daß der Bürgermeister gleichzeitig Vorsitzender der Gemeindevertretung als auch Leiter der Verwaltung ist, nicht möglich ist. Darüberhinaus haben die informellen Machtstrukturen (Wirt, Schottergrubenbesitzer) einen wesentlichen Einfluß darauf, wessen Mitwirkung etwa in Planungsprozessen erwünscht ist.

Der dritte wichtige Bereich ist die Rolle der Lokalpresse. Sie ist vielfach eher Partner des politisch-administrativen Bereichs als ihr politischer Gegenspieler. Aufgrund ihres Charakters der Einwegkommunikation ist sie nur beschränkt oder in sehr vereinfachender Form (etwa mittels Anrufzählungen zu einem vorgegebenen Thema) an der Moderation von partizipativen Prozessen interessiert.

3.2. Neue lokale Massenmedien

Mit der zunehmenden Verbreitung und Verfügbarkeit von Computerarbeitsplätzen und Telekommunikationsdiensten ändern sich auch die technologischen Möglichkeiten für den Mediensektor im allgemeinen:

- Information auf Abruf statt Informationsstreuung
- Verkleinerte Zielgruppen
- Konvergenz verschiedener Medien
- Interaktion mit dem Mediennutzer
- Universelle Verfügbarkeit als Erfolgskriterium

Neben den herkömmlichen elektronischen Medien Rundfunk und Fernsehen und den speicherorientierten Pendanten wie Kassettenszeitung oder Videokassetten von Videoinitiativen ist eine zunehmende Verbreitung interaktiver Medien zu beobachten, die auch lokale Nachrichten übermitteln.

Zunehmende Bedeutung für die lokale Kommunikation gewinnen darüberhinaus zielgruppenspezifische Medien oder Informationsbroschüren großer Organisationen, die nicht nur Fachinformationen, sondern auch lokal relevante Informationen transportieren.⁴⁰

Erwartungen bezüglich der Wirkungen neuer lokaler Massenmedien werden von Schwiderowski in drei Bereichen formuliert:⁴¹ Wie gestaltet sich das Informationsangebot, welche Akteure beteiligen sich an den Medien in welcher Form und welche Wirkungen haben die Medien auf Entscheidungen. Diese Erwartungen werden nachstehend anhand der bisher dargestellten Rahmenbedingungen skizziert, wobei Anwendungsbereiche telematischer Medien besonders hervorgehoben werden.

3.2.1. Informationsangebot

Schwiderowski geht von folgenden Beobachtungen aus: Qualität und Breite des Informationsangebots werden durch das Maß der Professionalität und die kommerzielle Ausrichtung eines Massenmediums bestimmt. Etablierte Informationsanbieter bestimmen die Themenstruktur auch in neuen Medien maßgeblich. Die Einbeziehung von Initiativen oder gar einzelner Bürger setzt bei den Medien einen erhöhten Aufwand an finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen voraus, der unter Bedingungen einer weitgehend kommerziellen Ausrichtung schwer zu realisieren ist. Die Orientierung an einem breiten Publikum hat zur

⁴⁰ Vgl. etwa die Zeitschriften von "Bohmann Druck und Verlag" in Wien: Eurocity, verkehr, Innovativ, Zivilschutz, Installateur, feuerwehr, output, Umweltschutz, Sichere Arbeit, u.a.

⁴¹ Vgl. Schwiderowski 1989, 99f

Folge, daß lokalpolitischen Beiträgen kein allzu hoher Stellenwert eingeräumt wird, organisierte Informationsanbieter bekommen - auch ohne aggressive Öffentlichkeitsarbeit - automatisch mehr Repräsentativkraft.

Neue Medien, wie etwa der Lokalrundfunk, die sich auf die Beteiligung von Bürgern stützen, können zwar auf lokale Themen stärker eingehen. Aufgrund der bereits beschriebenen demografischen Unterschiede artikulationsstarker Gruppen im Vergleich zur ganzen Lokalbevölkerung, wird aber auch hier eine Selektion vorgenommen, die sich an den Interessen der Gestalter orientiert (z.B. Mittelschicht). Somit festigen sich bestehende Asymmetrien der öffentlichen Repräsentation zwischen artikulationsstarken und -schwachen Gruppen.

Erwartungen an neue lokale Massenmedien bestehen nun insofern, daß sowohl der Zugang zu Information, etwa zu aktuellen Planungsvorhaben, als auch das Bereitstellen von Information oder einer Meinung, nach Themenbereichen organisiert, für jede/n BürgerIn möglichst einfach sein soll. Der politisch-administrative Komplex kann dies nur insofern unterstützen, als Stellen zur Informationsbereitstellung geschaffen oder Mediatoren zur Bewältigung lokaler Probleme beauftragt werden. Dies kann mit medialer Unterstützung geschehen und wird in Wien erfolgreich durch die telefonische Rathaus - Stadtinformation oder einer Stadtteilzeitung⁴² praktiziert. Diese Form der Vermittlung ist jedoch personalaufwendig und nicht beliebig erweiterbar. Telematische Medien, die die Möglichkeit der öffentlichen Diskussion bieten, könnten einen Teil des Informations- bzw. Artikulationsbedarfs abdecken, wobei nicht notwendigerweise eine Moderation seitens der kommunalpolitischen Verwaltung notwendig ist, sondern die Informationskreisläufe in kleinem Kreis vielfach genügen und von selbst laufen. In welchem Ausmaß und in welcher Form eine Betreuung öffentlicher Diskussionsbereiche notwendig ist, zeigte auch der Feldversuch: der Aufwand konzentriert sich einerseits auf redaktionelle Arbeiten, wie das Sammeln von Informationen über Serviceeinrichtungen und auf das Auffinden von Partnern, die als Informationsanbieter oder Werbeträger für das Medium interessant sind.

⁴² Die Stadtteilzeitung "hier fehlt noch was ..." vermittelt den Anrainern eines Wiener Stadterweiterungsgebietes Planungsvorhaben und Gestaltungsvarianten, berichtet von Workshops oder Diskussionsveranstaltungen und stellt Freiraum für Beiträge von Bürgerinitiativen zur Verfügung. Die Stadtteilzeitung wird von einem professionellen Team, das gleichzeitig die einzelnen Schritte des Bürgerbeteiligungsverfahrens moderiert, herausgebracht.

3.2.2. Beteiligung der Akteure

Bisherige Analysen zeigen eine schicht- geschlechts- und altersspezifische Beteiligung an Bürgerbeteiligungsverfahren. Es liegt die Vermutung nahe, daß dies auch für die Beteiligung an bürgernahen Medien gilt. Bevölkerungsgruppen mit folgenden Merkmalen werden sich überdurchschnittlich häufig beteiligen: Personen mit einem höheren Bildungsabschluß, einem höheren Einkommen, großem Freizeitbudget (junge Menschen in der Ausbildung), Interesse an der Medientechnik und Personen mit technischen Fertigkeiten und Kompetenzen.⁴³ Je höher der Aufwand an Zeit, Wissen und finanziellen Mittel, desto mehr dürfte die Beteiligung entsprechend der partizipativen Rahmenbedingungen verlaufen. Setzt die Mitwirkung an der Themenauswahl noch einen geringen zeitlichen Aufwand voraus, sind Engagement und die Bereitschaft zu kostenloser Arbeitsleistung vielfach notwendige Voraussetzungen für die Produktion und somit das Bestehen lokaler Kommunikationsmedien. Sowohl für die Beteiligung an der Programmproduktion, als auch für die leitenden Funktionen gilt, daß sich der Kreis der Beteiligten mit den oben aufgezählten Merkmalen im "harten Kern" aller Beteiligten verdichtet.

Um den Zugang artikulationsschwacher Gruppen zu erleichtern, werden bei Bürgerbeteiligungsverfahren "Mediatoren" eingesetzt, die etwa im Stadterweiterungsgebiet Wien - Aspern als Übersetzer und Vermittler auftreten. Für Offene Kanäle in Deutschland wurde diskutiert, Kommunikationshelfer einzusetzen, um den Zugang und die Nutzung neuer Medien zu erleichtern.

Der Aufwand für die Artikulation lokaler Anliegen über Printmedien, Lokalradio, Offenen Kanal oder eine Kassettenzeitung bleibt nicht zuletzt aufgrund hoher Gestaltungsansprüche hoch, wird doch die Qualität an den "großen Schwestern", einer Landeszeitung, dem Landesrundfunk oder dem kommerziellen Fernsehen gemessen.

Telematische Medien vermitteln eine gänzlich neue Qualität, die noch wenig geprägt ist von hochprofessionellem Vorgehen. Dies hat mitunter damit zu tun, daß telematische Medien noch kaum für Werbezwecke eingesetzt werden, und dadurch eine "Politur", die künstlich Aufmerksamkeit erzeugt, ohne auf die Qualität der Inhalte Rücksicht zu nehmen,

⁴³ Vgl. Schwiderowski 1989, 103

ausgeblieben ist. Die Direktheit und Unmittelbarkeit des Mediums gestattet es, ohne hohen Gestaltungsaufwand sowohl gut recherchierte Beiträge, aber auch ad hoc Statements, Kommentare und Bewertungen orts- und zeitunabhängig einzuspielen. Dies müßte wesentlich zu einer Streuung der potentiellen Teilnehmer führen. Für eine aktive Teilnahme sind ein relativ geringes Zeitbudget, geringe finanzielle Mittel (Telefonkosten, Zugang zu einem entsprechenden Endgerät, also Computer/Modem/Telefonanschluß oder ein Telefon [vorzugsweise mit Tasten] für den Zugang zu Audiotexdiensten) und einige technische Fertigkeiten bei der Bedienung einer Mailbox oder eines Audiotexdienstes notwendig.

3.2.3. Wirkung auf lokale Entscheidungen

Inwiefern können neue lokale Massenmedien das lokalpolitische Kommunikationssystem für neue Gruppen und Inhalte tendenziell öffnen? Kann die Abhängigkeit von etablierten Informationsanbietern gelöst werden? Hierzu Schwiderowski über lokale Broadcasting - Medien:

"Neue lokale Massenmedien können eine Verstärkerfunktion übernehmen, wenn sie neue Themen aufgreifen und für Bürgergruppen eine Publizität schaffen, die ihre Konfliktfähigkeit im Rahmen kommunaler Entscheidungsprozesse erhöht. Insbesondere der lokale Rundfunk besitzt die Möglichkeit, durch eine unmittelbare, aktuelle und auch Stimmungen übertragende Berichterstattung bislang kaum beachtete Themen zu politisieren und damit neue Gruppen zu aktivieren. Allerdings liegt die Wirkung neuer lokaler Massenmedien angesichts der weiterhin wirksamen partizipativen und lokalpolitischen Rahmenbedingungen eher darin, politische Aktivitäten von Bürgern zu begleiten und zu unterstützen als sie zu initiieren."⁴⁴

Herkömmliche elektronische Medien erlauben eine Darstellung von Problemlagen und gestatten es, verschiedenen Gruppen zu Wort kommen zu lassen. Manche Gruppen werden neue mediengerechte Formen der Selbstdarstellung entwickeln.

Wirkungen neuer lokaler Massenmedien auf die Bürgerbeteiligung sind zum jetzigen Forschungsstand schwer einzuschätzen, ja weisen sogar eher in die Richtung, daß die partizipativen Rahmenbedingungen verfestigt als abgeschwächt werden: Einer Studie über die Weiterentwicklung regionaler Programmangebote von Hörfunk und Fernsehen zufolge wurde z.B. festgestellt, daß die Ausprägung des Interesses an Informationen mit dem Bildungsgrad

⁴⁴ Schwiderowski 1989, 105

korreliert.⁴⁵ Umgekehrt verhält es sich bei "Human Interest" Themen: Hier zeigten die Befragten mit einem Hauptschulabschluß das größte Interesse. Folgt man der These vom "Information-Gap"⁴⁶, dann werden Personen mit hohem Bildungsgrad sich verstärkt mit neuen Themen auseinandersetzen.

Diese Beobachtungen lassen sich zwar schwer generalisieren, doch lassen sich damit einige Gestaltungsregeln ableiten: Zu lokalen Informationsangeboten müßten Hintergrundberichterstattung mitangeboten werden und sollten nur wenige zielgruppenspezifische Informationen enthalten, die ein hohes Abstraktionsvermögen verlangen. Hilfreich ist es, Interpretationen aufzubereiten und Zusammenhänge anzubieten. Weiters sind die Regeln für eine hohe Erreichbarkeit einzuhalten: Sendungen zu einer ungünstigen Tageszeit blenden weite Bereiche der Bevölkerung aus; von daher sind "Fensterlösungen" für regionale Radio- und Videoinitiativen nur die zweite Wahl gegenüber eigenen Kanälen.

Etwas anders verhält es sich bei interaktiven Medien: hier kann der Teilnehmer aus dem Informationsangebot wählen und nach eigenem Bedarf - sofern entsprechend aufbereitet - zwischen Hintergrundinformationen und aktuellen Beiträgen auswählen, und zwar zu jeder beliebigen Tageszeit. Multimedia etwa über interaktive CDs gestattet zwar die Darstellung komplexerer Sachverhalte, schränkt jedoch die Möglichkeit zur Teilnahme auf das Auswählen unter hohem Aufwand vorgefertigter Informationseinheiten ein. Vernetzte Medien wie Mailboxen oder Audiotextdienste transportieren zwar weniger bunte Bilder, gestatten jedoch die Teilnahme am Diskussionsprozeß.

⁴⁵ Vgl. Renckstorf, Ehmcke 1985, 49

⁴⁶ Wissenskluft-These: Wissensvorsprung erleichtert die Verarbeitung neuer Informationen

4. LOKALE TELEKOMMUNIKATIONSDIENSTE: EINE BESTANDSAUFNAHME

Dieses Kapitel spannt einen Bogen lokal bezogener Telematikdienste. Es beginnt mit einem geschichtlichen Überblick, geht über zu theoretischen und normativen Aspekten von Funktionen und Wirkungen, umreißt Konzepte aufgabenadäquater Dienste, widmet sich technischen Realisierungsformen, skizziert das sozio-kulturelle Milieu und zugehörige Strukturen der handelnden Akteure und Akteurinnen und endet in der Beschreibung konkreter kommunaler Netzwerke.

Viele Informationen wurden durch Teilnahme an jenem kulturellen Raum, den diese Telekommunikationsdienste konstituieren, gewonnen: durch die Benutzung telematischer Kommunikationsdienste wie Listserver⁴⁷, UseNet⁴⁸, und Community Networks. Dabei ist besonders die Maillist "Communit" erwähnenswert, die sich der Community Networking-Thematik widmet. Diese Liste mit durchschnittlich 69 Beiträgen pro Tag wurde vom 29. Juni bis zum 12. September 1994 detailliert beobachtet⁴⁹, bis April 1995 einer Stichwortsuche und einer qualitativen Auswertung unterzogen. Aufgrund der vielen telematisch bezogenen Informationen, auf die sich auch Zitate beziehen, wurde neben einem traditionellem Literaturverzeichnis ein "Verzeichnis telematischer Quellen"⁵⁰ für diesen Bericht angelegt.

4.1. Geschichte und Ziele kommunaler Informationssysteme

Die Geschichte der Stadtinformationssysteme beginnt – vielleicht überraschenderweise – schon in den 70er-Jahren. Die Zielsetzung bestand darin, besseren und kompetenteren Service für die Benutzer der öffentlichen Verwaltung durch besser Informierte Beamte zu gewährleisten. Daher richteten sich frühe Systeme an jene Personen, die die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger bilden: Verwaltungsbedienstete im Parteienverkehr.

⁴⁷ Listserver ist ein telematischer Dienst, der Informationen in Form von E-mail (elektronischer Post) an eine Liste von "Abonnenten" verteilt. Jede Post, die an die Adresse der Liste gerichtet ist, wird automatisch an alle Abonnenten weitergeleitet.

⁴⁸ das "Bulletin Board" des Internet.

⁴⁹ insgesamt 538 Botschaften

⁵⁰ Zitate und Verweise, die sich auf telematische Quellen beziehen, sind im folgenden mit dem Zeichen (T) kenntlich gemacht.

Erste Vertreter dieses Typs waren das "Inverclyde-Projekt:" (1975), das "Welfare Rights Assessment Program" (WRAP) ab 1981 und der "Welfare Benefits Adviser" ebenfalls ab 1981. Alle genannten Projekte wurden in Großbritannien als eigenständig laufendes Computerprogramme in einem (lokalen) Behördendatenetz realisiert. Ein frühes deutsches System war "SOLDI – Soziale Leistung im Dialog", das 1984 bis 1987 in Frankfurt in Verwendung war. Einsatzzweck aller dieser Einrichtungen, war die genaue Berechnung von Leistungsansprüchen aus der sozialen Wohlfahrt.⁵¹

Auch die nächste Generation der Systeme wurde in einer Zeit vor der massenhaften Verbreitung billiger Personalcomputer angeboten. Daher fallen in diese Zeitspanne (zu Beginn der 80er-Jahre) auch noch keine von Privat- oder Gruppeninitiativen geschaffenen Telekommunikationseinrichtungen., die erst in den darauffolgenden Jahren zahlenmäßig bedeutsam werden. Einzig finanzkräftigere Körperschaften, wie Ämter und Verwaltungen, denen Bürgernähe und Transparenz wichtige Anliegen waren⁵², konnten die zur Errichtung notwendigen Investitionen tätigen.

Die "Bürgernähe der Verwaltung" zu verbessern war das Ziel von Stadtverwaltungen, die den ausgelieferten Verwaltungsklienten die "Utopie des mündigen Bürgers" im Sinne Foucaults⁵³ entgegensetzen wollten. Frisch (1994, 4) schreibt dazu:

"Bürgerinformation ist ein Schritt auf dem Weg von Reformbestrebungen, die im Bewußtsein der ‚Neuen Unübersichtlichkeit‘ sozialstaatlicher Verwaltung undurchschaubar gewordene Strukturen transparenter machen, das belastete Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung verbessern und den Trend einer abnehmenden Identifikation des Bürgers mit ‚seiner‘ Verwaltung aufhalten wollen."

Um diesen partizipatorischen Anspruch umzusetzen, sollte die Bevölkerung in erster Linie über Verwaltungsangebote und -abläufe informiert werden. Diese Informationen richteten sich direkt an die Bürger und benötigten nicht der Vermittlung durch Verwaltungsbeamte.

Technologisch waren viele Projekte durch die damals junge Videotex-Technologie realisiert. Sie gestattete nicht nur den Zugriff von öffentlichen Orten wie Amtshäuser aus, wo Terminals zur freien Benutzung aufgestellt wurden, sondern ermöglichte auch die Nutzung zuhause, sofern ein geeignetes Terminal zur Verfügung stand.

⁵¹ alle Angaben aus Frisch 1994, 27ff

⁵² vgl. Frisch 1994, 3f

⁵³ vgl. Foucault 1988, 165

In diese Zeit fallen auch die Versuche mehrerer nationaler Postverwaltungen, Videotex als telematischen Standard einem Massenpublikum nahezubringen. In Frankreich führte die Fernmeldeverwaltung (Direction générale des télécommunications – DGT) 1981-82 einen Pilotversuch mit 2000 Personen durch: TELETEL 3V⁵⁴. Dabei wurde ein umfangreiches Informationssystem von rund 12.000 Seiten entwickelt und deren Nutzung in einem Belgeitforschungsprojekt untersucht.

1985 ging das Projekt TELSID⁵⁵ des Informationsdienstes des französischen Premierministers (SID – Service d'information et de diffusion) in Betrieb. Ab 1989 wird es Teil der Documentation Française. Es besteht ein freier Zugang über Télétel. Ähnliche Dienste mit lokalem Bezug finden sich ab 1983 in Schweden (Teledata Linköping)⁵⁶, 1985 in Großbritannien (Berkshire Viewdata Service BVS⁵⁷) und ab 1989 in Berlin. Der letztgenannte Dienst, die "Informationsdatenbank Berlin"⁵⁸ ist ein Projekt der Senatsverwaltung, das in erster Linie für die Bürgerberatungsstellen in den Bezirken gedacht war, aber über Btx auch öffentlich zugänglich ist.

Erst in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre waren zwei wesentliche Kriterien für das Erscheinen eines neuen Typs von kommunalen Informationssystemen gegeben:

- ein preiswertes und verbreitetes Trägermedium: Personalcomputer und einfache Telekommunikationssoftware (Die schon etwas früher verfügbaren Videotextsysteme erlangten mit wenigen Ausnahmen keine ausreichende Akzeptanz und Verbreitung.)
- Bürgerinitiativen und Bewohnerkomitees ("grass root initiatives") erlangten eine bedeutende Position im lokalpolitischen Prozeß.

Erst jetzt konnte die Initiative für telematische Bürgerinformationssysteme von der Bevölkerung selbst ausgehen, genauer von kleinen Gruppen, die gleichermaßen technisch kompetent wie sozial engagiert waren. Über Personalcomputer werden Informationen angeboten, die über Telefonleitung und Modem von zu Hause aus abgerufen werden können. Die verwendete Technologie der Bulletin-Board-Systeme (BBS, also öffentliche "Schwarze

⁵⁴ vgl. Frisch 1994, 22f

⁵⁵ vgl. Frisch 1994, 23f

⁵⁶ vgl. Frisch 1994, 25

⁵⁷ vgl. ebenda

⁵⁸ vgl. Frisch 1994, 20ff

Bretter”) gestatte erstmals allen Benutzern selbsttätig Informationen über dieses Medium zu verbreiten. “St. Silicon's Hospital and Dispensary” (Cleveland, USA 1986, heute “The Cleveland FreeNet”) war wahrscheinlich das erste derartige BBS, das Ausgangspunkt der im Verlauf dieses Kapitels noch zu behandelnden Community und FreeNet-Bewegung wurde.

Damit verschoben sich auch die Ziele lokaler Telematikdienste von reinen Verwaltungsinformationssystemen zu partizipatorischen Instrumenten, in denen der Diskurs der Teilnehmer und die Organisation von Bewohnerinteressen ein wichtiges Element darstellten. Die Stadtinformationssysteme aktuellen Typs waren geschaffen. Erst in jüngster Zeit, ausgelöst durch den Boom der Telematik entstehen wieder Systeme, die vorwiegend Rahmeninformationen über Stadt und Stadtverwaltung anbieten, demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten aber keinen Raum widmen.

4.2. Anwendungen für lokale Telekommunikationsdienste

Unabhängig von der verwendeten Technologie sollen einige Anwendungen von lokalen Informationssystemen skizziert werden. Mögliche Dienste von sprachbasierten Systemen müssen sich nicht notwendigerweise stark von jenen in textbasierten unterscheiden. Darunter befinden sich bereits realisierte Anwendungen sowie Anwendungsvorschläge. Ausführliche Zusammenstellungen bringen Barber 1994⁵⁹ und Bradshaw 1995⁶⁰.

Abbildung 3: Kategorien von Diensten für lokale Informationssysteme

<p>1. Informationsangebote und -dienste</p> <ul style="list-style-type: none"> 1.1 Informationsbasisdienste der Gemeinde und anderer Organisationen 1.2 Aktuelle Informationsdienste: Verlautbarungen und Dokumentation 1.3 Stadtkalendarium, Veranstaltungskalender, Ankündigungen 1.4 Orientierungshilfen in Ämtern und an anderen öffentlichen Orten
<p>2. Interaktive partizipatorische Instrumente</p> <ul style="list-style-type: none"> 2.1 Diskussion lokalpolitischer Angelegenheiten 2.2 Abstimmungen
<p>3. Instrumente zur Belebung der Selbstorganisation und lokalen Identifikation</p> <ul style="list-style-type: none"> 3.1 Tauschbörsen für Nachbarschaftshilfe 3.2 Präsentationsflächen und Märkte lokaler Wirtschaftsangebote 3.3 Willkommenseite für Gäste und Zuzügler

⁵⁹ Barber, Putnam, in: Communit am 29.6.1994 (T)

⁶⁰ Bradshaw, Chris, in Communit am 1.2.1995 (T)

Einige der Anwendungen der Telekommunikationsdienste haben eindeutig demokratisch partizipatorischen Charakter, andere sind Hilfsmittel zum sozialen Austausch im lokalen Raum. Aber auch die zweitgenannte Kategorie kann mithilfe informelle soziale Netze entstehen zu lassen. Diese sind Vorstufen expliziter Organisationsformen der Selbsthilfe oder politischen Partizipation. Einige Beispiele sind für eine größere Zielpopulation gedacht, adressieren die gesamte Kommune, andere sind kleinteilig lokal konzipiert – so auch unser Pilotversuch, der lediglich für einen Bezirksteil gestaltet worden ist.

Informationsbasisdienste der Gemeinde und anderer Organisationen

Basisinformationen zu Zuständigkeiten, Ansprechpartnern und Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen und Ämter zählten schon in der Frühphase von Stadtinformationssystemen zu den Standardinhalten. Telematische Medien stehen zwar gerade in diesem Bereich der statischen Informationen in großer Konkurrenz zu Printmedien, dennoch sollten Basisinformationen auch elektronisch vermittelt abrufbar sein. Wichtig sind auch Informationen über private Dienste und Organisationen, wie Selbsthilfegruppen oder Beratungszentren, die ansonsten nicht leicht verfügbar sind.

Frisch⁶¹ hat anlässlich einer Akzeptanzstudie für das Hamburger Direkte Bürger-Informationssystem (DiBIS) Informationsinteressen bei Behördenbesuchern ermittelt. Dabei ergab sich die nachstehende Reihung von Themenbereichen. Die Prozentzahlen geben den Anteil an positiven Interessenbekundungen bezogen auf alle Befragte wieder.

Abbildung 4: Informationsinteressen bei Stadtinformationssystemen

Informationsinhalt	Interessierte
Alltagsinformation	90%
Anspruchsinformation	85%
Fahrplanauskünfte	83%
Kultur	78%
Veranstaltungskalender	75%
Anspruchsberechnung (Sozialhilfen, Unterstützungen)	73%
Strukturinformation (Zuständigkeiten, der Behörden)	67%

⁶¹ Frisch 1994, XXI

Freizeit, Sport	66%
Kommunalpolitik	61%
Stadtführer	53%
Gaststätten, Hotels	48%

Aktuelle Informationsdienste: Verlautbarungen, Dokumentation

Die aktuellsten und wichtigsten Informationen sollten besonders leicht auffindbar gemacht werden: z.B. Eröffnung neuer Einrichtungen und Dienste, neue Verkehrsverbindungen u.s.w..Sie können zum Beispiel als "Nachricht des Tages", die jeder Benutzer der Telekommunikationseinrichtung automatisch erhält, angeboten werden.

Darüberhinaus gibt es weitere aktuelle Informationen, die verbreitet werden können: Tagesordnungen von Bezirks- und Gemeinderatssitzungen, Protokolle (sofern öffentlich) oder Berichte darüber, Berichte öffentlicher Bauverhandlungen über größere Projekte. Auch Archive dieser Informationen können geschaffen werden. Benutzer sollten die Möglichkeit haben, in speziellen Bereichen selbst Nachrichten anzubieten.

Stadtkalendarium, Veranstaltungskalender, Ankündigungen

Ein Kalendarium bietet Übersicht über alle Ereignisse in der Stadt oder im Stadtteil. Damit ist nicht nur ein Veranstaltungskalender gemeint, der kulturelle Ereignisse erfaßt sondern eine Liste aller aktueller Termine, die für die geographische Einheit Bedeutung haben; z.B.

- Stadt- bzw. Bezirksratsitzungen
- Sprechstunden von Behörden und Politikern
- öffentliche Bauverhandlungen
- lokale Ereignisse wie Eröffnungen von Infrastruktureinrichtungen
- privat organisierte öffentliche Ereignisse wie Schulaufführungen, Straßenfeste, Flohmärkte

Orientierungshilfe an öffentlichen Plätzen

Eines der traditionellsten Dienstangebote von Stadtinformationssystemen: An öffentlichen Plätzen aufgestellte Terminals, eventuell mit Touchscreens, bieten auch Computerlaien Orientierungshilfen und lokal bedeutsame Informationen (zum Beispiel: verfügbare

Behördendienste in Amtshäusern, nächstgelegene Verkehrsmittel, Restplatzbörsen). Das Äquivalent eines Bildschirmkiosks für sprachbasierte Dienste ist bereits vorhanden: Telefonzellen. Über öffentliche Telefonsäulen könnte zusätzlich ein Sprachdienst ohne Telefongebühren angeboten werden.

Diskussion lokalpolitischer Entscheidungen

Dieser Anwendungszweck ist kennzeichnend für aktuelle Konzepte telematischer Medien. Öffentliche Diskussionen, an denen jeder teilnehmen und die über längere Zeiträume geführt werden, können durch interaktive Massenmedien realisiert werden. Hier liegt die wahrscheinlich größte demokratische Relevanz solcher Einrichtungen. Lebendige Demokratie benötigt den demokratischen Diskurs, die regelmäßige Begegnung von Bewohnern, Verwaltung und politischen Entscheidungsträgern. Dieser kann in einem telematischen Medium einen neuen Ort finden.

Inhaltlich kann es dabei vor allem um aktuelle kommunale oder lokale Probleme gehen, besonders im Vorfeld von politischen Entscheidungen, z.B. um die Realisierung von Stadterweiterungsprojekten, Trassenführungen von Straßen oder neuen öffentlichen Verkehrsmitteln.

Abstimmungen

Grundsätzlich besteht auch die Möglichkeit, Abstimmungen und Wahlen mittels telematischer Dienste durchzuführen. Da aber weder von einem allgemeinen noch von einem gleichen Zugang zu den Abstimmungsmedien gesprochen werden kann, ist die demokratische Legitimität nicht gegeben, auch wenn sie, wie das Beispiel der Anruferzählungen zeigt, durchaus politischen Druck ausüben können. Vielmehr lohnt sich der Versuch, Anrufer nicht nur pro Argument zu zählen, sondern sie auch gleich in einen virtuellen Diskurs einzubinden, in dem sie pro- und contra- Argumente hören oder lesen oder selbst beitragen können.

Lokale Wirtschaftsangebote fördern und besser nutzen

Bessere Information über lokale Einkaufs- und Freizeitangebote unterstützen die lokal vorfindbaren Einheiten und verringern das Verkehrsaufkommen. Den lokal ansässigen

Wirtschaftsbetrieben werden dazu Präsentationsflächen eingeräumt. Mit Werbeflächen läßt sich auch ein Teil der Betriebskosten finanzieren.

Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe

Wie über jedes Massenmedium können auch über telematisch basierte Stadtinformationssysteme Bevölkerungsinitiativen koordiniert und verbreitet werden. Dafür lassen sich viele Anwendungsbereiche absehen: von Nachbarschaftshilfe bei der Kinder- und Altenbetreuung über Car-Sharing-Aktivitäten bis zur Integration von neuen Bewohnern ins Stadtviertel.

Anwender elektronischer Medien empfinden häufig Gemeinschaftsgefühl gegenüber den Mitbenützern. Das funktioniert sogar im weltweit verbreiteten UseNet, dessen Verwender oft tausende Kilometer voneinander entfernt wohnen und sich in den meisten Fällen nie persönlich kennenlernen. Die Bereitschaft, innerhalb dieser Gemeinschaft mit Fachwissen und Tatkraft anderen zu helfen, ist sehr hoch. Darin liegt ein beträchtlicher Teil der Attraktivität und tatsächlichen Funktionalität von Bulletin Board Systemen. Diese Bereitschaft für Nachbarschaftshilfe oder freiwillige Gemeindedienste könnte über Telekommunikationsmedien stimuliert und koordiniert werden.

Über neue Telematikdienste lassen sich auch neue Formen des Fundraising durchführen. Neben Spendenaufrufen, können auch Dienste über Mehrwertdienst-Telefonleitungen eingerichtet werden, deren Benutzung dem Betreiber Einnahmen verschafft.

Wenn Systeme bidirektionale Kommunikation erlauben, werden sie auch zu einem Kennenlern- und Treffpunkt ihrer Benutzer. Daraus ergibt sich der Einsatz als lokales Integrationsinstrument für Personen, die ihren Wohnort gewechselt haben und nun sozialen Kontakt und Informationen in fremder Umgebung suchen.

4.3. Technische Realisierungen

Für Telematikdienste steht ein Repertoire von erprobten Basisdiensten zur Verfügung, um geforderte Kommunikationsleistungen zu erbringen. Basisanwendungen sind grundsätzlich unabhängig vom jeweiligen Medium und lassen sich anhand der involvierten Kommunikationspartner folgendermaßen einteilen:

- Individuen ("one")

- disperse, nicht klar abgegrenzte Gruppen (das Publikum, Öffentlichkeit, "many")
- klar definierten Subpopulationen (Personengruppen, "some")

Aus den Kombinationen der Kommunikationspartner in der Kommunikator- und Rezipientenrolle ergeben sich die in der folgenden Abbildung angeführten Dienstformen in telematischen Medien.

Die technischen Realisierungen umfassen traditionelle Medien wie Fernsehen und Zeitung oder den reguläre Postdienst. Durch die Verbindung herkömmlicher Übertragungsmittel wie Telefonleitungen und Fernsehkabel mit computerbasierter Informationsverwaltung entstehen neue Informations- und Kommunikationstechnologien. Die bieten erstmals Interaktionsmöglichkeiten: Nutzer können zumindest aus einem reichhaltigen Angebot auswählen oder überhaupt Inhalte selbst gestalten. Trotz der Vielfalt neuer Medien gilt auch hier die kommunikationswissenschaftliche Regel, wonach neue Medien die alten nicht obsolet machen, sondern bestenfalls ihren Funktionsbereich verändern und neu definieren. Gerade im Zusammenwirken verschiedener Medien können unterschiedliche Zielgruppen jeweils optimiert erreicht werden.

Abbildung 5: Telematische Basisdienste nach Kommunikationspartnern

Kommunikationspartner	Dienstform
one to one	persönliche Post (Sprachpostfach, E-Mail) oder Online-Tratsch (sprach- oder textbasiert)
one to many	Verteilerlisten für Nachrichten: ein Absender, viele Adressaten, die die Nachricht in ihr persönliches Fach oder nach Hause zugestellt bekommen (v.a. "herkömmliche Massenmedien" wie TV und Radio aber auch bei neuen Medien anzutreffen z.B. "Maillisten" im Internet)
many to one	Abstimmungen; viele stimmen über eine Sache ab
many to many	öffentliche schwarze Bretter zum öffentlichen Meinungs- oder Informationsaustausch (akustisch oder textbasiert)
some to some	Nachricht an eine definierte Teilöffentlichkeit, geschlossene Benutzergruppen in telematischen Medien

Im folgenden werden nun die relevanten Dienste und Medien für eine politische Beteiligung im lokalen Rahmen näher beschrieben:

4.3.1. Mailboxen (Bulletin Board Systeme)

Technisch gesehen sind Mailboxen (engl. bulletin board system - BBS) Computer, die über das öffentliche Telefonnetz (eventuell auch über das Internet) erreichbar sind und in erster Linie dem gegenseitigen Informationsaustausch dienen. Als Metapher dafür dient das "schwarze Brett", ein öffentlich zugänglicher Bereich, wo jeder Teilnehmer Nachrichten oder Botschaften anbringen kann ("asynchrone Gruppenkommunikation"). Bulletin Board Systeme bieten mehrere solche Bereiche (je nach Technologie "Brett", "Area", "Konferenz" oder "Newsgroup" genannt), die jeweils einem bestimmten Thema gewidmet sind. In ihnen spielt sich der größte Teil des öffentlichen Informations- und Meinungsaustauschs ab. Sie bilden mit ihrer thematischen Gliederung ein System abgegrenzter Orte (ähnlich wie Dateiverzeichnisse und Unterverzeichnisse).

An Ausrüstung zur Benutzung sind ein Personalcomputer, ein Modem und ein ganzer Telefonanschluß erforderlich. Das Modem verbindet über das Telefonnetz den Benutzercomputer mit dem Mailboxserver. Die Interaktion erfolgt durch die Tastatur, bei moderneren System über die Maus.

Benützer wählen zunächst einen für sie interessanten Themenbereich aus und bekommen eine Liste der verfügbaren Botschaften (auch "Nachrichten" oder "Messages" genannt), die jeweils mit einer Titelzeile versehen sind. Es können Botschaften ausgewählt und gelesen oder eigene veröffentlicht werden (im eingedeutschten Fachterminus "gepostet", vom englischen "to post a message").

Um bei vielgenutzten Systemen mit sehr vielen Nachrichten innerhalb eines "Brettes" zu strukturieren, wird häufig unterschieden, ob auf eine bestehende Botschaft Bezug genommen oder ob ein neues Thema, kenntlich durch eine neu formulierte Überschrift- oder Titelzeile, angesprochen wird. Eine Antwort oder sogenannte "reply" trägt nahezu die gleiche Überschriftenzeile wie jene, auf die sie sich bezieht. Ein vorangestelltes "Re:" macht sie als Antwort kenntlich.

Flexiblere Systeme können neben Texten auch Computerdateien, Bilder, Töne und Animationen transportieren.

Bulletin Board Systeme können bereits auf kleinen Computern eingerichtet werden und werden meistens über ein oder mehrere Modems direkt mit dem Telefonnetz verbunden. Über

die gleiche Anordnung (Computer via Modem mit dem Telefonnetz verbunden) können sie von ihren Benutzerinnen erreicht werden. Eine große Ausnahme darin bildet das "UseNet" (Akronym aus "user's network"), dem BBS des Internet. Es ist grundsätzlich nur über das Internet, also über Internet-Stand- und Einwählleitungen zu erreichen. Es bietet insgesamt über 6.000 verschiedene "Bretter" ("newsgroups" genannt) und ist an tausenden Orten in der Welt lokal verfügbar.

```
<<< FreeNet Erlangen Nuernberg Hauptmenu / Main Menu >>>
      <<< go main, m >>>

1 Systemverwaltung, Registrierformulare / Administration, Registration ->
2 Die Post / Post Office ->

3 Die Region im FEN / Virtual Community ->
4 Das Universitaetsgelaende / Entering the Virtual Campus ->
5 Academy One / Das Amerikanische Schulnetzwerk ->

6 Die FEN Zentrale / The FEN Center ->

7 Telekommunikation / Communications ->

8 Hilfe / Help Desk ->
-----
h=Hilfe, x=FEN verlassen, "go help"=ausfuehrliche Hilfe
h=Help, x=Exit FEN,      "go help"=extended help

Ihre Wahl / Your Choice ==> 3
```

Abbildung 6: Beispiel eines Free Net (Erlangen-Nürnberg, BRD) mit textbasierter Benutzerschnittstelle

Viele Computerinformationssysteme bieten den Dienst "elektronische Post" oder "Email" an: Hierbei werden Botschaften nicht "veröffentlicht" sondern nur an einen oder mehrere Benutzerinnen persönlich adressiert verschickt. Jede Benutzerin hat einen persönlichen Briefkasten (die eigentliche "mailbox"), in die der Brief zugestellt wird. Durch Verteilerlisten ("maillists") können aber kleine Teilöffentlichkeiten gebildet werden. Durch eine Anmeldeprozedur beim Einstieg in das System ("login") gibt sich der Benutzer zu erkennen. Zum Schutz der persönlichen Daten wird ein geheimes Kennwort ("Passwort") verwendet.

Nachteil dieser Systeme ist die Notwendigkeit einer speziellen Apparatur um darauf zugreifen zu können: entweder ein Personalcomputer mit Modem oder öffentlich zugängliche Terminals ("Infomationskioske").

Textbasierte Mailboxen waren das wichtigste Medium der Frühphase der bidirektionalen Stadtinformationssysteme. Heute verfügen vor allem die neu eingerichteten Dienste über graphische Benutzerschnittstellen mit multimedialen Fähigkeiten. In Kapitel 4.6 bzw. 4.8 finden sich Abbildungen moderner Mailboxoberflächen (Systeme "Rete Civica di Milano" bzw. "Black•Box"). Diese Technologie gestattet es auch, die Schranken unterschiedlicher Datennetze zu überbrücken (FirstClass, UseNet/UUCP, Fido, Internet).

4.3.2. Audiotex und Fax-on-Demand

Genau den vorhin besprochenen Mangel – Einschränkung des Nutzerkreises auf jene, die Zugang zu einem Computer mit Modem haben – versuchen Audiotexdienste zu beheben. Zur Benutzung ist lediglich ein Telefon erforderlich (vorzugsweise ein Tastenwahlapparat mit Tonwahl, aber unter Verzicht auf etwas Bedienungskomfort sind auch die älteren Wahlscheibenapparate einsetzbar).

Audiotexdienste können fast identische Dienste wie Mailbox-Systeme anbieten, jedoch mit Sprache und Ton anstatt Schrift als Trägermedium. Im einfachsten Fall sind sie einzusetzen wie ein Tonbandservice und ein Anrufbeantworter: Texte können abgehört, Botschaften aufgesprochen werden. Den Anwendern stehen aber eine Reihe von Steuer- und Navigationsmöglichkeiten zur Verfügung, mit deren Hilfe sie sich im System "bewegen" können. Als "Eingabegeräte" dienen die Telefontasten bzw. das Mikrophon im Telefonhörer bei Sprachsteuerung.

Auf diese Weise können nicht nur Informationsteile, sondern auch Diskussionsforen, akustische "schwarze Bretter" erstellt werden. Beiträge können abgehört oder selbst aufgesprochen werden. Weniger interessante Botschaften können mithilfe der Tasten abgebrochen oder übersprungen werden. Akustisch präsentierte Menüs ermöglichen es, zwischen den Themenbereichen ("Brettern") oder den verschiedenen Funktionen des Systems zu wählen. Manche Audiotexdienste erlauben es, daß Faxseiten gespeichert und wieder abgerufen werden. Auf ihnen können Zusatzinformationen, Graphiken oder weitere Orientierungshilfen im System angeboten werden.

"Durchwahlnummern" erlauben schon bei der Einwahl in das System den zielgenauen Zugriff auf einen bestimmten Informationsbereich. Audiotexdienste werden in Kapitel 5 detaillierter beschrieben.

4.3.3. Standardisierte Internetdienste

Immer mehr Community Networks nutzen die Vorteile aktueller Internettechnologie. Diese Systeme verwenden meist genormte Standarddienste des Internet wie "Gopher", "World Wide Web" (WWW) und "UseNet"-Konferenzsysteme. Zur Benutzung von Internetdiensten ist ein Personalcomputer erforderlich, der entweder über eine fixe Leitung ("Standleitung") oder durch eine Einwahlleitung (mithilfe eines Modems als Verbindungsstück zwischen Computer und Telefonnetz) mit dem Internet verbunden ist. Internetdienste sind in erster Linie textbasiert, unterstützen aber im immer größeren Ausmaß graphische und multimediale Benutzerschnittstellen.

Dienste wie "Gopher" und WWW gestatten eine verteilte Informationsaufbereitung. Das heißt, sie erleichtern das Einbinden von Informationen aus anderen Quellen im Internet und können daher vorhandene Informationsressourcen besser nutzen. WWW bietet zudem eine graphische und damit attraktivere und leichter bedienbare Benutzeroberfläche und wird vor allem bei neu eingerichteten Community Nets verwendet.

Dennoch haben derartige Systeme heute noch eine Reihe von Nachteilen: Zunächst ist es nur schwer möglich, alle Funktionen eines herkömmlichen Bulletin Board Systems in ein einziges Internet-Tool, vorzugsweise WWW zu integrieren. Das gilt vor allem für die aktiven Kommunikationsinstrumente E-Mail und Newsgroups (Diskussionsbretter). Das ist mit ein Grund, warum die Konfiguration der Benutzerendgeräte so kompliziert wird, daß sie eine wesentliche Hemmschwelle für den Zugang zum System darstellt. Zudem schwächt sie die Systeme gerade dort, wo sie eigentlich ihre spezifische Qualität ausspielen sollten: im freien bidirektionalen Fluß von Informationen.

Zur Zeit arbeiten mehrere Entwicklergruppen an einer besseren Integration von Diskussionsforen und Online-Tratschfunktionen⁶² (Tratsch mit anderen Benutzern, die zur selben Zeit mit dem System verbunden sind). Es zeichnet sich ab, daß bald Lösungen zur Behebung der genannten Schwachpunkte gefunden werden. Derzeit bestehen die Mängel aber noch.

⁶² Interessante Prototypen sind zum Beispiel beim Berliner Projekt der "Internationalen Stadt" zu finden.

4.3.4. Informationskioske

An öffentlichen Orten aufgestellte computerbasierte Informationssysteme werden auch "Kioske" genannt. Typische Aufstellungsplätze sind Rathaus, Bibliothek, Einkaufszentren sowie öffentliche medizinische und soziale Einrichtungen. Häufig werden sie mit berührungsempfindlichen Bildschirmen ("Touchscreens") anstatt Tastaturen als Eingabeinstrument ausgestattet. Damit wird aber eine spezielle Aufbereitung der Informationen notwendig, was wieder zur Folge hat, daß das Informationsangebot von Kiosken vergleichsweise gering ist.

Einige Kiosktypen bieten nur einen fix installierten Satz von Informationen an. Sie verfügen über keine Netzwerkanbindung an zentrale Datenbestände, sind dafür aber meinst mit einer besonders attraktiven multimedialen Benutzeroberfläche ausgestattet. Viele ältere Systeme boten öffentliche Zugänge zu videotextbasierten Lokalinformationsdiensten. Dabei kamen Terminals ähnlich jenen, wie sie in Österreichischen Postämtern für das Btx verwendet werden, zum Einsatz.

Der Zugang zu den Endgeräten ist öffentlich. Die Bedienung der moderneren Ausführungen ist meistens sehr einfach mit großen übersichtlichen Menüs gestaltet. Die Zugangsschwelle ist also insgesamt sehr gering. Dennoch ergeben sich einige Nachteile: Die verfügbare Benutzungszeit ist geringer als bei Geräten, die am Arbeitsplatz oder zu Hause stehen. Außerdem fehlt die für eine explorative Informationssuche notwendige gesicherte soziale Umgebung. Meistens bieten Kioske auch keine Möglichkeit, selbst Informationen in das System einzufügen.

Auch die Stadt Wien hat mit dem sogenannten "Tip-Tap"-System Erfahrungen gesammelt und im Rahmen des INFOSOND Projektes einen web-basierten Access Point entwickelt, der sich auch mittels Spracheingabe bedienen läßt. Diese Access Points werden zunächst in Amtshäusern aufgestellt und bieten die Internetseiten der Stadtverwaltung an.

4.3.5. Lokalfernsehen, lokales Kabelfernsehen

Lokales Fernsehen ist die lokale Variante zu städtischen und grenzüberschreitenden Programmen. Es bietet zwei zusätzliche Anwendungen:

Zunächst können kommunale Informationen auch in den Videotext-Bereich des lokalen Fernsehens eingebracht werden. Dabei können auch Teile eines bestehenden, beispielsweise Bulletin-Board-basierten Systems, übernommen und verbreitet werden – allerdings ohne Feedback-Möglichkeit. In einer weiteren Phase kann von der Fernsehtechnologie unabhängig nur das Leitungskabel als Trägermedium verwendet werden, um damit eine bidirektionale Anbindung an das Stadtinformationssystem herzustellen. Damit könnte die, für die Benutzer nicht immer problemlose und auch kostenintensive Verwendung von Telefonleitungen, wie sie bei Mailbox- und Internet-basierten Informationsdiensten notwendig sind, vermieden werden. Viele Kabel TV-Gesellschaften bieten seit kurzem solche Zugangsmöglichkeiten an.

4.3.6. Lokalradio

Lokale Radiostationen sind ein bewährtes Medium zur Übermittlung von kommunal relevanter Information. Aufgrund seiner Unidirektionalität werden Diskussionsprozesse unter Zuhilfenahme von Telekommunikationsmedien (Telefon) und redaktioneller Moderation geführt. Eine weitere Beurteilung der Leistungen von Lokalradio etwa zur Unterstützung von politischen Entscheidungsfindungsprozessen kann hier nicht weiter geleistet werden, da sich diese Arbeit auf Telematikdienste konzentriert. Es sei jedoch angemerkt, daß für den Medienmix sich das Lokalradio besonders gut als Pendant zu allen Varianten von Telefondiensten eignet.

4.3.7. Bewertung und Einsatzoptionen neuer Medien

Es bieten sich einige Kriterien zur Bewertung von Medien im regionalen und lokalen Kontext an. Sie sind in der nächsten Abbildung wiedergegeben.

Wenn Medien am vorgeschlagenen Kriterienkatalog gemessen werden, zeigt sich, daß nur Bulletin Board Systeme, Audiotextdienste und internetbasierte Systeme gestatten in nennenswertem Maß bidirektionale Informationsflüsse. Außerdem ermöglichen sie einen zeitlich unmittelbaren Zugriff (Aktualität) und damit die Voraussetzung für einen sich rasch entwickelnden breiten demokratischen Diskurs. Audiotextdienste haben die niedrigste Zugangsschwelle (sowohl technisch – kein Computer muß zur Verfügung stehen, wie sozial – sie bedürfen nicht der Schriftform). Trotzdem ist zu erwarten, daß auch hier die sprachliche Ausdrucksfähigkeit ein wesentliches Zugangskriterium bleibt. Audiotextdienste eignen sich vor allem für kleinere, überschaubare Bereiche – thematisch wie örtlich zu verstehen – und

vermitteln mehr sprachliche wie nichtsprachliche Konnotationen. Große Systeme mit sehr vielen Diskussionsforen und sehr vielen Teilnehmern, die große Volumina an Nachrichten produzieren, bergen die bei computervermittelten Kommunikationstechnologien (CMC-Technologien) häufig beschriebene Gefahr der Desorientierung im virtuellen Raum in sich ("getting lost in cyberspace"). Für breit aufgefächerte Diskussionbereiche mit vielen Beiträgen eignen sich textbasierte Bulletin Board Systeme besser.

Abbildung 7: Kriterien zur Bewertung von Medien für lokale Kommunikationsdienste

<p>(1) Erreichbarkeit der Zielgruppen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Breite (möglichst viele erreichen) • Präzision (genau die anzusprechende lokal oder demographisch definierte Zielgruppe)
<p>(2) Qualität der Informationsaufbereitung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verständlichkeit • Auswahl des Informationsangebots
<p>(3) Bedienbarkeit (Benutzerschnittstelle)</p> <ul style="list-style-type: none"> • erforderliche Lernzeit bis zur erfolgreichen Handhabung der Grunddienste • erforderliche Vorkenntnisse
<p>(4) Bidirektionalität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Feedbackmöglichkeit • einfache Möglichkeit selbst Informationen anzubieten
<p>(5) anfallende Kosten</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Benutzer • für Betreiber

Die Übermittlung von Inhalten eines Community Net über Kabel eines lokalen Kabelfernsehanbieters kann bei geeigneter Gestaltung des Benutzerendgerätes bzw. Kompatibilität mit vorhandenen Einrichtungen (Fernseher mit Videotextoption beziehungsweise Personalcomputer) eine wesentliche Erweiterung des Nutzerkreises ermöglichen.

Informationskioske erreichen auch eine große und sogar je nach Aufstellungsort unterschiedliche Zielgruppe. Sie können aber nur eine relativ beschränkte Informationsmenge effizient präsentieren, die zudem meistens kostenintensiv aufbereitet werden muß.

Internetbasierte graphische Systeme können zwar Informationen gut präsentieren, sind jedoch hinsichtlich des Zugangs von technischen und finanziellen Möglichkeiten des Benutzers

abhängig. Die Feedbackmöglichkeiten sind zwar relativ gut, jedoch benötigt das Aufbereiten von Informationen für ein derartiges System Fachkenntnisse.

Hinsichtlich Radio und Fernsehen gibt es aus der kommunikationswissenschaftlichen Literatur bekannte Einschätzungen. Rundfunk ist ein stärker kognitiv ausgerichtetes Medium und eignet sich gut zur Übermittlung von Informationen. Fernsehen spricht ungleich mehr affektive Zustände an. Informationen gehen sehr häufig am Rezipienten vorbei. Lokales Fernsehen kann aber aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit des Zusehers mit etwas mehr Aufmerksamkeit rechnen. Bei beiden Medien ist die "Symmetrie des Diskurses" nur temporär unter Zuhilfenahme anderer Medien möglich, die einen hohen Moderationsaufwand erfordern.

4.4. Sozioökonomische Effekte lokaler telematischer Medien

Lokale Informationssysteme können ein breites Wirkungsspektrum entfalten. Die einzelnen Effekte sind nur sehr teilweise in der wissenschaftlichen Literatur dokumentiert. Dennoch zeigt die (via telematischer Netzwerke geführte) Diskussion zwischen Medienbetreibern einige wiederkehrende Beobachtungen.⁶³ Im folgenden wird eine Struktur der Wirkungsebene entworfen.

⁶³ vgl. Willard, Nancy 1994 (T)

Abbildung 8: Sozioökonomische Wirkungsebene lokaler telematischer Medien

<p>Strukturierende Funktion</p> <ul style="list-style-type: none"> • strukturdifferenzierend • gemeinschaftsbildend
<p>Partizipationsfördernde Funktion</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begegnung mit lokal/kommunalpolitischen Entscheidungsträgern • Konfontation mit lokal relevanten Informationen • neuer lokaler Kommunikationsraum der Bewohner untereinander
<p>Stärkung des lokalen Raums</p> <ul style="list-style-type: none"> • lokale Wirtschaftbelebung • zunehmende Wahrnehmung des nachbarschaftlichen Umfelds • Stärkung der lokalen Identität
<p>Entwicklung der telematischen Kulturtechnologie</p> <ul style="list-style-type: none"> • “Understanding the <i>medium</i> of virtual community as the <i>message</i>” • Übung des Gebrauchs telematischer Medien • Ausdifferenzierung der Authentizitätsebenen • Fortentwicklung telematischer Medien

Strukturierende Funktion

Ein typisches Merkmal von Telematikdiensten ist, daß sie in vielfacher Hinsicht strukturbildend wirken: Zunächst stellen sie eine neue Struktur der Teilnehmer her, die sich aus verschiedenen Gründen für den Gebrauch entscheiden und durch regelmäßige Kommunikation und Interaktion eine virtuelle Gemeinschaft bilden. Innerhalb eines Mediums wirken sie strukturdifferenzierend: Unterbereiche innerhalb des Mediums entstehen, die einen relativ festen Teilnehmerkreis haben.

Die beobachtete Wirkung von Datennetzen, latent vorhandene Gemeinschaften, die sich auf gleiche Interessenslagen gründen, zu versammeln⁶⁴ (Beispiel: die österreichische Raver-Szene auf dem System “Black•Box”⁶⁵), kann Vernetzungsprojekten selbst in bislang scheinbar kommunikationsarmen Umgebungen zum Erfolg verhelfen. Die Bereitschaft, neue Mitglieder in eine bestehenden elektronischen Gemeinschaft zu integrieren, ist, wie das Beispiel gezeigt hat, sehr hoch. Am chancenreichsten aber ist das neue Medium dort, wo es bereits funktionierende Gemeinschaftsverbände gibt, denen dann ein weiteres Mittel zur Verständigung in die Hand gegeben wird. Auch Apple Computer in seinem “Apple

⁶⁴ Der gleiche Gedanke wird auch von Putnam Barber in *Communitet* 10.7.1994 geäußert. (T)

⁶⁵ siehe Kapitel “Ansätze zu Community Nets in Österreich”

Community Grants Program” förderte ausschließlich “pre-networked communities”⁶⁶, wobei als “networked” Interessensgemeinschaften zu verstehen sind.

Partizipationsfördernde Funktion

Verwaltung, Politik, private Organisationen, Vereine und Interessensgruppierungen können in einem Netzwerk als Informationsanbieter agieren. Das wirkt der Tendenz zur Monopolisierung der Informationsquellen entgegen. Damit werden Möglichkeiten geschaffen, das Informationsangebot lokal und nach Interessensgruppen zu differenzieren. Auch werden Politik und Verwaltung unabhängiger von kommerziellen Medien und erhalten neue Kommunikationsschienen.

Zwei Voraussetzungen zur politischen Partizipation können durch lokale telematische Medien verbessert werden: Informationsstand und sprachlich-kommunikative Kompetenz. Der bidirektionelle Charakter telematischer Medien bietet die Gelegenheit zu einem fortlaufenden demokratischen Diskurs zwischen Verwaltung, Betroffenen und Politik.

Letztlich kann die Entstehung neuer Teilöffentlichkeiten fallweise zur spontanen Organisation von Interessen führen. Gemeinschaften emergieren, die über das Medium entstanden sind, deren Wirkung aber darüber hinaus reicht.

Stärkung lokaler Identität

Telematische Medien können nicht nur mehr Informationen über die unmittelbare Nachbarschaftsumgebung vermitteln als herkömmliche Massenmedien, sie bieten auch Möglichkeiten zum lokalen Tausch von Gütern und Dienstleistungen. Ein neuer Platz zum Austausch von Angeboten der "Nachbarschaftshilfe" kann zumindest teilweisen Ersatz für verlorengegangene lokale Treffpunkte (kleine Bezirksmärkte, die lokale "Agora") bieten. Damit erlangen die Sozialkontakte, die in der geographischen Umgebung gepflogen werden, wieder an stärkerer Bedeutung.

Was für sozialen oder nachbarschaftlichen Tausch gilt, kann auch für die lokale Wirtschaft von Effekt sein: Der Lebens- und Erlebensraum konzentriert sich stärker auf die nähere Umgebung. Werbeaktionen erreichen ihr Zielpublikum ohne große Medienstreuverluste. Damit haben lokale Gewerbeangebote verbesserte Chancen bei den Konsumenten.

⁶⁶ vgl. Hanna, Tom, in: *Communitet* 5.7.1995 (T)

“Understanding the medium of virtual community as the message”⁶⁷

Telematikmedien erweitern die Dimensionen und Perspektiven des Wahrnehmbaren. Realität löst sich weder auf, noch substituieren Telematikmedien wesentlich andere Medien. Bestenfalls wird mit dem Realitätsverständnis der Moderne gebrochen, in dem wir nicht mehr auf eine einzige „Vorzugsrealität“, verweisen.⁶⁸

Mit dem Eindringen einer neuen Kommunikationstechnologie in den Alltagsgebrauch entsteht also eine weitere “Kulturtechnik”. Ähnlich der Wirkung des Lesens, kann auch ihr gesellschaftsgestaltende Kraft angemutet werden. Aber die unmittelbarsten Auswirkungen betreffen heute das Medium ja selbst. Mediale Nutzungsgewohnheiten ändern sich möglicherweise, umgekehrt wirken die daraus resultierenden Erfahrungen aber sicher auf das Medium zurück. Durch die Nutzung wird seine Fortentwicklung maßgeblich beeinflusst, und daher ist eine möglichst breite Nutzung in einer frühen Phase der Diffusion eines Mediums für die zukünftige Ausdifferenzierung von Bedeutung.

4.5. Die Community- und FreeNet-Bewegung

Mit der wachsenden Verbreitung von Computern im Ausbildungssystem der USA Mitte des vergangenen Jahrzehnts wurde dieses neue Kommunikationsinstrument als adäquates und preiswertes Kommunikationsmittel für Initiativen im politischen, sozialen und kulturellen Bereich entdeckt. Es entwickelten sich unabhängig eine Reihe neuartiger “grass-root”-Bewegungen, die computerbasierte Telekommunikation als demokratieförderndes Instrument verbreiten. Vereinigungen wie die “Computer Professionals for Social Responsibility” (CPSR) und “Association for Progressive Communications” (apc) widmen sich allgemeinen Fragen zum Themenkreis Computer und Politik (z.B. Datenschutz) beziehungsweise der Umwelt- und Menschenrechtsthematik.⁶⁹

Unter anderem entstand die “FreeNet”-Bewegung, die die Bedeutung internetbasierter Kommunikationsmittel so hoch einschätzt, daß sie Gratiszugänge für alle “Bürger” fordert und zu verwirklichen sucht. Die Aktivisten setzen große Hoffnungen in diese Technologien:

⁶⁷ Zitat nach der Einladung zur “Canadian Community Networks Conference and Founding Meeting of Telecommunities Canada”; in: *Communet* : 29.9.1994 (T)

⁶⁸ Wagner 1993, 38

⁶⁹ vgl. Lukawetz 1993

Ein Weg, soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, ungleicher Zugang zu Bildungseinrichtungen, mangelnde medizinische Versorgung zu lösen, ohne daß dabei wesentliche zusätzliche Kosten für den Staat entstehen. Es sollen vorhandene Ressourcen von Initiativen und Freiwilligen besser genutzt werden. Damit wird das Szenario eines optimierten Selbsthilfesystems anstatt eines funktionierenden staatlichen Sozialsystems angestrebt.

Daneben gibt es noch einen partizipatorischen Ansatz: Anstehende politische oder Verwaltungsentscheidungen sollen von den Bürgern diskutiert werden. Initiativen und Lobbies sollen sich auf diesem Weg formieren. Verwaltungsstellen sollen sich direkt an die Betroffenen richten können, Politiker direkt an ihre Wähler.⁷⁰

Die meisten Initiativen werden von einigen wenigen Persönlichkeiten getragen. Beispielsweise von Jim Warren, einem Pionier der von Kalifornien ausgehenden "Online - Democracy"-Bewegung. Sie verfolgt das Ziel, einen besseren Informationszugang und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Regierungsentscheidungen über öffentliche Computernetze zu erhalten. Warren leitete 1993 eine Bürgerinitiative, die erfolgreich staatliche Gesetze und Statuten online zugänglich machte und nun versucht, daß auch Finanzberichte der Regierung in den Netzen verfügbar sind. Er beschreibt⁷¹, wie mit Hilfe vernetzter Computer realpolitische Entscheidungen massiv beeinflußt werden können und ortet die Möglichkeit einer politischen Einflußnahme durch eine Gruppierung vernetzter Bürger auf drei Ebenen:

- Einflußnahme auf einen Entscheidungsträger, einen Volksvertreter, Beamten oder Kommissionär;
- Einflußnahme auf eine kleine Gruppe im Parlament, etwa auf eine Mehrheit der Personen in einem Ausschuß;
- Einflußnahme auf eine größere Politikergruppe.

Das Rückgrat eines "electronic lobbying" besteht aus Personen, die informell über ein telematisches Netzwerk organisiert sind und ein gemeinsames Anliegen vertreten. Sie

⁷⁰ Anlässlich der Senatswahlen 1994 in den USA startete das "Twin Cities Free-Net" in Minneapolis das "Minnesota E-Democracy"-Projekt. Es umfaßte Diskussionsmöglichkeiten über und mit den Kandidaten und Zugriff auf Wahlprogramme und Aussendungen.

⁷¹ Warren 1994 (T)

tauschen Vorschläge und Entwürfe von Stellungnahmen und Briefen über das Netzwerk aus und versuchen wiederum andere Bürger, etwa durch Direct Mailing, von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß ein persönlicher Brief an einen Abgeordneten aus ihrem Distrikt bürgerferne Entscheidungen verhindern könnte. Direct Mailings, angefertigt mittels (in den USA) öffentlich zugänglichen Wählerlisten, sind vor allem bei Entscheidungen, die einen eingegrenzten lokalen Bereich betreffen, ein wirksames Instrument, da leicht ein Vertreter aus der Region von "seinen" Bürgern für deren Anliegen mobilisierbar ist.

Auch die Community Net-Bewegung verfolgt das Ziel, die Mitbestimmungsmöglichkeiten zu verbessern. Aber während sich einige Free Nets ganz bewußt außerhalb etablierter Machtstrukturen stellen, suchen die meisten Community Nets die Kooperation mit lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.

Eine prägnante Darstellung der Anliegen leistet das "Center for Civic Networking"⁷² in seiner Definition des Begriffs:

"Civic networking" sei die computergestützte beziehungsweise über elektronische Netzwerke ablaufende Interaktion von Bürgern untereinander und mit der öffentlichen Verwaltung zur gegenseitigen Interaktion und Unterstützung in öffentlichen bzw. Verwaltungsangelegenheiten.

Die Diskussion um die Initiative der US-Regierung für den Ausbau einer Kommunikationsinfrastruktur (National Information Infrastructure – NII), bei der öffentlicher Zugang und kommunale Informationssysteme eine wichtige Rolle spielen, wird von allen genannten Vereinigungen getragen. Dennoch lassen sich zwei Organisationen nennen, die sich zentral der Hilfestellung beim Aufbau von Community Networks und FreeNets verschrieben haben. Sie wirken auch als Lobbyisten auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene.

4.5.1. Center for Civic Networking (CCN)

Das "Center for Civic Networking" (CCN) ist eine gemeinnützige Organisation in den USA, Boston⁷³ und Washington D.C., die Modellprojekte durch Technologietransfer und

⁷² Einleitungstext im Gopherserver des "Center for Civic Networking" (T)

organisatorische Hilfestellungen unterstützt. Besonderes Anliegen von CCN ist die Berücksichtigung von demokratisch wirksamen Anwendungen des National Information Infrastructure (NII) wie eben Community Networks. Damit soll der rein kommerziellen Nutzung von "Info-Highways" und "Datenbahnen" entgegengewirkt werden.

Das vorgeschlagene Konzept sieht ein Zusammenwirken von kommerziellen wie gemeinnützigen Initiativen und Körperschaften vor. Ziel ist eine konzertierte Aktion zur Erreichung kommunaler bzw. lokaler und ökonomischer Entwicklungsziele. Die neuen Kommunikationstechnologien sollen Mittel zur Bürgerbeteiligung und Revitalisierung bestehender Institutionen und letztlich der Demokratie selbst sein. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um in einem demokratischen Diskurs ökonomischer und sozialer Desintegration, Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Wohnraum und Chancen zu begegnen. Civile e.a. (1993) argumentieren in ihrem Grundsatzpapier, daß telekommunikativ vermittelte Dienstleistungen wie Grundschul- und Berufsausbildung dem Wert hunderter Milliarden Dollar jährlich entsprächen und somit auch mithelfen könnten, den US-Staatshaushalt zu entlasten. Die Prämisse für ihre Sicht einer Telekommunikations-Infrastrukturpolitik stellen sie dem erwähnten Bericht voran:

"A country that works smarter; enjoys more efficient, less costly government, guided by a well-informed citizenry; that produces high quality jobs and educated citizens to fill them; that paves a road away from poverty; that promotes life-long learning, public health and the cultural life of our communities: This is the promise of the National Information Infrastructure."⁷⁴

Zu den mit dem CCN befreundeten Organisationen zählen unter anderem APC (Association of Progressive Communication), die EFS (Electronic Frontier Foundation), das FiFF (Forum Informatiker für Frieden und Verantwortung) und auch die österreichischen "engagierten ComputerexpertInnen" (eCE).

4.5.2. National Public Telecomputing Network (NPTN)

NPTN ist der Versuch, das Konzept des amerikanischen "National Public Radio" und "National Public Broadcasting on TV" auf das Medium Computer zu übertragen.

⁷³ Center for Civic Networking (CCN). 91 Baldwin Street, Charlestown, MA 02129, USA. Kontakt: Miles Fidelman <ccn@civicnet.org>, Tel 001-617-241 9205

⁷⁴ Civile e.a. 1993, 1 (T)

Ausgangsbasis war die Errichtung des Stadtinformationssystems in Cleveland, Ohio, das in seiner gegenwärtigen Ausbaustufe 35.000 Benutzer hat und wahrscheinlich weltweit das größte seiner Art ist.

Neben Interessensvertretung und Lobbying-Organisation bietet das NPTN fertige technische Lösungen für FreeNets, organisatorische Hilfe und Training an. Im Ausbau befindet sich ein Satz von Informationsangeboten, die bei Bedarf in das lokale System einbezogen werden können. Die Verbindung aller Systeme miteinander ist ein erklärtes Ziel der Organisation. Systeme, die den Sprung in die Betriebsphase geschafft haben, können eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Versammlungskörperschaft der NPTN-FreeNets delegieren.

Derzeit sind 40 NPTN-Mitgliedssysteme in Betrieb, davon widmen sich 28 einem vornehmlich kommunalen Aufgabenbereich und 12 dem Bildungssektor. Zwei davon sind in Europa⁷⁵ zu finden: das Finland FreeNet (Ausbildung) und das FreeNet Erlangen-Nürnberg (kommunal orientiert). Weitere 122 Organisationskomitees (davon drei in Europa), die neue Systeme ins Leben rufen wollen, existieren bereits.

4.6. Beispiele für Community-Networks

Die meisten Community Networks nehmen ihren Ausgangspunkt von Universitäten, Bibliotheken, Ausbildungsinstitutionen und lokalen Initiativen. In den meisten Fällen können sie mit Unterstützung durch die lokale Verwaltung, durch Radio- und Kabel-TV-Stationen, Spitäler und Gesundheitszentren rechnen. Neben speziellen Förderungen dienen auch Kooperationen mit anderen Programmen und Aktionen meist öffentlicher Stellen zur Unterstützung der Community Netze.

Eine Sammlung von Beispielen, die auch Schulinformationssysteme enthält, hat Judy Hallman⁷⁶ zusammengetragen (siehe Anhang). Eine Liste von Campuswide Information Systems (universitäre Informationssysteme vornehmlich für Studenten) ist von der gleichen Autorin erhältlich. Eine WWW-Seite im Internet, die Verbindungen zu mehreren über WWW-Clients zugänglichen Systemen erlaubt, wurde von Peter Scott erstellt.⁷⁷

⁷⁵ siehe die Liste der europäischen NPTN-Mitgliedssysteme und Organisationskomitees im Anhang.

⁷⁶ Hallman 1994 (T)

⁷⁷ Sie ist über den folgenden URL ("Uniform Resource Locator", ein Adressierungsschema im Internet) zu erreichen: <<http://www.usask.ca/~scottp/free.html>>.

Im folgenden nun einige Beispiele für öffentliche Telekommunikationsdienste. Obwohl die Mehrzahl der Dienste in den USA zu finden ist, wurde bei der vorliegenden Auswahl bewußt ein europäischer Schwerpunkt gesetzt.

4.6.1. Die “Digitale Stad” in Amsterdam

“De Digitale Stad” (DDS)⁷⁸ ist mit Abstand das größte Community Net in Europa und eines der fünf größten der Welt. Besonders außergewöhnlich erscheint das Projekt angesichts der Tatsache, daß es sehr früh, nämlich am 15. Jänner 1994 gestartet wurde und nach eigenen Angaben bereits ach einem Jahr auf 15.000 Benutzer verweisen kann.

Das ursprüngliche Ziel der Initiatoren – das Kulturzentrum “The Balie” und der Computerclub “Hacktic” – war es, die Möglichkeiten von neuen Kommunikationstechnologien im Zuge demokratischer Prozesse zu untersuchen und sollte nur zehn Wochen in Betrieb sein. In diesen Zeitraum fielen auch die Amsterdamer Kommunalwahlen, in deren Vorfeld Perspektiven der Stadtentwicklung diskutiert wurden. Daher waren Informationen der Stadtverwaltung und der politischen Parteien bereits zu Beginn des Projekts im Angebot der Digitalen Stad vertreten.

Finanzielle Starthilfe und Unterstützung wurden von der Amsterdamer Stadtverwaltung, einem Netzwerkprovider und einigen Computerfirmen bezogen. Der Zugriff auf das Medium sollte in erster Linie via Computer, Terminalprogramm, Modem und Telefonleitung, also dem kleinsten technischen Nenner computerbasierter Telekommunikation passieren. Computer, die über Einwähl- oder Standleitung mit dem Internet verbunden sind, benötigen kein Modem zum Zugriff auf DDS. Damit wird die Gruppe der meist akademisch Tätigen (ob als Studenten, Lehrende oder dem nicht-wissenschaftlichen Personal zugehörige) optimal erreicht. Darüber hinaus wurden einige wenige öffentliche Terminals (“Information-Kiosk” oder nur kurz “Kiosk” genannt) aufgestellt: im Rathaus, der Bibliothek, dem medizinischen Zentrum und in einigen Museen.

Die Organisatoren bemühten sich rasch um einen kommunalen “Medienmix” unter Einbeziehung einer lokalen TV-Station, die eine mehrteilige Reportage über das Projekt

⁷⁸ erreichbar über das Internet <URL: <http://dds.dds.nl>> oder über Modem unter der Telefonnummer +31-20-6225222 (Stand Jänner 1994)

ausstrahlte. Umgekehrt findet sich eine andere TV-Station unter den Informationsanbietern in der Digitalen Stad.

Die Palette der Informationsanbieter auf dem System hat ihren Schwerpunkt im Alternativ-, Kultur- und Initiativenbereich und entspricht damit weitgehend jener der US-FreeNetbewegung, die sich ebenso vor allem auf "grass-root"-Initiativen stützt.⁷⁹ Darüber hinaus bietet die Stadtverwaltung Informationen vor allem zum Problemkreis Stadtentwicklung und -planung an. Auch mehrere Grün-Parteien sind auf dem Medium präsent.

Auffällig ist die für ein System dieser Größe und dieses Differenzierungsgrads geringe Anzahl der zur Verfügung stehenden Diskussionsforen: ursprünglich nur 16, die nunmehr auf 33 erweitert wurden. Ohne dem Ergebnis einer laufenden Benutzerbefragung vorgreifen zu wollen, scheint DDS in überdurchschnittlichem Maß ein Medium zum "blättern" und informieren, aber nur für einen kleineren Benutzerkreis ein Diskussionsort zu sein.

Abbildung 9: Diskussionsforen der Digitalen Stadt in Amsterdam

dds.politiek	Politiek, ROA, drugsbeleid, gezondheidszorg, basisinkomen
dds.technopolis	Technopolis, technologie
dds.multicult	Multiculturele stad en racisme
dds.bouwen.breken	Bouwen en breken in Amsterdam
dds.dds	Over de Digitale Stad
dds.criminaliteit	Criminaliteit
dds.kunst	Fictie, kunst en cultuur
dds.poezie	Poëzie
dds.fE-Mail	Discussiegroep voor vrouwen
dds.ouderen	Ouderen, huisvesting, financiën, veiligheid,...
zorgverlening, gezondheid, voorzieningen, activiteiten	dds.jongeren
Jongeren, scholieren	dds.pb-autovrij
Platform binnenstad autovrij	dds.org.greenpeace
Greenpeace	dds.wereldnieuws
Wereldnieuws (als dat er is)	dds.enquete
Enquête uitslag en discussie	dds.divers
Diversen	

⁷⁹ siehe die Liste der "Gebäude" der Digitalen Stad im Anhang.

Abbildung 10: “De Digitale Stad” als WorldWideWeb-Dienst



De Digitale Stad wurde durch öffentliche und Sponsorgelder sowie durch freiwillige, unbezahlte Mitarbeit aufgebaut. Das Projekt tritt nun in eine neue Phase. Äußerlich ist das durch das geänderte Erscheinungsbild der Benutzerschnittstelle ersichtlich. Die einfache textbasierte Oberfläche wurde durch eine multimedial taugliche, zumindest aber vornehmlich graphische ergänzt: “De Digitale Stad 2” ist technisch nach dem aktuellsten Informationstechnologiestandard des Internet, dem WorldWideWeb (WWW oder W³) konzipiert. Das nunmehr wesentlich komplexere System soll von bezahlten Mitarbeitern gewartet werden.

Erwähnenswert sind noch zwei Angebote für Benutzer des Systems. Erstens die Möglichkeit innerhalb von Holland gratis E-Mail (elektronische Post) via Internet zu versenden und ein eingebautes Spiel, ein sogenanntes MUD (“multi-user dungeon”), eine textbasierte interaktive virtuelle Umgebung, in der mit (virtuellen) Gegenständen hantiert werden kann, die aber auch

als virtueller Ort dient, um andere Systembenutzer zu treffen und mit ihnen zu “sprechen” und zu “interagieren”. Programmierkenntnisse vorausgesetzt kann das MUD von seinen Benutzern auch selbst gestaltet und erweitert werden.

Auf der Suche nach Kriterien, die die vergleichsweise hohe Resonanz der Digitalen Stad⁸⁰ erklären, sind daher die folgenden zu nennen:

- relativ leichte Zugänglichkeit (relativ niedrige Technologieschwelle)
- mehrere verschiedene Zugriffsmöglichkeiten, darunter öffentliche Terminals
- günstige aktuelle Umstände (Teil einer Wahlkampagne, Anbindung an eine bereits bestehende Diskussion zur Stadtentwicklung)
- intensive Bemühungen der Betreiber, eine Vielfalt von Organisationen und Initiativen auf dem neuen Medium präsent zu machen, Informationen anzubieten und es zur Kommunikation zu nutzen
- eine mit computerbasierter Telekommunikation bereits etwas vertraute Öffentlichkeit (In den Niederlanden wird dieser Technologie bereits seit einigen Jahren verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt.)

4.6.2. City Line BBS und CityFacts-Fax-on-Demand-Service – Waterloo, Kanada

Eine technologisch innovative Lösung benützt die mit 80.000 Einwohnern relativ kleine Stadt Waterloo in Ontario, Kanada. Die Reichweite eines als Community-Net dienenden Bulletin Board Systems wird durch die Anbindung eines Faxgateways erhöht. Damit können die einzelnen Nachrichten im BBS auch über Fax abgerufen werden. Ein eigener Audiotextdienst hilft zunächst Übersichtsseiten und Inhaltsverzeichnisse zu erhalten. Multimedial gestaltete Informationskioske mit Touch-Screen verbessern den Zugriff zu dem Informationssystem weiter.

⁸⁰ Die Zahl der regelmäßigen Systembenutzer liegt sicher deutlich unter der Gesamtmenge von 15.000 registrierten Benutzern. Eine Befragung ergab einen immer noch beträchtlichen Fragebogenrücklauf von 1.200 Stück. (Die Untersuchung wurde von Kees Schalken <c.a.t.schalken@kub.nl>, einem Doktorand an der Tilburg-Universität durchgeführt.)

Die Inhalte des City Line BBS in Waterloo umfassen: Sitzungszeiten und Tagesordnungen des Stadtsenats, Aktuelles über laufende kommunale Programme, Steuerinformationen und Notfallsinformationen.

4.6.3. National Capital FreeNet (NCF) – Kanada

Zirka seit Beginn des Jahres 1993 gibt es das “National Capital FreeNet” in Ottawa, Kanada. Mit 30.000 Mitgliedern bzw. Benützern, 160 Einwahltelefonleitungen und 20 öffentlichen Zugängen ist es das größte Netz seiner Art außerhalb der USA und wahrscheinlich das zweitgrößte weltweit.

Ziel ist es, Informationsangebote von verschiedenen Organisationen und Körperschaften an einem Ort zu versammeln und damit preiswert und einfach zugänglich zu machen. NCF will Aktivitäten im lokalen Kontext fördern und bietet daher auch Dienste ähnlich den Kleinanzeigen in Printmedien, z.B. für Babysitter, Veranstaltungshinweise und eine Übersicht über kommerzielle Angebote des lokalen Einzelhandels. An der Konzeption und dem Betrieb arbeiten auch Kommunalplanungsexperten mit.⁸¹ Die Angebote des Mediums werden in Kooperation mit 185 Nachbarschaftsgruppen und hunderten anderen Organisationen, Vereinigungen und kommerziellen Unternehmen erstellt. Die Finanzierung erfolgt durch öffentliche Zuwendungen und Sponsoring. NCF will eine Vorreiterrolle für weitere FreeNetprojekte in Kanada einnehmen und als Dachorganisation für nationale Dienste agieren.

⁸¹ vgl. Chris Bradshaw (1994) (T)

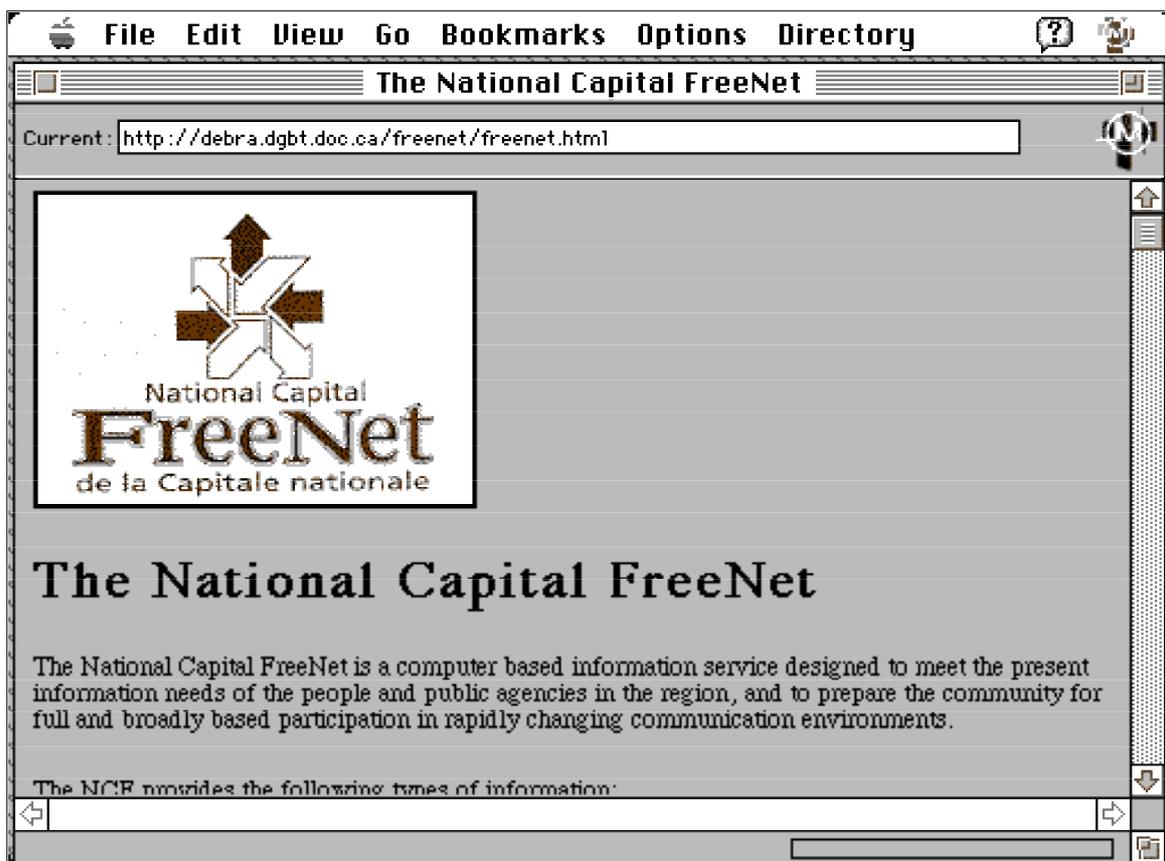


Abbildung 11: Eine Seite des WWW-basierten "National Capital FreeNet" in Ottawa, Kanada

Eine relativ neue Entwicklung ist der zunehmende lokale Bezug der angebotenen Dienste. Zentrale Einwählpunkte und Informationsangebote werden durch lokale Informationsangebote und technische Einrichtungen ergänzt. Das soll einerseits das Bewußtsein für den nächsten sozialen Raum, die unmittelbare Nachbarschaft stärken, andererseits zentrale technische Einrichtungen entlasten.⁸²

Der Erfolg des National Capital FreeNet verweist einmal mehr auf die Notwendigkeit der Kooperation mit bestehenden Strukturen und Organisationen. Diese bestehenden Informationsangebote werden über das neue Medium zugänglich gemacht.

⁸² vgl. Chris Bradshaw (1995) (T)

4.6.4. Rete Civica di Milano – Mailand, Italien

“La rete siete voi”, “Ihr seid das Netzwerk”, lautet der Wahlspruch des Mailänder Stadtinformationssystems. Damit ist gemeint, daß es an den Benutzern des Systems liegt, es mit Informationen und Diskussionen zu füllen und derart “lebendig” zu machen. Diese Intention wurde einerseits aus dem Gedanken der “Internet-Werte” geboren, freier und offener Zugang zu Informationen und Systemen, andererseits aus purer Notwendigkeit: Das Projekt ist eine Initiative des Informatikinstitutes der Mailänder Universität (Dipartimento di Scienze dell’Information, Universita degli Studi Milano) und erhielt in der Anfangsphase noch keine Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Damit fehlten auf dem Medium auch wesentliche Informationsinhalte, wie sie Kommunalverwaltungen üblicherweise durch ihre Service- und Öffentlichkeitsarbeitsabteilungen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Diese Informationen wurden von Benutzern freiwillig und je nach persönlicher Interessenslage und Motivation veröffentlicht.

Damit wird ein wesentlicher Unterschied zu WorldWideWeb-basierten Systemen deutlich: Der Kommunikationsprozeß verläuft bei weitem weniger einseitig – von einigen wenigen Anbietern zu einem großen vorwiegend schweigenden Publikum – sondern macht alle Systembenutzer zu weitgehend gleichberechtigten Partnern. Gegenseitiger Informations- und Meinungsaustausch dominiert das kommunikative Geschehen. Die Betreiber des “Rete Civica di Milano” legen wert auf die Abgrenzung zu Systemen wie jenes des Bologner “Iperbole”-Servers, in dem sie mehr ein offizielles Verlautbarungs- und Präsentationsorgan der Stadtverwaltung sehen, als ein Kommunikationssystem⁸³.

Die verwendete Technologie bestimmt wesentlich die Art der Kommunikationsabläufe über das Medium. Rete Civica di Milano verwendet ein aus der Mailbox (BBS)-Anwendung stammendes Softwarepaket namens "FirstClass". Damit werden alle angebotenen Dienste über ein einziges beim Anwender zu installierendes Programm verfügbar:

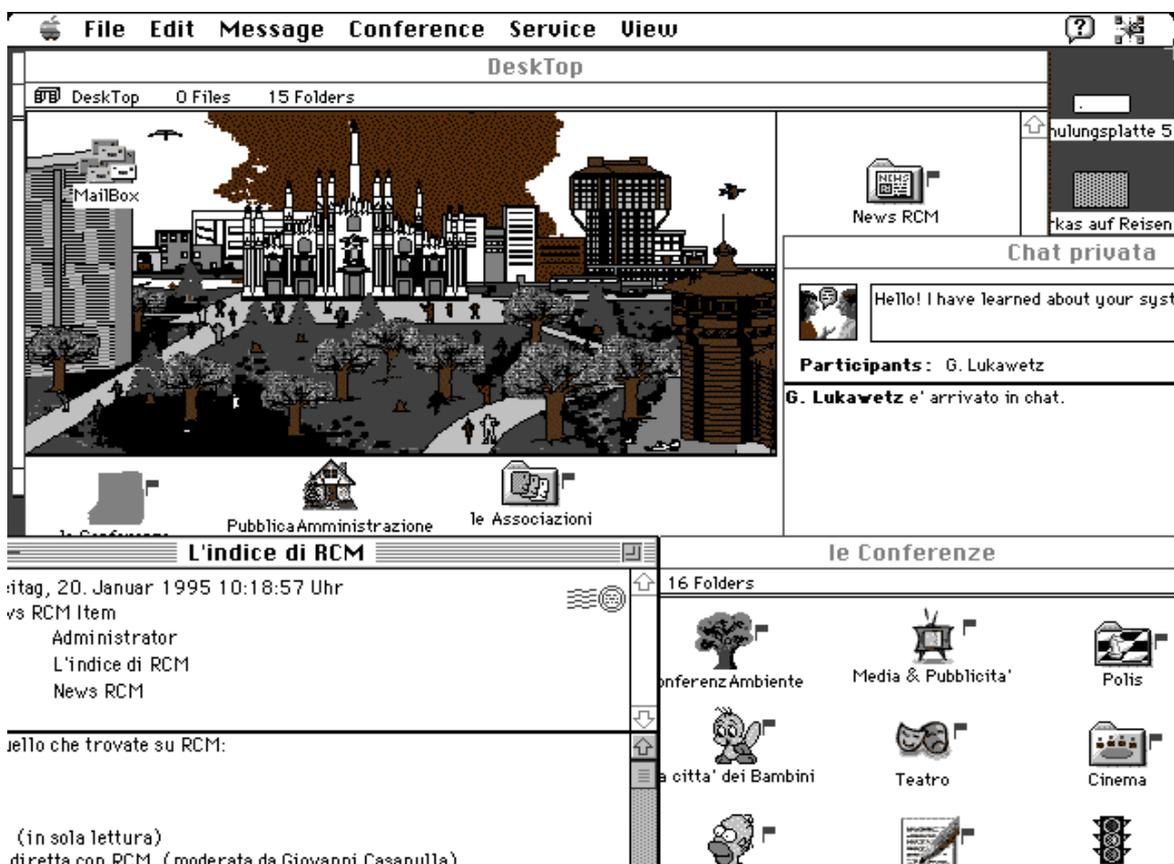
- Informationsforen nur für lesenden Zugriff
- Diskussionsforen mit Schreiberlaubnis für alle oder ausgewählte Benutzer
- On-Line-Diskussion ("Chat-Funktion")

⁸³ Casapulla e.a. 1995 (T)

- elektronische Post, für berechtigte Benutzer sogar internet-weit
- UseNet und sonstige Diskussionsforen aus anderen Netzwerken

Die nachstehende Abbildung, ein Bildschirm-Screenshot zeigt die gleichzeitige Verwendung mehrerer Dienste: elektronische Post (links oben der persönliche Briefkasten), Informationsbereiche und Diskussionsgruppen (untere Bildschirmhälfte; eine Meldung ist geöffnet) und Tratschfunktion ("online-Chat"; rechts oben).

Abbildung 12: "Rete Civica di Milano": ein Stadtinformationssystem basierend auf einer multifunktionalen Mailboxsoftware



4.7. TeleCities - eine Initiative der EU

Die europäische Städtegesellschaft "Eurocities" betreibt eine Initiative zur organisatorischen und technischen Vernetzung von derzeit 54 Städten (April 95) in 13 Mitgliedsländern, in der als einzige österreichische Stadt auch Wien Mitglied ist. Das Ziel ist das Betreiben von Öffentlichkeitsarbeit und die Entwicklung telematischer Applikationen, die die Regeneration urbaner Bereiche unterstützen. Dieses Ziel soll erreicht werden durch Beschäftigungsimpulse (Telearbeit), soziale Entwicklung und verbesserte Lebensqualität. Telecities versucht, auf

Nutzerinteressen, die explizit durch die Stadtverwaltungen ausgesprochen sind, zu reagieren und telematische Applikationen und Dienste einzurichten. Im Rahmen von Forschungsprogrammen werden hierzu vom Telecities Büro Anträge eingereicht und koordiniert, wobei die Stadt Bologna ein Projekt koordiniert, in dem es auch sehr stark um den Aspekt der politischen Partizipation geht.

Weitere europäische Initiativen in diesem Bereich sind ein Pendant für europäische Regionen ("TeleRegions"), die "Inter Regional Information Society Initiative" (IRIS) und das "Digital Cities Concept". Im 4. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission wurden 1997 darüberhinaus 13 „Digital Sites“ - Projekte lanciert, an denen zahlreiche europäische Städte und Regionen Einstzmöglichkeiten der Telematik demonstrieren.

4.8. Ansätze zu Community Nets in Österreich

Derzeit gibt es in Österreich keine echten Community Nets, auch keine, die sich so nennen, und auch keine, die die drei Kriterien erfüllen:

- kostenfreier Zugang
- Teilnahme der Stadtverwaltung am Service
- Vernetzung lokaler Initiativen

Dennoch gibt es bereits verschiedene Ansätze dazu, ähnliche Projekte und Bemühungen. Zunächst läuft eine rege Diskussion in der Gruppe der "engagierten Computer ExpertInnen" (eCE, siehe oben), eine Gruppe die sich mit sozialen und politischen Implikationen von Computertechnologie auseinandersetzt. Dort versuchen Interessierte, das Konzept der holländischen Digitalen Stad an Österreichische Anforderungen und Gegebenheiten anzupassen. Weiters bieten zwei Mailboxen Dienste an, die jenen von Free- und Community Networks beträchtlich nahe kommen: "DeMuT" in Oberösterreich und "Black•Box" in Wien, Linz und Graz, die anschließend vorgestellt werden.

Letztlich vereint auch der sprachbasierte Dienst "Grätzltelefon", der im Zuge dieses Projekts eingerichtet wurde, wesentliche Kriterien eines Community Nets. Eine kurze Darstellung dieser Dienste folgt anschließend.

4.8.1. Das “Grätzltelefon”

Mit einem Audiotextdienst werden Informationen und Diskussionsmöglichkeiten angeboten. Kommunalwissenschaftliche Einrichtungen, Initiativen, die Dienstbetreiber oder die Stadtverwaltung selbst bieten Informationen an und stellen sich dem Diskurs. Zusätzlich können lokal relevante Informationen über soziale Einrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten und aktuelle Ereignisse angeboten werden. Der Zugang erfolgt über Telefon zum Ortstarif. Faxbotschaften, die aus dem System abgerufen werden können, unterstützen die akustische Information.

Das erste Grätzltelefon, das im folgenden Kapitel näher beschrieben wird, diente in erster Linie zur Unterstützung der Bürgerbeteiligung bei der Planung und Umgestaltung eines Wiener Stadtteils (Aspern im 22. Wiener Gemeindebezirk). Der Betrieb erfolgte mit Unterstützung der Stadtplanung Wien und wurde bis Februar 1995 aktiv beworben. Ein weiteres Projekt folgte im Sommer 1997 in Kooperation mit dem ORF - Radio Wien für das Triesterviertel. Für 1998 sind mit einem der neuen Lokalradiosender Kooperationen und eine Weiterführung von Grätzltelefonen geplant.

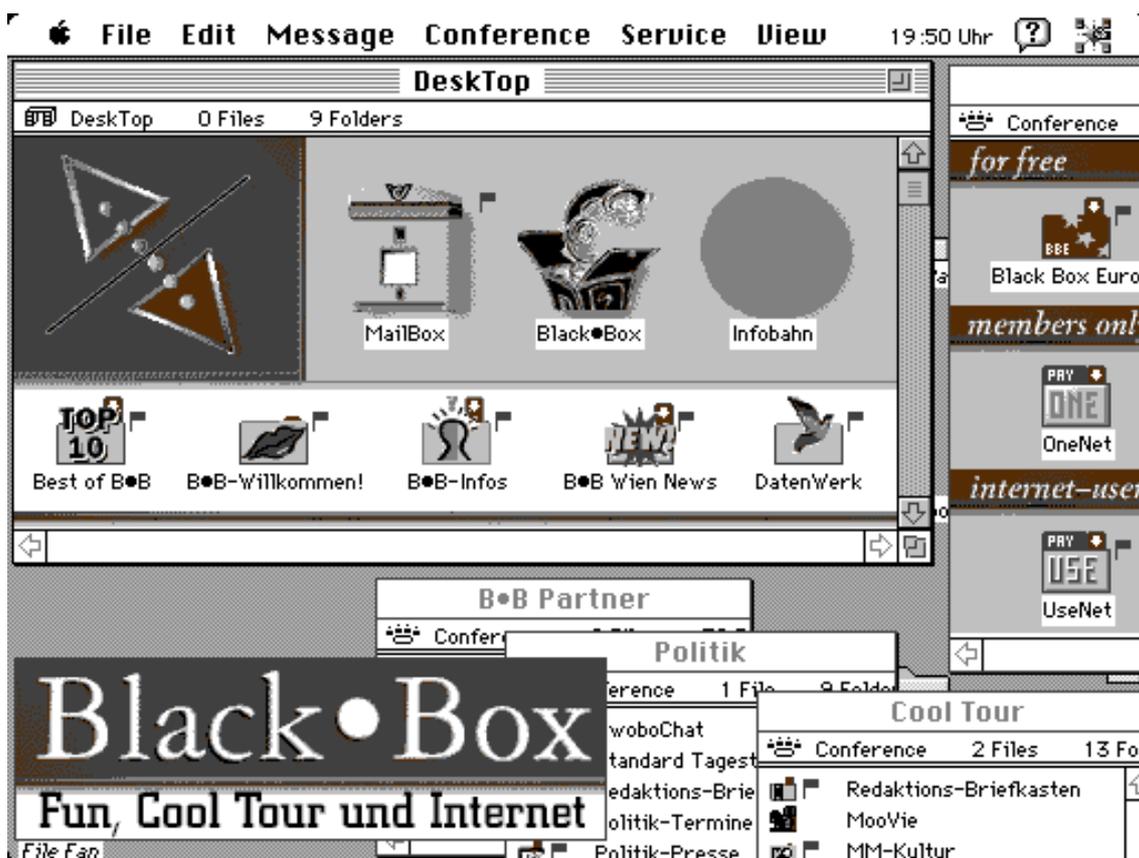
4.8.2. Black•Box•Systems

Die Black•Box ist ein Bulletin Board System, das sehr viele Free Net-Eigenschaften besitzt. Sie ist gratis zugänglich, widmet sich allerdings in erster Linie einer jugendlichen Zielgruppe: Schüler, Lehrlinge und Studenten. Die Betreiber bemühen sich erfolgreich, Initiativen und öffentliche Stellen als Informationsanbieter zu gewinnen. Derzeit sind neben dem Österreichischen Bundesjugendring und mehreren seiner Mitgliedsorganisationen unter anderem der Österreichische Kulturservice (BMUK) und das Ökobüro (Dachverband der österreichischen Ökoorganisationen) vertreten.

Angeboten werden Information, Diskussion und Beratung zu jugendrelevanten Themen: Eltern, Schule, Partnerschaft, Sex aber auch Kultur (Veranstaltungshinweise und -kritiken) und Politik (“Ausländer”, Ökologie, Rechtsextremismus, etc.). Für den Wiener Server stehen siebzehn Einwählleitungen zur Verfügung, darunter eine nach ISDN-Standard sowie ein (nicht öffentlicher) Internetzugang über eine Standleitung. Eines der am meisten genutzten Features ist die “Chat”- oder “Small Talk”-Funktion, die eine schriftliche Konversation mit allen gleichzeitig eingewählten Benutzern ermöglicht.

Die verwendete Mailboxsoftware First Class bietet für Apple Macintosh- und MS-Windows-Anwender eine iconorientierte, voll graphische Benutzeroberfläche, die speziell ungeübten Computernutzern die Benutzung wesentlich erleichtert.

Abbildung 13: Die "Black•Box", ein auf Jugendkultur und Stadtpolitik spezialisiertes Mailboxsystem



Obwohl die Mehrzahl der aktuellen Informationen (Veranstaltungshinweise) eher lokalen Charakter haben, versucht der Trägerverein, das Black•Box-Konzept zunächst österreichweit aber auch europaweit zu verbreiten. Es gibt bereits ein eigenes kleines Netz mit Boxen in Linz, Graz, Budapest und Brüssel. Die Black•Box-Nodes in den Bundesländern übernehmen nicht nur Konferenzinhalte von der Wiener Box aus, sondern bemühen sich auch um originär lokal bezogene Inhalte. Die Brüsseler Black•Box•Europe ist ein Pilotprojekt, das die Anbindung anderer europäischer Jugendorganisationen zum Ziel hat. Damit sollen Schüleraustausch, Sprachunterricht und länderübergreifende Diskussionen und Initiativen gefördert werden. Über Black•Box und Black•Box•Europe als Kommunikationsmedien wird auch die Europaratskampagne gegen Fremdenfeindlichkeit organisiert.

Initiiert wurde das Projekt von Privatpersonen, die in der Jugendarbeit sowie in der Kommunikationsforschung tätig sind. Inzwischen wurde der Verein, der die Box betreibt, auf eine breite Basis gestellt: Der Österreichische Bundesjugendring (ÖBJR) und der Dachverband der Österreichischen Jugendorganisationen sind im Vereinsvorstand vertreten.

Finanziert wurde die Black•Box teilweise von Mitgliedsorganisationen des österreichischen Bundesjugendrings bzw. vom Bundesjugendring selbst, über Sponsorgeräte einer Computefirma sowie über Vermietung von geschlossenen Benutzergruppen. Alle Tätigkeiten zur Wartung und Organisation der Black•Box werden von den Mitgliedern unentgeltlich erbracht. Die Box existiert seit April 1993 und hat derzeit knapp 4.000 Anwender, davon 3.000 in Wien. Die Benutzung aller Grunddienste ist gratis. Es gibt eine "Black•Box-Membership". Sie erlaubt den Mitgliedern ihre tägliche Nutzungszeit von ansonsten 45 Minuten beliebig auszudehnen und ermöglicht die Anbindung an die internationalen Mailboxnetze "One-Net" und "Fido-Net" zu nutzen. Für Internet-E-Mail und Zugriff auf das UseNet wird ein monatlicher Betrag von 96 Schilling verrechnet (Stand 1996).

4.8.3. DeMuT

"Demokratie-Mensch und Technik" sind die Worte hinter dem Titel DeMuT, der in Linz stationierten Box, die seit Dezember 1991 von der Volkshochschule Linz, der Gewerkschaftlichen Einheit bzw. dem Arbeitskreis für soziale Verantwortung von Wissenschaft und Technik betrieben wird. Angesprochen sollen Private, Initiativen, Journalisten und alternative Organisationen werden. Neben Platz für lokale Ereignisse gibt es das vom Link ATU übernommene apc/ComLink- und Z-Netz zu nutzen, also internationale Informationen zu Politik, Umwelt und soziale Bewegungen.

DeMuT konkurriert mit der Black•Box•Linz um die Vernetzung der regen oberösterreichischen Initiativen- und Kulturplattformenszene. Derzeit finden sich die Kulturplattform Oberösterreich (KUPF), der Veranstalter Posthof und das Phönixtheater als Anbieter auf der DeMuT.

Nutzer (ca. 300) bezahlen S 400,- pro Jahr. Die Selbstkosten belaufen sich auf ca. S 4.000,- pro Monat. Dazu kommt die Anfangsinvestition von S 60.000,-. Technischer Standard ist die Zerberus-Mailboxsoftware unter Betriebssystem MS-DOS. Standort ist eine Privatwohnung. Die Wartung und Administration wird ehrenamtlich durchgeführt.

4.8.4. Arbeitsgemeinschaft "Digitale Stadt Wien"

Im Rahmen der Global Village 95 im Wiener Rathaus formierte sich eine Gruppe von Telekommunikationsdienstleistern, deren Ziel es ist, ein Konzept für eine Digitale Stadt Wien auszuarbeiten, weitere Partner und eine Vorfinanzierung zu finden.

Hierbei sollte von den lokalen Spezifika des Umgangs mit Information und neuen Kommunikationsmedien ausgegangen werden. Diese lauten für Wien etwa: breitgefächertes Kulturangebot mit eigenständigen Informationsnetzwerken, hohe Dominanz der städtischen Verwaltung bei der Informationsbereitstellung, wenig ausgeprägte Diskurskultur, mangelhaftes Bekenntnis seitens der Politik zur absoluten Meinungsfreiheit, keine Förderung neuer Medienformen äquivalent zur Presseförderung, noch geringe Verbreitung von Modems und die schlechte Verfügbarkeit von vollwertigen Telefonanschlüssen mit Telefonsteckdose.

Wien ist anders - dieses Motto soll auch für die Realisierung einer Digitalen Stadt gelten. Leitmotiv für die Umsetzung ist eine sozialverträgliche Technikgestaltung, die oben aufgezählte Faktoren berücksichtigt und weitere Ansprüche erfüllt, wie anhaltende Entwicklungsfähigkeit, breite soziale Akzeptanz, universelle Verfügbarkeit, Benutzungsfreundlichkeit und die Einbindung möglichst vieler sozial relevanter Gruppen.

Als Realisierungsvariante wurde ein Medienmix-Konzept favorisiert. Dies umfaßt die Bereitstellung eines speziell abgestimmten Internet Dienstes mit preiswertem Zugang, die Erweiterung der Black•Box mit einem stadtrelevanten Themenangebot, ein interaktiver Telefon- und Faxdienst mit kultur- und bezirksbezogenen Inhalten auf dem PUBLIC VOICE Audiotex-System, die Einbindung eines Radiosenders und ein Print - Kompendium. Der Vorteil dieses Medienmix liegt in einer Verringerung persönlicher und technischer Zugangsbarrieren durch das Einbinden bereits bestehender und bekannter Medien. Der Nachteil liegt sicherlich in einem erhöhten Transferaufwand, um Kerninformationen in allen Medien up-to-date zu halten.

Als Organisationsform wird eine kommerzielle Arbeitsgemeinschaft angestrebt, entsprechend der Wünsche von Investoren und Partnern sind jedoch auch andere wirtschaftliche Organisationsformen denkbar, insbesondere bei einer massiven öffentlichen Förderung (evtl. EU-Mittel) des Projektes. Einnahmen wurden durch Mitglieds- und Benutzungsgebühren, aus dem Verkauf von Anzeigenflächen und durch die Bereitstellung von optischen und akustischen virtuellen Räumen erwartet.

Am 5. Dezember 1995 wurde alsdann „wien.at“ mit dem Audio-Kompodium „WIEN AM TELEFON 58930“ eröffnet. Die euphorischen Erwartungen mußten sehr bald zurückgestellt werden, da nur wenige Personen die neue digitale Stadt besuchten. Das Naheverhältnis zur Rathauspolitik und die offensichtlichen kommerziellen Absichten schreckten Besucher ab, obwohl der Internetdienst in den Medien im Vordergrund stand. Für den Telefonservice wurden keine zugkräftigen Partner im Printbereich gefunden, die den Service transportiert hätten. Nach wenigen Monaten Laufzeit wurden beide Dienste in ihrem Angebot stark zurückgestellt und 1997 gänzlich eingestellt.



5. FELDVERSUCH MIT AUDIOTEXDIENST

5.1. Audiotextdienste: die sozialverträgliche Netzwerkvariante?

In der Gegenüberstellung einzelner Kommunikationsmedien und den möglichen Inhalten, die darüber transportiert werden, konnten wir sehen, daß interaktive Sprach- und Faxdienste einen guten Eignungsgrad insbesondere für die Belebung von Kommunikationsvorgängen im lokalen Bereich aufweisen. Dies liegt primär an der universellen Erreichbarkeit, da zur Benützung jedes Telefon geeignet ist. Auch wenn erst wenige Anbieter interaktiver Sprach- und Faxdienste umfassende Systeme bereitstellen (mit Voice-Mail, Audio-on-demand, Fax-on-Demand, Fax-polling, Fax-attach, Audio-BBS, Chat, Datenbankabfragen, Transaktionen), so ist doch erkennbar, daß eine ähnliche Funktionalität, wie bei bildschirmorientierten Technologien wie dem Internet oder bei Mailboxen üblich, auch akustisch und mit Faxdokumenten, ablaufgesteuert mit den Telefontasten oder per Stimme, erreicht werden kann.

Interaktive Sprachdienste sind vor allem dann eine Alternative zu Online-Diensten, wenn es darum geht, eine breite Bevölkerungsschicht als potentielle Nutzer eines Netzwerkmediums anzusprechen. Untersuchungen über Nutzer des Internet zeigen eine starke Polarisierung: männliches Geschlecht, akademisch gebildet und überdurchschnittliches Einkommen. Die ersten Erfahrungen, die im Rahmen des Feldversuches gemacht werden konnten, zeigen, daß auch "einfache Leute" zum Telefonhörer greifen. Freilich gibt es auch hier Polarisierungen, die nicht im Detail untersucht werden konnten: Einige aktive Nutzer verfügen über eine besonders ausgeprägte mündliche Artikulationsfähigkeit; insbesondere die Nutzerinnen mit Frauenstimme fielen durch wohlargumentierte persönliche Stellungnahmen im Feldversuch auf. Zu den für Online-Dienste eher atypischen Nutzern zählten beim "Bassenatratsch im Grätzltelefon" zwei Frauen (die sich zum Thema Verkehr äußern), ein Mensch aus dem Drogenmilieu (der einen Spritzencontainer fordert) oder ein sportbegeisterter Jugendlicher (der sich über einen kaputten Basketballkorb ärgert).

Eine Schätzung potentieller Nutzer interaktiver Telematikdienste muß sich zunächst an den technischen Voraussetzungen orientieren, die jemand gewähren muß, um einen solchen Dienst in Anspruch zu nehmen. Die Schätzung in folgender Abbildung geht bei den Online-

Diensten davon aus, daß es in Österreich Ende 1995 etwa 200.000 Modems gab, davon etwa zwei Drittel in Privathaushalten. Diese Nutzergruppe kann Mailboxen und das öffentliche Datennetz der Post, PAN, anwählen. Internet-Dienste können deshalb von weniger Personen genutzt werden, weil hierzu ein leistungsfähigerer Computer notwendig ist und Einwählpunkte nur in einigen Städten verfügbar waren. Öffentliche Terminals sind nur wenige vorhanden.⁸⁴ Eine neuere Untersuchung bestätigt die noch geringe Verfügbarkeit von Internet in privaten Haushalten: Anfang 1997 verfügen weniger als 3% einen Zugang.⁸⁵

Interaktive Sprachdienste hingegen sind von jedem Telefonapparat erreichbar. Es ist lediglich die Kenntnis vom Umgang mit einem Telefon notwendig, wobei der Anrufer nicht scheu sein darf, Kommandos per Tastendruck oder mit der Stimme abzugeben. Diese Scheu vor einem neuen Umgang mit einer an sich bekannten Technologie werden vor allem ältere Leute aufweisen. Interaktive Sprachdienste werden derzeit vor allem im Bereich Unterhaltung, Erotik und für Kontaktanzeigen genutzt. Öffentliche Zugänge sind als Telefonzellen gut ausgebaut.

Interaktive Faxdienste als Kompendium für interaktive Sprachdienste werden im privaten Bereich noch kaum genutzt, doch ist für viele Personen bereits ein Faxgerät verfügbar; denn das Faxgerät im Büro kann ja auch mal für eine private Übertragung benützt werden. Die meisten österreichischen Postämter sind bereits mit einem Faxgerät ausgestattet und bieten den Empfang und das Senden von Faxdokumenten als öffentliche Dienstleistung an.

⁸⁴ Im Cafe Stein wurde im April 1995 das erste „Cybercafe“ mit Internetterminals eröffnet. Die öffentlichen Terminals für den Bildschirmtextdienst in verschiedenen Postämtern sind für die Nutzung des erweiterten Angebots des PAN -Netzes disfunktional.

⁸⁵ Quelle: International Data Corporation. Veröffentlicht in Der Standard, 26.3.1997, p 20

Abbildung 14: Nutzung neuer Medien in Österreich 1995 für nicht-geschäftliche Kommunikation

	<u>Nutzer (A)</u>	<u>Potentielle Nutzer (B)</u>
Internet	0,2 %	1 %
Mailbox und PAN	0,5 %	2 %
Interaktiver Sprachdienst	10 %	70 %
Interaktiver Faxdienst	1 %	20 %

(A) Geschätzte Bevölkerungsanteile an der Gesamtbevölkerung
 (B) Geschätzte Bevölkerungsanteile, die das Medium ohne weiteren Investitionsaufwand [etwa Kauf eines Modems] und ohne Zusatzqualifikationen [etwa Umgang mit Computer] nutzen könnten.

Mit obiger Schätzung wird sichtbar, daß das Potential der Nutzer für interaktive Sprachdienste wesentlich höher liegt als jenes für Online-Dienste. Dieses Verhältnis wird sicherlich noch einige Jahre anhalten, bevor eine neue Generation von Nutzern besser verfügbare Online-Technologie als universelles Kommunikationsmedium nutzen wird.

Daß insbesondere Online-Dienste mit einem multimedialen Angebot, die also Text, Bilder, Ton und mitunter Video übertragen, letztlich den oben favorisierten interaktiven Sprachdiensten technisch und von der Handhabbarkeit her überlegen sind, soll hier nicht bezweifelt werden. Doch geht es beim Aspekt der Sozialverträglichkeit darum, was heute möglichst flächendeckend verfügbar angeboten werden kann und möglichst wenige soziale Gruppen von der Nutzung ausgrenzt. Aufgrund der unterschiedlichen Qualitäten interaktiver Medien bietet sich auch an, eine Medienmixlösung anzustreben, also sowohl über Sprachdienste als auch mittels Online-Services Informations- und Kommunikationsangebote anzubieten.

5.2. Funktionale Grundelemente von Audiotextdiensten

Audiotextdienste erlauben es, Anrufer im Telefonnetz beliebig zusammenzuschalten. Sie sind eine Art intelligenter Anrufbeantworter, mit dem Mitteilungsdienste, Programmankündigungen, Postkästen oder Gespräche in Gruppen realisiert werden können. Die

Bedienung erfolgt von jedem beliebigen Telefonapparat über die Telefontasten, mittels Durchwahl oder Stimmerkennung (siehe 4.3.1.).

Der Bedienungsablauf ist entweder durch ein Softwarepaket fix vorgegeben (z.B. Voice-Mail - persönliche Postfächer) oder läßt sich mit mehr oder weniger Flexibilität programmieren oder per Telefon einrichten. Im folgenden werden verschiedene Funktionselemente beschrieben. Die Hauptgruppen sind Informationsbereitstellung (one way), Voice-Mail (two way), Anrufervernetzung (group communication) und Anruferzählung und -abstimmung.

5.2.1. Informationsbereitstellung (one way communication)

Informationen werden vom Betreiber eines Dienstes zum Abruf über das Fernsprechnetzt bereitgestellt. Diese Informationen können gesprochen oder aber auf Papier festgehalten und per Fax übertragbar sein.

5.2.1.1. Voice-Info

Nach einer zuerst vorgespielten Informationsübersicht kann der Anrufer wählen, welche der aufbereiteten Informationen er oder sie anhören möchte. Die Steuerinformationen können nicht nur zur Auswahl eines Themas verwendet werden, sondern etwa auch zur Angabe einer Uhrzeit (Beispiel: alle Zugverbindungen ab nn Uhr). Die Dienstbetreiberin muß alle Inhalte auf dem letzten Stand halten und den Datenbestand warten.

5.2.1.2. Abruf von Faxdokumenten

Der Anrufende wählt die gewünschten Informationen anhand einer gesprochenen Inhaltsangabe, anhand eines zunächst abgerufenen schriftlichen Indexes oder mittels eines in einer Werbeeinschaltung veröffentlichten Produktcodes aus. Der Anrufer gibt üblicherweise über die Telefontasten eine Sequenz von Seitenzahlen ein, um die Texte auszuwählen, also z.B. #3659#2911#4711##.

Die schriftlichen Informationen können den Anrufenden auf drei Wegen erreichen:

1. Beim integrierten Faxtelefon: Der Anrufer telefoniert zunächst von einem Telefon mit integriertem Faxgerät und wählt die Seiten mit Tonwahl aus. Der Anrufer wird dann aufgefordert, lediglich den Startknopf zu drücken, und er/sie erhält die ausgewählten

Informationen. Die Telekommunikationsgebühr für die schriftlichen Dokumente zahlt der Anrufende.

2. Fax an Nebenstellenanlage: Der Anruf erfolgt von einer Nebenstellenanlage aus, an der auch das Faxgerät hängt. Der Anrufer muß nach der Auswahlprozedur dann das Gespräch einfach auf die Nebenstelle des Faxgerätes umleiten. Die Übertragungsgebühr zahlt der Anrufende.
3. Fax an extra Amtsleitung: Eine Einbeziehung des Faxgerätes in eine bestehende Verbindung ist nicht möglich. Der Dienstanbieter muß sodann die Faxnummer abfragen und das Dokument wird als herkömmliches Faximile nach Beendigung des Anrufes zugesandt. Die Übertragungsgebühr zahlt dann der Dienstanbieter.

Hier noch zwei weitere Varianten der Faxzustellung:

- Poll-Fax. In das Faxgerät wird kein Papier eingelegt, sondern nur die Faxnummer des Dienstes eingegeben. Evtl. wird mit zusätzlichen Ziffern (max 5 Stellen Durchwahl wie bei einer Nebenstellenanlage) noch eine genaue Auswahl getroffen, welche Information gewünscht wird. Sodann drückt der Anrufer die Start-Taste am Faxgerät. Das Faxgerät "holt" sich dann die gewünschten Seiten beim Informationsanbieter. Die Übertragungsgebühr zahlt der Anrufende.
- Interaktives Fax mit Faxformular. Der Anwender füllt ein Formular aus, auf dem in Kästchen anzukreuzen ist, welche Informationen er oder sie wünscht. Das Fax geht an den Dienstbetreiber und man erhält die gewünschten Seiten zurückgefakt. Wenn das Faxgerät in derselben Verbindung zuerst senden und dann gleich wieder empfangen kann, zahlt der Anrufer für die gesamte Übertragung. Wenn das Faxgerät nach dem Senden des Formulars die Verbindung unterbricht, muß die Antwort vom Dienstanbieter an die im Übertragungsprotokoll übermittelte Nummer zugestellt werden.

5.2.2. Voice - Mail (two way communication)

5.2.2.1. Anrufbeantworter

Jeder Audiotextdienst kann natürlich auch die Funktion eines Anrufbeantworters simulieren. Diese Funktion ist als Auswahlpunkt in einem breiteren Informationsangebot sinnvoll, wo

etwa die Anrufernden ihre Adresse aufsprechen können, um z.B. eine Broschüre zu bestellen. Mit einem Code kann der Informationsanbieter die Meldungen dann abhören.

5.2.2.2. *Postfachdienst*

Der Dienstbetreiber kann die Anrufbeantworterfunktion nicht nur als Rückmeldekanal einem Informationsanbieter bereitstellen, sondern auch jedem Anrufer zur privaten Nutzung. Hier stellt das System persönliche Postfächer zur Verfügung, die von den Inhabern nach Identifizierung und Eingeben eines Codes abgehört werden können. Als zusätzliche Optionen kann verfügbar sein, daß Nachrichten als besonders wichtig markiert werden können und der Inhaber des Postfaches sofort benachrichtigt wird.

5.2.3. **Anrufervernetzung (group communication)**

5.2.3.1. *Gleichzeitige Diskussion*

Anrufer, die sich gleichzeitig einwählen, werden in einer Konferenzschaltung miteinander verbunden. Da sich die Betreiber von Telefon-Mehrwertdiensten in Österreich in einer Vereinbarung mit der ÖPTV verpflichten, daß "ein vom Dienstleister zu bestellender verantwortlicher Operator die ordnungsgemäße Durchführung des Dienstes sicherzustellen" hat, betreut eine Moderatorin die Konferenzen. Die Moderatorin stellt hierbei neue Teilnehmer vor, schlägt Themen vor, blendet unerwünschte Anrufer aus und führt Sonderwünsche durch, etwa wenn zwei Teilnehmer eine Separee-Schaltung wünschen. Diese Systeme erlauben Konferenzschaltungen mit zumeist maximal acht Teilnehmern.

5.2.3.2. *Ungleichzeitige Informationsweitergabe / Diskussion*

In einem Audiotextdienst mag es zu verschiedenen Themen die Möglichkeit geben, Beiträge anzuhören und selbst etwas aufzusprechen. Das Abspielen erfolgt üblicherweise in historischer Reihenfolge, wobei es bei Mehrfrequenzwahl-Steuerung auch möglich ist, einzelne Beiträge zu überspringen. Das Löschen oder die Umreihung von Beiträgen, sowie das Einrichten von Themen wird vom Betreiber durchgeführt. Die einfachste Form eines Informationsverteilers kann übrigens mit einem Anrufbeantworter realisiert werden, wobei jede/r Berechtigte den Fernabfragecode erhält und damit auch alle Meldungen abhören kann.

5.2.3.3. *Ungleichzeitige Diskussion mit Bewertung*

Eine weiterentwickelte Form der ungleichzeitigen Informationsweitergabe soll virtuelle Diskussionen erlauben, die ohne Betreuung durch einen Moderator auskommen. Zunächst erhält ein Anrufer, der aktiv einen Beitrag zu einem Thema aufspricht, einen Code, mit dem er/sie sich beim nächsten mal wieder einwählen kann. Dadurch bekommt er/sie nochmal den eigenen Beitrag vorgespielt und die unmittelbar darauffolgenden Antworten in diesem Themenbereich, die in der Zwischenzeit aufgesprochen worden sind.

Zusätzlich dürfen Anrufer, die sich einmal aktiv beteiligt haben, Beiträge bewerten, indem sie eine gewisse Anzahl an Möglichkeiten erhalten, Punkte zu vergeben. Hierbei soll weniger der Inhalt, sondern die Qualität und die Fairneß eines Beitrags beurteilt werden. Wenn ein Beitrag positiv bewertet wird, darf der/die TeilnehmerIn auch öfter Punkte verteilen (aber nie für den eigenen Beitrag). Die Bewertung der Beiträge bestimmt dann deren Abspielreihenfolge, wenn auch ein neu anrufender Teilnehmer die Auswahlmöglichkeit haben soll, die Beiträge in historischer Reihenfolge ohne Bewertungsindex durchzuhören.

Ein weiterer möglicher Zusatz sind Antwortsbäume, das heißt, wenn eine Person kein neues Statement bringt, sondern lediglich auf ein vorheriges antwortet, so bildet sich eine neue Verzweigung im Diskussionsbaum. Beim Abhören kann man vorher wählen, ob man diese "Replies", wie sie auch bei Bulletin Board Systemen üblich sind, immer gleich mithören will, oder ab man nur einmal alle Statements durchhören möchte.

5.2.3.4. *Programm- und Terminankündigungen*

Terminankündigungen können vom Betreiber bereitgestellt werden, aber auch Anrufer sollen Termine ankündigen dürfen mit Zugangscode bei ausgewählten Bereichen (Theater, Konzerte). Für andere Bereiche (Szene, Sportgruppen, Vorträge) kann es auch für jede/n Anrufer/in möglich sein, Ankündigungen aufzusprechen. Veranstalter erhalten Platz zur Beschreibung ihrer Veranstaltungsprogramme. Hierbei muß auch das Datum oder der Zeitraum mit angegeben werden, sodaß ein Anrufer z.B. alle Konzerte für den nächsten Tag mit Musikproben durchhören kann. Das System löscht automatisch die Ankündigung nach Ablauf des letzten Veranstaltungstages. Auch hier kann ein Bewertungssystem verhindern, daß Nonsense-Meldungen allzu lange gespeichert bleiben. Ein schlecht bewerteter Beitrag muß noch kein automatisches Löschen bewirken, kann jedoch für den Betreiber eine

wertvolle Hilfe beim "Ausmisten" sein. Gut bewertete Beiträge ergeben zusammen eine "Watchlist", empfohlen von den Nutzern des Systems.

Auch die Möglichkeit zur Reservierung von Karten kann mittels Anrufbeantworterfunktion vorgesehen werden.

5.2.3.5. *Partnersuche*

Eine beliebte Anwendung sind Audiotextdienste, die Partner vermitteln. Bei großen Systemen ist es möglich, auch präferierte Eigenschaften anzugeben, bzw. muß man selbst seine Eigenschaften preisgeben. Leider erscheinen in manchen Anzeigenzeitschriften auch fingierte Anzeigen, mit dem Ziel, eine erhöhte Anruferfrequenz auf Mehrwertdienstnummern zu erzeugen. Partnersuchdienste haben eine wichtige Funktion, Personen mit ähnlichen Interessen in einem bestimmten Einzugsgebiet zusammenzubringen.

5.2.3.6. *Fax-Attachment*

Alle Funktionselemente für Gruppen können durch das Versenden und Empfangen von Faxdokumenten erweitert werden, wobei sich die gesprochenen Meldungen auf eine Inhaltsangabe des Papiers reduzieren. Der Anrufer beschreibt also an der entsprechenden Stelle etwa einer Diskussion ein Papier, das er dann per Fax an das System schickt. Dieses vergibt dem Dokument einen Index, mit dessen Hilfe jeder andere Anrufer das Dokument auf sein Fax holen lassen kann. Auch können z.B. Händler Preislisten an das System schicken, die dann von Konsumenten abgerufen werden können. Informationsanbieter bei Angebot/Nachfrage-Funktionselementen werden nach einer gewissen Zeit per Fax ermahnt, die Aktualität der Informationen zu bestätigen oder neue Informationen bereitzustellen, andernfalls wird das Dokument nach Ablauf einer Frist gelöscht.

5.2.3.7. *Anruferzählungen*

Beliebt, jedoch demokratiepolitisch bedenklich sind reine pro/contra Zählungen (TED) durch die Anzahl der Anrufe. In Kombination mit der Möglichkeit, Argumente auch anzuhören oder selbst etwas aufzusprechen, kann eine Anruferzählungen auch eine tiefere Auseinandersetzung mit einem Sachthema bieten.

5.3. Gestaltungsvarianten bei Audiotextdiensten

5.3.1. *Steuerung durch den Anrufer*

Die Möglichkeit der Steuerung durch den Teilnehmer unterscheidet Audiotextdienste von herkömmlichen Tonbanddiensten oder Anrufbeantwortern. Mit den Telefontasten läßt es sich am komfortabelsten durch ein Informationsangebot navigieren. Das technisch einfachste Verfahren ist die Erkennung von Mehrfrequenzwahlönen. In Österreich waren 1992 lediglich etwa 15 % der Telefonapparate auf das Mehrfrequenzwahlverfahren (MFV oder DTMF) umgestellt, bei etwa weiteren 15 % läßt sich der Tastwahlapparat durch vorheriges Drücken der R-Taste vom Benutzer umstellen. Relativ einfach zu realisieren ist auch eine Erkennung, ob jemand nach einer Aufforderung spricht oder nichts sagt (Grunt-Detection), womit eine Verzweigung im Ablauf realisiert werden kann. Auch spracherkennende Systeme sind verfügbar; ihr Vokabular umfaßt üblicherweise einsilbige Phoneme wie JA, NEIN, die Ziffern NULL bis NEUN und evtl. noch weitere Schlüsselworte wie STOP oder HALT. In der folgenden Übersicht werden die Steuermöglichkeiten gegenübergestellt.

**Abbildung 15: Vergleich von Steuerungsmöglichkeiten bei Audiotextdiensten
(Alton-Scheidl 1994)**

	DTMF	Pulse Detection	Grunt-Detection	Voice Recognition
number of possible choices	12	10	2	10-200
reliability			Feeling that one speaks with machine	Feeling that one speaks with machine
to give a choice	good	good (1)		
to enter a code	good	good (1)	not possible	others can listen
dialling time for service	2-4"	5-12"		
must wait for speech-pause to drop selection	no	yes	yes	yes
skipping of announcement possible	yes	no	no	no
investment costs for service provider	low	low	low	very high
user acceptance and hindrances	just press button	unstable (1)	shy to talk	shy to talk

(1) Pulses may not be transferred through telephone line in certain cases.

Eine weitere Möglichkeit, aus einem vorhandenen Dienstangebot eine gezielte Auswahl zu gestatten kann auch wie eine Durchwahl zu einer Nebenstelle realisiert werden. Diese Option (engl. Fachterminus Direct Dial In - DDI oder Direct Inward Dialling - DID) empfiehlt sich insbesondere dann, wenn von der Zielgruppe für das Dienstangebot keine besonders hohe Experimentierfreudigkeit mit neuen Technologien zu erwarten ist. Denn alle in obiger Tabelle aufgezählten Kontrollverfahren für den Nutzer setzen voraus, daß sich der Nutzer auf eine neue Umgangsform mit dem Telefonapparat einläßt, also nach dem eigentlichen Wählvorgang Zahlen eintippt oder Kommandos spricht. Die Notwendigkeit hierfür kann wesentlich verringert werden, wenn es möglich ist, die Auswahl des Informationsbereiches mit einer mitgewählten Ziffer zu selektieren. Die entsprechenden Durchwahlziffern können auf einem Informationsfolder transportiert werden.

5.3.2. *Flexibilität bei Dienstangeboten*

Interaktive Sprach- und Faxdienste gestatten bei entsprechender Gestaltung der Software einen sehr hohen Aktualitätsgrad. Es sollte daher möglich sein, über einen speziellen

Zugangscodes jeden Informationsbereich von jedem Telefon aus zu aktualisieren. Eine weitere Beschleunigung erfährt das Medium, wenn auch die Programmierung von Dienstblöcken ohne die Kenntnis einer Computerprache möglich ist. Dies kann ebenso als Eingabe von Zahlensequenzen über die Telefontasten mit entsprechender Benutzerführung und Hilfestellungen realisiert werden. Damit kann in einem interaktiven Sprachdienst sehr rasch ein zusätzlicher Informations- oder Diskussionsbereich eingerichtet, aktiviert oder die Aufnahmekapazität erweitert werden, falls sich die unmittelbare Notwendigkeit ergibt.

5.3.3. *Unterstützung durch andere Medien*

Für das Bewerben eines interaktiven Sprachdienstes ist es notwendig, die Telefonnummer und die Tatsache, daß es sich um keinen herkömmlichen Telefonanschluß handelt, zu transportieren. Geeignete Wortschöpfungen hierfür sind "Elektronischer Telefondienst", "Computer, der spricht", "Audiomailbox", "Telefonradio", "Hypeline", usw.

Komplexe Informationsangebote mit vielen Auswahlmöglichkeiten erfordern einen hohen Abstraktionsgrad. Hilfreich für den Nutzer ist hierbei eine grafische Übersicht der Verzweigungsmöglichkeiten, evtl. mit der Angabe der Direktwahlnummer für einzelne Bereiche. Diese Übersichten können auch als Faxdokumente über das System angeboten werden.

Für ein längerfristiges Programm über interaktive Sprachdienste erscheint eine strategische Kooperation mit einem anderen Medium, etwa einer Radiostation oder ein Printmedium, unumgänglich.

5.3.4. *Umgang mit unliebsamen Inhalten*

Interaktive Sprach- und Faxdienste sind genauso wie Online-Dienste und Mailboxen offene Systeme. Sie gestatten es jedem Nutzer nicht nur Nachrichten zu empfangen, sondern auch welche zu senden und diese zu veröffentlichen, etwa an einem elektronischen schwarzen Brett. Auch bei Diensten zur Unterstützung politischer Partizipation sollten offene Kommunikationsbereiche nicht fehlen. Dies wirft die Frage nach der Haftung der Inhalte auf und ob die Inhalte überhaupt überprüfbar bzw. der Autor verfolgbar ist. Wie haftet der Autor eines Beitrags als Urheber bzw. der Betreiber des Dienstes als Herausgeber?

Das österreichische Fernmeldegesetz in seiner Fassung vom 1.4.94 regelt im § 16 die Verwendung der Fernmeldeanlagen. Demnach haben Inhaber von Fernmeldeanlagen alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, die eine mißbräuchliche Verwendung der Anlage ausschließen. Hierzu zählt jede Nachrichtenübermittlung, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit oder die Sittlichkeit gefährdet oder welche gegen die Gesetze verstößt. Als Inhaber von Fernmeldeanlagen sind im Sinne eines Telekommunikationsdienstes sowohl der Endnutzer als auch der Dienstanbieter anzusehen.

Das Bundesministerium für Justiz antwortet auf eine Anfrage des Unterrichtsministeriums im Juli 1992 bezüglich des Mißbrauchs moderner Informations- und Kommunikationstechnologien durch rechtsradikale Kreise folgendermaßen: Neue Medien wie ein Mailboxsystem, ein Online-Dienst oder interaktive Sprachdienste unterliegen dem Mediengesetz. Jedoch gelten eine Vielzahl von Einschränkungen gegenüber herkömmlichen Medien:

- Gespeicherte Inhalte sind nicht als Medienwerk zu bezeichnen, da sie nicht in einem Massenherstellungsverfahren vervielfältigt werden.
- Der Betrieb einer Mailbox kann im Regelfall weder als Medienunternehmen noch als Mediendienst bezeichnet werden. Verfahrensinstrumente des Mediengesetzes, wie die Haftung, können also nicht angewendet werden.
- Der Mailboxbetreiber kann nicht als Medieninhaber bzw. Verleger im Sinne des Mediengesetzes angesprochen werden. Dem Herausgeberbegriff wird ein Mailboxbetreiber nicht gerecht, weil er die grundlegende Richtung des periodischen Mediums nicht bestimmt. Auch als Hersteller kann ein Mailboxbetreiber nicht angesprochen werden, weil er keine Massenherstellung von Medienwerken besorgt.
- Sehr wohl kann jedoch bei einem Medieninhaltsdelikt vom öffentlichen Ankläger begehrt werden, daß das Urteil in der Mailbox veröffentlicht wird.
- Eine gerichtliche Beschlagnahme ist entsprechend dem Mediengesetz nur auf Medienwerke anwendbar, nicht auf die Betriebsmittel. Für eine Beschlagnahme einer Mailbox sind andere Bestimmungen anzuwenden und zulässig.

- Wer einen Mailboxdienst mit einem anonymen Zugang betreibt, erschwert die Ausforschung und strafrechtliche Verfolgung von Personen, die entsprechend dem Fernmeldegesetz unzulässige Inhalte einspielen. Somit begeht der Betreiber Unterlassung und kann strafrechtlich haftbar gemacht werden, insbesondere dann, wenn Beiträge strafbaren Inhalts trotz Kenntnis darüber nicht gelöscht werden.

Wie diese Stellungnahme zeigt, bietet das Mediengesetz keinen brauchbaren Rahmen für den Betrieb neuer Telekommunikationsmedien. Mit der Forderung nach einer Identifikationspflicht wird lediglich der Versuch unternommen, andere Gesetze anwendbar zu machen. Letztlich muß es aber darum gehen, auf die neuen Eigenheiten interaktiver Medien einzugehen und vor allem ihre Selbstregulierungstendenz mitzubersichtigen. Ein Eingreifen durch die Exekutive wäre lediglich bei wiederholtem Verstoß gegen den § 16 FMG oder gerade bei Unterbindung der Selbstregulierung in Medien durch die Möglichkeit jedes Nutzers, direkt und öffentlich sofort zu reagieren, vorzusehen. Ein "Online-Rat" könnte als Beschwerdestelle mit Beobachtungs- und Verwarnfunktion eingerichtet werden. Einer Pflicht zur Identifikation, wie sie etwa bei interaktiven Sprachdiensten technisch schwer durchführbar ist und bei vielen Online-Diensten einen Verlust an "Kommunikationsvitalität" bedeuten würde, könnte somit ausgewichen werden. Hierzu gehört ein neues Verständnis der Nutzungsmöglichkeit eines Teils neuer Medien als "offene Kanäle", in denen völlige Meinungsfreiheit gewährleistet und auf die diesen Medien innewohnende Selbstregulierung vertraut wird, wobei man eine Beschwerdeinstanz einrichten sollte.

1993 wurde bei der Einführung von Telefon-Mehrwertdiensten in Österreich eine freiwillige Selbstkontrolle - zunächst von den Anbietern organisiert, nun von der ÖPTV übernommen - eingerichtet. Dieser Instanz obliegt die Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen und soll eine Überschreitung gesetzlicher Bestimmungen - insbesondere Verletzungen des Jugendschutzes - hintanhaltend.

Ein weiterer Ansatz, die Qualität der Selbstregulierung in Netzwerkmedien zu erhöhen besteht darin, weitere "Feedback-Schleifen" zwischen Sender und Empfänger einzubauen. Grundsätzlich steht es ja einem Empfänger stets offen, auf eine Nachricht direkt, persönlich oder öffentlich zu reagieren. Zusätzlich könnte ein Bewertungsmechanismus helfen, eine

bessere Selektion von Nachrichten vorzunehmen. Jeder Empfänger sollte die Möglichkeit haben, eine Bewertung zu einer Nachricht abzugeben, die dann als Summe von Bewertungen aller Empfänger eines Beitrags allen zukünftigen Empfängern zur Verfügung stehen. Eine besonders schlechte Bewertung könnte eine Warnung beim Medienbetreiber auslösen, der den Beitrag dann auf Brauchbarkeit oder gesetzlichen Verstoß überprüft und notfalls entfernt. Ein solcher Bewertungsmechanismus wurde erstmals bei Feldversuch "Grätzltelefon für den Raum Aspern" getestet.

Zusammenfassend stellt die jetzige Gesetzeslage einen äußerst unbefriedigenden Rahmen zum Betrieb von Telekommunikationsdiensten dar. Die Internationalisierung der Netze macht die Frage nach der Haftung nicht einfacher. Wie ein junges Urteil in einem amerikanischen Bundesstaat zeigte, muß ein Betreiber eines Dienstes sogar darauf achten, daß die Inhalte nicht dorthin verbreitet werden, wo strengere Gesetze bestimmte Informationsangebote verbieten. Eine territoriale Restriktion ist aufgrund der beliebigen Anwählbarkeit eines Dienstes über das Fernsprechnet oder via Internet technisch nahezu unmöglich geworden.

Sehr notwendig erscheint ein neues Bewußtsein gegenüber den neuen elektronischen Medien. Sie bilden als solche einen neuen Gemeinplatz für freien Meinungs austausch und sollten als solche von allen verstanden werden. Denn diese neue Medien haben gegenüber den herkömmlichen eine neue Eigenschaft: sie haben Mechanismen zur "Regulierung unliebsamer Inhalte" quasi bereits eingebaut. Denn jedem Nutzer ist es möglich, auf Unpassendes direkt zu reagieren, persönlich an den Autor oder öffentlich. Dabei ist es unwesentlich, ob die Kommunikation identifiziert oder anonym erfolgt.

Beobachtungen in einschlägigen Usenet Newsgroups etwa zum Thema "Revisionismus" zeigen, daß auf einen Beitrag, den wir als nationalsozialistische Wiederbetätigung bewerten würden, eine Flut von Nachrichten folgte, die versuchten, den Inhalt zu widerlegen oder Hintergrundinformationen über den Autor oder dessen Organisation an den Tag zu bringen. Heikle Themen werden in offenen Netzen zur Sprache gebracht, nicht totgeschwiegen. Diese den Netzen innewohnende Tendenz zur Selbstregulierung könnte gewiß noch verbessert werden, etwa durch weitere Versuche mit Bewertungsmechanismen wie den im Feldversuch getesteten "Blumen durchs Telefon", die letztlich das Ziel verfolgen, dem Autor und den Lesern Kontextinformationen abzugewinnen und diese neuen Lesern als Orientierungshilfe zur Verfügung zu stellen. Hier liegt eine wichtige Gestaltungsaufgabe noch vor uns, die gelöst

sein sollte, bevor gesetzliche Regelungen den Zugang zu offenen Kommunikationsdiensten stark einschränken.

5.4. Das "Grätzltelefon für den Raum Aspern"

Der durchgeführte Feldversuch mit einem elektronischen Telefondienst war in ein bestehendes Konzept der Bürgerbeteiligung in einem Stadterweiterungsgebiet Wiens eingefügt.

In der ersten Phase meiner Arbeit dominierte die Ausarbeitung eines Servicekonzeptes für Audiotextdienste, das vielfältigen Ansprüchen genügen sollte. So entstand ein Werkzeug, mit dem die Einrichtung auch komplexer Funktionsabläufe für einen Telefonservice auf mehreren Leitungen realisiert werden konnte. Insofern gab es seitens der technischen Machbarkeit vorab keine Einschränkungen bzw. konnte ich spezielle Wünsche, wie etwa ein Mechanismus zur Bewertung von Beiträgen durch die Anrufenden, rasch auch einer technischen Lösung zuführen.

Die Suche nach einem geeigneten Testfeld gestaltete sich schon etwas schwieriger, denn die Anforderungen für einen geeigneten Feldversuch waren vielfältig. Zunächst sollten die kommunizierten Inhalte kommunale Aspekte aufgreifen. Weiters sollte ein Anwendungsfeld gefunden werden, wofür es zwar Erfahrungsberichte gab, in welcher Form und mit welchem Erfolg verschiedene Medien in diesem Bereich eingesetzt werden können, wo jedoch interaktive Medien eine wesentliche Erweiterung des Anwendungsspektrums versprechen.

Als Testfeld bot sich die Unterstützung von Bürgerbeteiligungsverfahren in Stadterweiterungsgebieten an. Dieses Testfeld erfüllte die methodischen Bedingungen und bot als wesentlichen Vorteil, daß auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden konnte, da im ausgewählten Stadterweiterungsgebiet in einem Randbezirk Wiens bereits Maßnahmen für die Mitgestaltung etwa in Form eines eigenen Büros ("Stadttreff Aspern") und für die verbesserte Kommunikation der Beteiligten in Form einer Stadtteilzeitung ("hier fehlt noch was") getroffen waren.

5.5. Zielsetzungen des Feldversuches

Ziel des Versuches war es, Antworten auf folgende Fragen zu erhalten:

- Können die Möglichkeiten der Mitbestimmung und ein demokratischer Diskurs über lokalpolitische Themen mit einem gut zugänglichen Medium auf breite Bevölkerungsschichten ausgedehnt werden?
- In welchem Ausmaß wird ein Telefonservice mit lokalem Bezug genützt?
- Welche Funktion (Information, Diskussion, Börse) wird bevorzugt?
- Erweitert sich jenes Bevölkerungssegment, das sich an der aktiven Mitgestaltung neuer Lebensräume beteiligt?
- Welche Auswirkungen hat der Telefonservice auf das laufende Bürgerbeteiligungsverfahren?
- Wie hoch ist die Bereitschaft, bei wiederholter Nutzung des Service einen Zahlenschlüssel zu verwenden, um erweiterte Möglichkeiten im System zu nützen?
- Wie gut wird der Bewertungsmechanismus von Beiträgen mit der Metapher, Blumen durch das Telefon zu erhalten und zu vergeben, angenommen?
- Welche außerhalb des Mediums artikulierten Reaktionen gibt es seitens der Anrufer und seitens der Stadtverwaltung?
- Welche technischen Mängel wurden festgestellt?

Die Durchführung des Feldversuches "Grätzltelefon für den Raum Aspern" war mit dem Risiko behaftet, daß der Telefonservice von der lokalen Bevölkerung nicht angenommen wird. Ein wichtiges Ziel war es daher, jene Faktoren kennenzulernen, die die Akzeptanz einer derartigen lokal basierten Kommunikationsschiene bestimmen und mitunter noch während des Feldversuches Korrekturen vorzunehmen oder weitere Maßnahmen für die Bewerbung dieses elektronischen Telefondienstes zu setzen.

Darüberhinaus sollte der Feldversuch Erkenntnisse liefern, welche allgemeinen Forderungen für die Gestaltung interaktiver Massenmedien zu stellen sind, wenn diese Medien dazu beitragen sollen, lokale Entscheidungsprozesse transparenter zu machen.

Es war von Beginn an klar, daß eine echte Wirkungsstudie mit - nach Kriterien der Meinungsforschung - validen Daten für einen Medienvergleich den Rahmen dieser Forschungsarbeit bei weitem überstiegen hätte. Dies würde einen großflächigeren Versuch über einen längeren Zeitraum benötigen, wobei auch repräsentative Interviews mit Nutzern evtl. durch breitflächige Telefonbefragungen durchzuführen wären.

Die Auswertung der Ergebnisse stützten ich in diesem Feldversuch primär auf die Anzahl und die Inhalte der eingelangten Nachrichten, darüberhinaus wurden Gespräche mit Benutzern und Interessenten etwa anlässlich einer Ausstellung in einem großen lokalen Einkaufszentrum, wo auch das "Grätzltelefon" einen Stand hatte, geführt.

5.6. Anlage des Feldversuches und Funktionen des Grätzltelefons

Die Auswahl eines städtebaulichen Vorhabens mit erwünschter Bürgerbeteiligung wurde zusammen mit dem Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum und der Magistratsabteilung 18 der Stadt Wien vorgenommen.

Die Notwendigkeit zur Gründung eines Vereins als Betreiberin des Feldversuchs ergab sich einerseits aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten, an der Akademie der Wissenschaften, wo ich die Forschung durchgeführt habe, mit zahlreichen Telefonleitungen Tests durchzuführen, andererseits gilt ein Betreiber von Audiotextdiensten als Herausgeber im fernmelderechtlichen Sinn, was zu einer rechtlichen Unsicherheit geführt hätte. Somit habe ich für den technischen Betrieb des Telefondienstes das „PUBLIC VOICE Labor - Verein zur Förderung kultureller Alltagskommunikation in telematischen Netzwerken" mit weiteren Interessierten gegründet und dieser wurde von der Wiener Magistratsabteilung 18 beauftragt, den Feldversuch technisch vorzubereiten und durchzuführen. Mit der Gründung eines Vereins sollte auch gewährleistet sein, daß über das Forschungsprojekt hinaus weitere Versuche mit Audiotextdiensten möglich sind. Die Magistratsabteilung 18 koordinierte die Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit.

Wir wählten ein Stadterweiterungsprojekt aus, bei dem zwar wesentliche Planungsentscheidungen bereits getroffen waren, aber in Detailfragen etwa der Grünraumgestaltung noch Spielraum vorhanden war. Zudem konnten niemand die Dynamik eines solchen Mediums nicht abschätzen und wir vermieden es daher, Themen aufzubringen, die eine hohe Betroffenheit auslösen (etwa die Verkehrsproblematik), da diese Themen bereits von lokalen Arbeitsgruppen im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren intensiv bearbeitet wurden. Es war jedoch vorgesehen, auf Wunsch der Anrufer auf spezielle Themenbereiche einzugehen, etwa in der Form, daß neue Diskussionsbereiche eröffnet werden oder die Arbeitsgruppen des Bürgerbeteiligungsverfahrens über das Medium ihre Arbeitsweisen und Ergebnisse präsentieren können sollten.

Nicht zuletzt aufgrund zeitlicher Rahmenbedingungen fiel die Entscheidung auf das Stadterweiterungsgebiet Langobardenstraße, wo im Jahr 1995 2.700 neue Wohnungen fertiggestellt werden. Gleichzeitig zu einer Wanderausstellung der MA 18 über dieses Bauvorhaben wurde vom November 1994 bis Februar 1995 ein Telefonservice zur Verfügung gestellt, das folgende Funktionen erfüllte:

- Lokal spezifischer, preiswerter Informationskanal, über den Verwaltung und Politik zu geplanten Projekten informieren, Widerstände und Problembereiche orten und unmittelbar darauf reagieren können
- Bereitstellung von Informationen über die geplante Fertigstellung der Bauvorhaben
- Möglichkeit für die Anrufer zum Anbringen von Kommentaren über die Stadterweiterung
- Einbindung der Anrufer in einen rationalen Diskurs zwecks Abbau von Vorurteilen einerseits und Ausdrucksmöglichkeit für Gefühle zu Bauvorhaben andererseits
- Stimulierung der lokalen Kommunikation und Herausforderung der Möglichkeit, sich "auch mal so" kennenzulernen
- Verstärkung von horizontalen Dialogebenen (z.B. alteingesessene Bevölkerung - Zuzügler) und vertikalen (z.B. Bezirksvertretung - Bevölkerung)
- Integration einerseits des einzelnen Bewohners oder Haushaltes in das soziale Gefüge des Stadtteils, andererseits Integration in aktuell laufende Prozesse, wie zum Beispiel Bürgerbeteiligungsverfahren
- Rund-um-die-Uhr Erreichbarkeit mit jedem Telefonapparat

Bei der Gestaltung des Telefondienstes sollte vor allem berücksichtigt werden, daß die Kommunikationsvorgänge transparent verlaufen. Dies wurde durch die Einrichtung eines virtuellen öffentlichen Gemeinplatzes versucht, der nicht nur eine erste Stätte der Begegnung ist und die Möglichkeit zum Ausprobieren bietet, sondern wo auch Metainformationen, etwa über die Einrichtung eines neuen Forums innerhalb des Telefonservice, transportiert werden können.

Bei der akustischen Gestaltung wurde darauf geachtet, eine angenehme Atmosphäre zu schaffen und eine Sprache zu wählen, die den Anrufer direkt anspricht, wobei auch

umgangssprachliche Elemente verwendet wurden. Für die Gestaltung der Texte wurde ein professioneller Werbetexter engagiert.

Zur Erhöhung der Attraktivität wurden Elemente der Unterhaltung und ein Service-Bereich eingebaut. Daher wurde ein Wettbewerb für "die besten Geschichten und das lustigste Geräusch aus dem Grätzl" eingerichtet, bei dem die aktiven Teilnehmer selbst Jury sind. Weiters wurde der Versuch unternommen, einen Platz für lokale Nachrichten anzubieten, eine Börse für Mitfahrgelegenheiten für den Weg zur und von der Arbeit einzurichten und Werbeflächen für die lokalen Wirtschaftstreibenden zur Verfügung zu stellen.

Die Beiträge der Anrufer sollten von Moderatoren regelmäßig durchgehört und sortiert werden. Diese Aufgabe sollte ein Mediator des Bürgerbeteiligungsverfahrens durchführen, der die Fächer abhört, Fragen zusammenfaßt und einiges gleich selbst beantwortet. Bei komplexeren Sachverhalten werden die Fragen an eine Kontaktperson der Planungsabteilung des Magistrats bzw. an eine entsprechende andere Stelle weitergeleitet, wobei die jeweilige Auskunftsperson gleich selbst die Beantwortung der Frage durch die Wahl einer Direktrufnummer zu einem Fach im Grätzltelefon vornehmen kann.

Die Benutzung des Grätzltelefons war anonym möglich; einige Anrufer hatten jedoch ihre Telefonnummern hinterlassen, um mit anderen Benutzern des Grätzltelefons in Kontakt treten zu können.

5.7. Inhalte im "Grätzltelefon für den Raum Aspern"

Der oder die Anrufer/in wählte die Nummer 589 30 22 (Telefonnummer zum Ortstarif). Nach einer musikalischen Begrüßung wurde der Apparat des Anrufenden daraufhin überprüft, ob die Steuerung mit Tasten möglich ist, ansonst wurde die Sprecherkennung eingeschaltet. Sodann hörte der Anrufer einen akustischen Wegweiser und hatte die Möglichkeit, unter folgenden Angeboten auszuwählen:

“An der Bassena” war ein Forum, bei dem zunächst auf die interaktiven Möglichkeiten hingewiesen worden ist und sodann hörte der oder die Anrufer/in die bereits eingelangten Nachrichten oder konnte selbst eine aufsprechen.

Im Bereich ***Informationen zum neuen Langobardenviertel*** wurde alles erklärt, was im und rund ums neu entstehende Langobardenviertel passierte: was gebaut wurde, welche Infrastruktureinrichtungen neu hinzukommen, aber auch wie man dort zu Wohnungen kommt. Interessierte konnten Namen und Adresse aufsprechen um weitere Informationen zugeschickt zu bekommen.

Mitreden beim Planen und Gestalten war ein weiterer Bereich, in dem sich der Stadttreff vorstellte, die Koordinationsstelle für alle Bürgerbeteiligungsprojekte in diesem Viertel. Sie gab hier Termine von Planungsveranstaltungen und Workshops bekannt.

Die Servicehotline war die Service- und Ankündigungsabteilung des Grätzltelefons. Hier sollten alle wesentlichen Informationen für den Alltag zu finden sein. Öffnungszeiten von Einrichtungen, die diensthabende Nachapothek, Ambulanzzeiten des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, aber auch wann der nächste Bauernmarkt stattfindet und wo das nächste Schülerberatungszentrum zu finden ist. Hier waren einige Grundinformationen ständig vorhanden, jede/r konnte aber seine/ihre persönliche Ankündigung oder einen Hinweis aufsprechen. Weiters wurde eine Börse für "car sharing" eingerichtet, damit die Autos über die Donaubrücken besser ausgelastet werden können.

Der "Geschichten- und Geräuschewettbewerb" war ein begleitender Wettbewerb, der vor allem Jugendliche ansprechen sollte. Die Bewohner sollten mit Cassettenrecorder Geräusche und Geschichten aus ihrem Grätzl sammeln und ins Grätzltelefon einspielen. Die Stadt Wien stellte Buchpreise zur Verfügung.

5.8. Öffentlichkeitsarbeit für eine neue Form von Öffentlichkeit

Am 8. November 1994 startete das Grätzltelefon mit einer Kapazität von vier Telefonleitungen unter der Wiener Nummer 589 30 22. Zielgruppe waren 50.000 Personen des "Marchegger Asts", wobei insbesondere die Bewohner des Stadtteil Aspern (15.000 Einwohner), in dem die meisten Bautätigkeiten stattfinden, erreicht werden sollten.

Im Rahmen einer Pressekonferenz mit dem für Städtebau zuständigen Stadtrat Dr. Hannes Swoboda wurde das Konzept der Presse präsentiert. Die Nummer wurde am selbigen Abend in der Fernsehsendung "Wien heute" eingeblendet. Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien bewarb den Service gezielt in zwei Aussendungen im ausgewählten Stadtteil des

22. Bezirks. Das Bezirksjournal und die Grätzlzeitung "hier fehlt noch was" berichtete über den neuen Telefondienst. Da trotz des Medienechos der Service nur schleppend anlief, wurde ein Student als Betreuer vor Ort engagiert, der Faltblätter verteilte und Interviews mit einem Funktelefon durchführte, die direkt in das Grätzltelefon eingespielt wurden. Weiters wurden über eine in diesem Bezirk aktive Kulturstadträtin Kulturinitiativen direkt angesprochen, sich mit Programminformationen aktiv zu beteiligen.

Auf der nächsten Doppelseite sind zwei Plakate reproduziert, die für eine Werbe- und Informationsaktion in der Außenstelle "Donauzentrum", der Global Village"-Ausstellung im Februar 1995 angefertigt wurden. Sie informieren über den Zweck der Einrichtung, geben eine Inhaltsübersicht des Audiotextdienstes und enthalten eine Bedienungsanleitung. Auf der Seite danach ist der Werbeprospekt abgebildet.

STADTENTWICKLUNG IN ASPERN

Der Raum Aspern spielt eine besondere Rolle in der Stadtentwicklung Wiens. Derzeit entstehen zum Beispiel an der Unteren Langobardenstraße mehr als 2000 Wohnungen. Ziel ist aber nicht nur die Schaffung von neuem Wohnraum sondern auch Verbesserungen der örtlichen Infrastruktur. Dazu gehören unter anderem Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung, Freizeitangebote und medizinische Versorgung.

Das GR ~~TZL~~TELEFON: 589 30 22

Mitreden bei der Planung

Bei der Planung und Gestaltung der neuen Einrichtungen und Angebote sollen die Betroffenen, die Bewohnerinnen und Bewohner des Raumes Aspern mitreden und mitentscheiden können. Den raschesten Zugang zur Bürgerbeteiligung bringt ein Anruf beim Grätzltelefon.

Das Grätzltelefon ist ein neuartiger Informations- und Diskussionsdienst und bietet viel mehr als ein einfacher Tonbandservice. Die Stadtverwaltung, das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum und viele andere gestalten für Sie Informationen aus dem Raum Aspern. Zum Ortstarif können Sie mit Ihrem Telefon aus dem vorhandenen Angebot aktiv auswählen aber auch selbst mitreden und etwas aufsprechen.

Das Grätzltelefon ist eine gemeinsame Initiative von

Stadtplanung Wien

Forschungsstelle für
Sozioökonomie

PUBLIC VOICE
Interaktive Mediendienste

Unter Mitarbeit des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums, des Stadttreffs Aspern und vieler interessierter Donaustädterinnen und Donaustädter

Abbildung 16: Ankündigung des Grätzltelefons

GR GRÄTZTELEFON:

Aufbau – Inhalt – Direktwahl

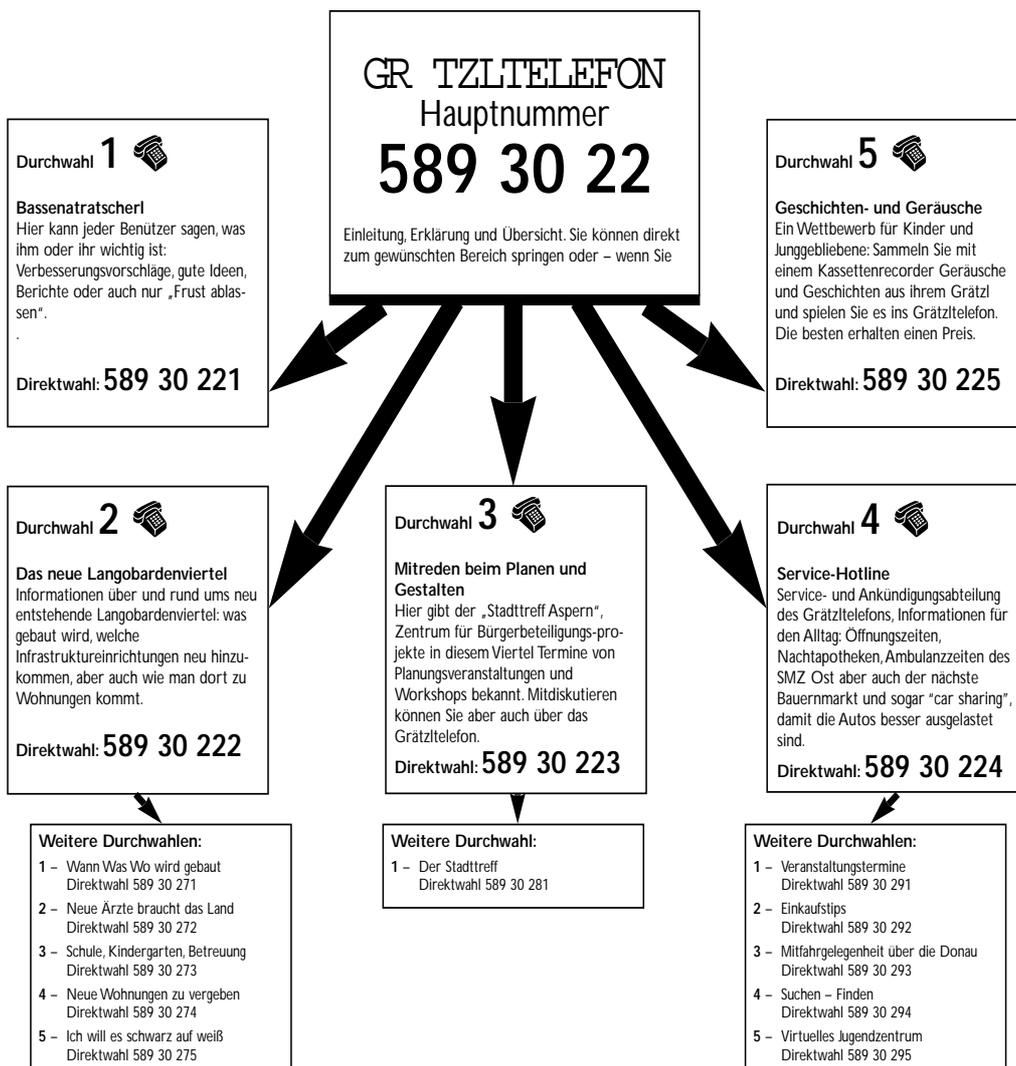


Abbildung 17: Informations- und Diskussionsbereiche des Grätzltelefons

5.9. Ergebnisse des Feldversuches

Der Feldversuch "Grätzltelefon für den Raum Aspern" lief von November 1994 bis einschließlich Februar 1995. In diesem Zeitraum wurden 1998 Anrufe registriert.

Fach 221	Bassenatratscherl	394 Einstiege	37%
Fach 222	Informationen zum neuen Langobardenviertel	190 Einstiege	18%
Fach 223	Mitreden beim Planen	151 Einstiege	14%
Fach 224	Servicehotline	143 Einstiege	15%
Fach 225	Geschichten- und Geräuschewettbewerb	175 Einstiege	16%

Abbildung 18: Auswahl der angebotenen Informationsbereiche beim Grätzltelefon

Bemerkenswert ist, daß jene Bereiche, die Unterhaltung und Interaktion verheissen, besonders gerne angewählt wurden, während "trockene" Informationsbereiche eher gemieden wurden.

Auffällig ist weiters, daß etwa die Hälfte der Anrufer keine Wahl eines Bereiches vorgenommen hat. Zu vermuten ist, daß Anrufer entweder überrascht waren, an einen elektronischen statt eines menschlichen Telefonservice geraten zu sein oder Probleme bei der Bedienung hatten, einen Bereich auszuwählen. Zu ersterem ist zu bemerken, daß es im Bezirksjournal unglücklicherweise zu einem Artikel ein Foto gegeben hat, das einen Menschen zeigte, der Telefonate entgegennimmt. Zu letzterem wäre hinzuzufügen, daß im Verlauf des Versuches noch Vereinfachungen in der Bedienungsweise vorgenommen worden sind.

Die Anzahl der Versuche der Anrufer, im "Bassenatratsch" einen Beitrag einzubringen, beläuft sich auf 80, wovon tatsächlich 37 Nachrichten erfolgreich aufgesprochen worden sind. Bei den anderen wurde entweder gleich aufgelegt oder der Anrufer hat die Nachricht selbst wieder gelöscht. Also 20% der Besucher des Bassenatratsch starteten einen Aufnahmevorgang und 10% hinterließen tatsächlich eine für andere Anrufer abhörbare Nachricht.

Von den 37 im Bassenratsch eingebrachten Nachrichten waren 32 von Männer- und 3 von Frauenstimme, zwei Beiträge waren kurze Musikeinspielungen. Drei Nachrichten (davon zwei sehr lange und gut argumentierte von Frauen) bezogen sich auf die Verkehrsproblematik: 10.000 Autos mehr durch neue Wohnungen; Notwendigkeit einer neuen Brücke; Appell an faires Verkehrsverhalten. Drei Anrufer beklagten sich über die komplizierte Bedienungsweise, drei fanden das Grätzltelefon eine tolle Sache. Ein Teilnehmer äußerte sich über den geplanten Bau eines Moslemfriedhofes insofern, als bei anderen Religionen auch keine separaten Friedhöfe gebaut würden. Ein Herr, der auch Namen und Telefonnummer preisgibt, beschwerte sich über die Wasserqualität. Ein Anrufer schlägt vor, im Jugendzentrum Hirschstetten einen Spritzencontainer aufzustellen, wie schon anderswo praktiziert. Zwei äußerten sich mißgünstig über die Wiener als solche. Ein Jugendlicher beschwerte sich, daß ein Baseballkorb schlechter Qualität montiert worden ist. Jemand bietet Freizeitbetätigungsmöglichkeiten an und schlägt auch Langlaufen vor, worauf jemand erwidert und den Schneemangel bemängelt. Ein Anrufer hat eine bekannte Stimme erkannt und ruft "Servus Leo". Ein Beitrag lautet "Hier ist ja keine Zuspelung echt" und ein anderer "Send me Roses to Berlin, thank you, John". Nicht zuletzt ist auch ein kurzes herzliches Lachen zu hören.

Die Möglichkeit der Bewertung hatten die Anrufer kaum angewendet, da durch regelmäßige Moderation versucht worden ist, passende Beiträge vorzureihen um so mehr Übersichtlichkeit zu schaffen.

Das "Grätzltelefon" wurde von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der MA 18 als brauchbares Medium zur Kontaktaufnahme und Bereitstellung detaillierter Informationen für eine lokale Zielgruppe bewertet. Es wurde jedoch seitens der zentralen Stadtverwaltung nicht als Instrument verwendet, mit der betroffenen Bevölkerung über das Medium in Kontakt zu treten. Hierzu hätten exakte Vereinbarungen getroffen werden müssen für die Bereitschaft ausgewählter Magistratsbeamter, regelmäßig die neuen Beiträge abzuhören und zu lokalpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Dieser Aspekt wurde in der Planungsphase des Grätzltelefons wiederholt diskutiert; tatsächlich erklärten sich auch ein Beamter der Planungsabteilung und ein Mediator des lokalen Bürgerbeteiligungsverfahrens bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Aufgrund der geringen lokalpolitisch gefärbten Beiträge, die auf die Stadterweiterung Bezug nahmen, schien ein Eingreifen jedoch nicht notwendig. Das Medium war vielmehr von den Anrufern genutzt worden, um lokale Öffentlichkeit herzustellen und

um auf Problemlagen aufmerksam zu machen. Der tatsächliche Diskurs wurde dann real im Bürgerbeteiligungsbüro mit den Mediatoren des Bürgerbeteiligungsverfahrens oder direkt mit Magistratsbeamten geführt.

Interesse an den Diskussionsinhalten gab es auch seitens der Bezirkspolitiker, die sich eine statistische Auswertung der Beiträge erwarteten, jedoch wenig Bereitschaft zeigten, sich selbst als Teilnehmer im Grätzltelefon einzubringen. Dies mag auch an einer falschen Einschätzung des notwendigen Zeitaufwandes oder an einem falschen Verständnis der Funktionsweise gelegen haben; für diese Zielgruppe hat sich gezeigt, daß besondere Erläuterungsmaßnahmen notwendig sind.

Die Anrufe verteilten sich über die Tageszeit für je 60 Minuten folgendermaßen:

0 Uhr: 91 Anrufe	12 Uhr: 142 Anrufe
1 Uhr: 17 Anrufe	13 Uhr: 178 Anrufe
2 Uhr: 25 Anrufe	14 Uhr: 169 Anrufe
3 Uhr: 0 Anrufe	15 Uhr: 121 Anrufe
4 Uhr: 0 Anrufe	16 Uhr: 101 Anrufe
5 Uhr: 0 Anrufe	17 Uhr: 84 Anrufe
6 Uhr: 12 Anrufe	18 Uhr: 66 Anrufe
7 Uhr: 21 Anrufe	19 Uhr: 137 Anrufe
8 Uhr: 115 Anrufe	20 Uhr: 102 Anrufe
9 Uhr: 145 Anrufe	21 Uhr: 51 Anrufe
10 Uhr: 114 Anrufe	22 Uhr: 73 Anrufe
11 Uhr: 190 Anrufe	23 Uhr: 44 Anrufe

Abbildung 19: Anzahl der Anrufe beim Grätzltelefon nach Tageszeit während 4 Monaten

Das Grätzltelefon kann mit einer Auswahl der wichtigsten Beiträge auch nach dem Feldversuch unter der Wiener Telefonnummer (01) 5893022 angewählt und abgehört werden.

Wie bereits andernorts erwähnt, war es im Rahmen dieser hier beschriebenen ersten Feldversuches aufgrund der beschränkten Ressourcen nicht möglich, detaillierte Analysen etwa über die sozioökonomische Verteilung der Teilnehmer durchzuführen oder die Wirkung jedes einzelnen Beitrages zu verfolgen. Wer in das Grätzltelefon Reinhört, erkennt sehr rasch etwa an der verwendeten Sprache, daß es sich hier um eine breite Bevölkerungsschicht handeln muß, die dieses Medium nutzt und nutzen kann. Die Kooperation mit dem Magistrat der Stadt Wien hätte freilich auf der Wirkungsebene noch intensiviert werden können, indem

verantwortliche Beamte stärker verpflichtet hätten können, auf einzelne Anfragen konkrete Antworten zu geben oder Taten zu setzen. So wurden die Inhalte im Grätzltelefon im wesentlichen von den Moderatoren des Bürgerbeteiligungsverfahrens in die regelmäßig stattfindenden Diskussionsrunden mit Anrainern und Entscheidungsträgern hineingebracht, ohne jedoch im Telefonforum selbst über konkrete Verhandlungsergebnisse zu berichten. Diesen Dualismus der realen und virtuellen Diskursräume zu überbrücken wäre eine spannende Herausforderung für ein Nachfolgeprojekt.

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN

6.1. Von Politikinformationssystemen zu Community Nets: Wandel der Zielsetzungen

Die ersten Vorläufer der Stadtinformationssysteme – etwa um 1975 – waren meist nur lokal abrufbare Computerprogramme, die ausschließlich den Verwaltungsbediensteten zur Verfügung standen, um im Verkehr mit den Klienten bessere und genauere Auskünfte erteilen zu können. Mitte der 80er-Jahre wandelten sich sowohl Zielsetzungen wie Technologien. Adressat wurde die Bevölkerung, die über öffentliche Terminals, sogenannte (Informations—)"Kioske", die Videotex-Systeme der Postverwaltungen und Personalcomputer auf vorgefertigte Informationen zugreifen konnte.

Erst um 1985 waren zwei wesentliche Kriterien für das Erscheinen eines neuen Typs von kommunalen Informationssystemen gegeben:

- ein preiswertes und verbreitetes Trägermedium: Personalcomputer und einfache Telekommunikationssoftware. (Die schon etwas früher verfügbaren Videotextsysteme erlangten mit wenigen Ausnahmen nie ausreichende Akzeptanz und Verbreitung.)
- Bürgerinitiativen und Bewohnerkomitees ("grass root initiatives") erlangten eine relativ bedeutende Position im lokalpolitischen Prozeß.

Erstmals konnten auch Privatpersonen und kleinere Non-Profit-Organisationen in die Rolle des Informationsanbieters und Betreibers von Online-Diensten gelangen. Die Initiative mußte nicht mehr von den großen Körperschaften ausgehen. Das paßt offensichtlich auch sehr gut zur Kommunikationskultur der Akteure, denn die weltweit größten und erfolgreichsten Systeme sind alle privatrechtlich organisiert.

Mit den Betreibern wandeln sich auch die Zielsetzungen. Information über Dienste der Verwaltung treten gegenüber freien Möglichkeiten zum Informations- und Meinungsaustausch in den Hintergrund. Die Systeme wandeln ihren Charakter vom unidirektionalen Informations- zum bidirektionalen Kommunikationsdienst.

6.2. Technologische Vielfalt wächst

Welche Dienste unterstützen nun welche Phase im demokratischen Prozess kommunaler Entscheidungsfindung?

Im Sinne des sanften technologischen Determinismus kann festgehalten werden, daß verschiedenartige Demokratisierungsschritte nicht mit allen Kommunikations-Diensten gleich gut unterstützt werden können. Je nach der konkreten Zielsetzung sind unterschiedliche Eigenschaften von Diensten, wie Ausmaß an Interaktivität, öffentliche Zugänglichkeit, Qualifikationsvoraussetzungen für die Benutzung oder auch der Verbreitungsgrad des Dienstes von Interesse.⁸⁶

Loten wir zunächst die technischen Möglichkeiten aus. Die technologische Basis für kommunale Kommunikationsdienste hat sich stark verbreitet. Es bieten sich eine Reihe von Medien an, die unterschiedliche Anwendungsbereiche und Zielsetzungen unterstützen und sich gegenseitig ergänzen.

- graphische und textbasierte Mailboxsysteme (“BBSes”)
- klassische Internet-Technologien wie themenzentrierte Maillisten und Usenet-Diskussionsgruppen, Gophersysteme
- moderne graphische Internetdienste wie das WorldWideWeb und Hyper-G
- telefonbasierte Dienste wie Audiotexdienste und Fax-Informationsserver
- videotextbasierte Dienste (Btx, PAN)
- videotextbasierte Dienste (“Teletext”)
- kioskbasierende Systeme (öffentliche Informationsterminals)

Die Technologien sind in mehrfacher Hinsicht unterschiedlich:

- * in den Funktionen, die sie erfüllen,
- * in den Anwendungssituationen für die sie optimiert sind
- * und in der Zielgruppe, die sie ansprechen.

Darüberhinaus tragen Lokalradio, Lokalfernsehen und eine wachsende Vielfalt von kleineren Presseprodukten zur Belebung des lokalen Kommunikationswesens bei.

⁸⁶ Latzer 1997, 42

6.3. Soziale Rahmenbedingungen für die Nutzung telematischer Medien

Politische Partizipation unterstützen

Telematische Medien wie das Internet, Mailboxen oder Audiotexdienste sind "interaktiv" auf zweierlei Art: sie gestatten das Auswählen von Informationsbereichen, erlauben also direkte Interaktion mit dem System, und gestatten zusätzlich den Austausch von Nachrichten mit anderen Personen (Interaktion zwischen Subjekten). Diese neue Medien sind somit die ersten universellen bidirektionalen Massenmedien, die zur Verfügung stehen.

Sie eignen sich vor allem dort für politische Partizipation, wo Betroffenheit herrscht: im unmittelbaren Lebensbereich, also dort wo die Menschen leben und arbeiten. Die Chance, mittels Telekommunikation den Diskurs über die Gestaltung der eigenen Umgebung zu verstärken, sollte angesichts der Krise der traditionellen Demokratieformen genützt werden. Dies wäre nicht zuletzt ein Beitrag zum Lernen von Toleranz und gegenseitiger Achtung.

In bestehende Bürgerbeteiligungsprojekte einbinden

Telematische Medien müssen Bestandteil und Mittel eines größeren gesellschaftlichen Projekts sein – nicht deren Ziel und Inhalt. Das übersehen viele enthusiastische Befürworter der neuen Kommunikationstechnologien. Technikgetriebene Projekte werden so zurecht zur Zielscheibe der Kritik ernsthaft um demokratische Anliegen besorgter Menschen.

Die Medien sind daher am besten im Rahmen von umfassend angelegter partizipatorischer Aktionen einzusetzen. Dieser Überlegung sind bin ich auch bei der Konzeption des "Grätzltelefons" gefolgt, das in das Bürgerbeteiligungsprojekt in Aspern eingebettet war.

Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen

Voraussetzung für einen erfolgreichen und verbindlichen Diskurs ist, daß alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen daran teilhaben können: die zuständigen Stellen einer Stadtverwaltung, öffentlich tätige Initiativen und Vereine aber auch die etablierten Interessensvertretungen, einzelne Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner und wirtschaftliche und kulturelle Gruppierungen.

Zugang zu den neuen Medien und den neuen demokratischen Ebenen weit offen halten

Damit politische Partizipation nicht zu einem Privileg einer technologischen oder Bildungselite wird, ist bei der Konzeption der Medien darauf zu achten, daß breite Bevölkerungskreise die neugeschaffenen Möglichkeiten nützen können. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung des publizistischen Gesamtinstruments, wie weiter unten ausgeführt werden wird.

Verbindliche aktive Teilnahme der Politik notwendig

Die Teilnahme der politischen Repräsentanten ist unverzichtbar. Diese können Nutzen aus dem Prozeß ziehen, wenn sie ihr Interesse für Bürgeranliegen durch unmittelbare Reaktionen (durch Wortmeldungen oder durch konkrete Maßnahmen und Eingriffe) unter Beweis stellen. Unterbleibt diese Reaktion und Teilnahme, verlieren das Medium und die Politik an Glaubwürdigkeit.

Keine überzogenen Hoffnungen wecken

Trotz aller Möglichkeiten, die die Telekommunikation bietet, ist sie immer nur *ein* Mittel, *ein* Medium. Das kann nur wirksam werden, wenn es auf ein politisches Umfeld trifft, in dem es den Willen zur Partizipation und die Rahmenbedingungen dazu vorfindet. Es kann die Eintrittsschwelle in den politischen Prozeß verringern, indem es den Informationsaustausch erleichtert oder attraktiver macht. Es müssen aber die Rahmenbedingungen wie Kooperationsbereitschaft von Politik und Verwaltung sowie die Bereitschaft zum Diskurs bei allen Beteiligten gegeben sein. Medien können hierzu eine gestaltete Struktur wie Themenforen und regelmäßige Online-Treffs vorgeben, die den Ablauf der Kommunikation vorzeichnen und unterstützen.

Damit erhalten telematische Medien die Rolle einer neuen zusätzlichen Ebene im demokratischen Prozeß. Diese bietet mehr Menschen Artikulationsmöglichkeiten als herkömmliche Massenmedien, ist aber eingebettet und abhängig von den anderen Ebenen der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Diese Einbettung ist die Voraussetzung für gesellschaftspolitische Relevanz. Quasi "autistisch" geführte Diskurse – wie sie in vielen Bereichen des UseNets täglich geführt werden – bleiben bedeutungslos für die Außenwelt.

6.4. Schlußfolgerungen zu Technologien und Mediengestaltung

Um die oben beschriebenen gesellschaftlichen Zielsetzungen verwirklichen zu können, muß die geeignete mediale Umgebung gefunden werden. Das meint die Auswahl der benötigten Kommunikationstechnologien, ein Entwurf geeigneter Anwendungen und ein Konzept für den Betrieb samt Werbung für dieses Medium. Um eine weniger technologieorientierte Ausdrucksweise zu verwenden: Es geht um Medienauswahl, Gestaltung und Vermarktung. Im Folgenden werden Prinzipien behandelt, die sich nach internationalen Erfahrungen als Kriterien für das Gelingen von kommunalen Informationssystemen erwiesen haben.

Interaktivität und Partizipation durch Technologiewahl sicherstellen

In der Möglichkeit zur Teilnahme am unmittelbaren Meinungs- und Informationsaustausch liegt der demokratische Nutzen und Vorteil dieser Mediengattungen. Bidirektionale Technologien, die es ihren Benutzern leicht machen, selbst Informationen und Diskussionsbeiträge anzubieten, sind vorzuziehen. Es ist wesentlich, daß diese Dienste in das mediale Gesamtkonzept homogen integriert werden.

Das betrifft zum Beispiel Diskussionsgruppen in einem text- und graphikbasierten System. Die sollen übersichtliche Auswahlmöglichkeiten und Darbietung der Inhalte verfügbar und eigene Beiträge bequem abfaßbar sein. Ein Wechsel des verwendeten Computerprogramms während der Benutzung des Kommunikationssystems etwa zum Schreiben eines Textes ist für viele Benutzer ein inakzeptabler Aufwand.

Neue Benutzerkreise durch sprachbasierte Systeme erschließen

Eine wichtige Erfahrung zum Themenkreis der sich anbietenden Kommunikationstechnologien läßt sich aus dem Versuch mit dem Asperner Grätzltelefon ableiten: Mit neuen Medien wie Audiotexdiensten läßt sich der Benutzerkreis der telematischen Informationssysteme massiv erweitern. Es erhalten Bevölkerungsschichten Zugangsmöglichkeiten, die sonst nicht in der Lage wären, bidirektionale Dienste zu nutzen. Der Feldversuch zeigte eine für das anspruchsvolle Thema Stadtplanung überaus befriedigende Beteiligungsquote, obwohl praktisch kein Werbebudget zur Verfügung stand.

Hohe Reichweite und funktionelle Vielfalt durch Medienmix

Jedes Medium besitzt seine Charakteristika, Stärken und Schwächen. Vor allem aber erreichen sie unterschiedliche Zielgruppen. A priori ist demnach keines auszuschließen, sondern im Optimalfall ein Zusammenspiel der jeweils unterschiedlichen Funktionen in einem idealen Medienmix anzustreben.

Zeitgemäße Stadtinformationssysteme werden daher auf eine möglichst breite technologische Basis gestellt. Gemischte Gesamtsysteme erreichen viel mehr Menschen als jede einzelne Technologie, gleichzeitig bieten sie insgesamt den größtmöglichen Funktionsumfang.

Publizistische Gestaltungserfordernisse beachten

Viele Stadtinformationsprojekte erreichen ihre gesteckten Ziele nicht oder haben keine Relevanz. Dieses Scheitern darf nicht nur in der geringen Akzeptanz der Medientechnologie gesucht werden. Vielmehr sind die angebotenen Inhalte, ihre Aufbereitung und nicht zuletzt ihre Aktualisierung wesentliche Diffusionskriterien. Die publizistische Aufbereitung umfaßt Selektion von Informationen, aktuelle, dem jeweiligen Medium adäquate Aufbereitung und nicht zuletzt eine aktive publizistische Rolle, bei der Themen selbsttätig aufgerollt und Medienereignisse produziert werden. Nicht nur Informationsangebote müssen aufbereitet werden, sondern auch die Möglichkeiten zu aktiver Kommunikation und Austausch. Telematische Medien müssen daher von den Betreibern als "publizistische Medieninstrumente" gesehen werden. Sonst bleiben sie das ausschließliche Interessensfeld eines kleinen technologiebegeisterten Publikums.

Organisatorische und wirtschaftliche Planung des fortlaufenden Medienbetriebs

Ein beträchtlicher Teil ehrgeiziger Stadtinformationsprojekte ist trotz anfänglich guter Resonanz der Benutzer schon nach wenigen Monaten unbrauchbar oder nur mehr in sehr eingeschränkter Funktionalität verfügbar geworden. Der Grund lag in der fehlenden Planung und vor allem fehlenden Budgetierung des laufenden Betriebs. Nur ein Teil der notwendigen Aufwände für derartige Systeme sind Errichtungskosten. Ein beträchtlicher Teil fällt später, im laufenden Betrieb als Arbeitskraftkosten für die Wartung, Moderation und Aktualisierung der Datenbestände und des Informationsangebots an.

Die dafür anfallenden Kosten sind um so höher, je mehr das System von einer zentralen technischen und inhaltlichen Betreuung abhängig ist. Konzepte, die vermehrt auf verteilte Selbstorganisation setzen, also eher Freiräume zur allgemeinen Informationsanbietung zur Verfügung stellen als fertige umfassende Informationskonzepte, erlauben es, die anfallenden Aufwände zu minimieren. Somit wird die aus demokratiepolitischen Überlegungen gestellte Forderung nach Technologien und Organisationsformen, die die aktive Teilnahme am Kommunikationsprozeß (Benutzer kann selbst etwas veröffentlichen) möglichst vereinfachen auch aus ökonomischen Gründen vorzuziehen.

6.5. "Integrierte Technikbewertung" als Methode

Wir befinden uns in einer begünstigten Position in der Technikgeschichte. Noch nie war eine neue kulturbestimmende Schlüsseltechnologie, wie sie die Telematik zweifelsohne darstellt, schon in einer frühen Entwicklungsphase in einem breiten demokratischen Diskussionsprozeß unterworfen. Immer wieder wurde beklagt, daß die Gesellschaft in der Vergangenheit unvorbereitet mit neuen Technologien konfrontiert worden ist, die entwickelt worden waren ohne ihre sozialen Auswirkungen zu bedenken.

Integrierte Technikbewertung versucht in einer neuen Form diese bisher fehlende Brücke zu schlagen: Technische Anwendungen sind während ihrer Entwicklungs- und Planungsphase am plastischen formbar. Die Technikbewertung kann ihre Forschungsergebnisse in einen gesellschaftlichen Diskurs einbringen. In einer solcherart gemeinsamen Aktion können wesentliche Gestaltungsanforderungen formuliert werden, die bei der Fortentwicklung der technischen Anwendungen einfließen.

Dazu ist nicht nur die Partizipation breiter gesellschaftlicher Kreise notwendig sondern auch auf der wissenschaftlichen Ebene der Technikbewertung ein breiter disziplinenübergreifender Diskurs. Nur so können soziale, ökonomische und naturwissenschaftliche Aspekte in die gemeinsame Evaluation eingebracht werden.

Ich habe diese Methode gewählt, weil ich sowohl einen tiefen Einblick in den Gestaltungsprozeß erzielen wollte als auch eine ausholende Beurteilung der Anwendbarkeit und ihrer Folgen durchgeführt und auch miteinander verzahnt habe. Nicht zuletzt ist die gewählte Methode wohl auch der Grund, daß nun die Idee des Grätzltelefon als ein Bestandteil des Radioprogrammes des Radiosenders mit der höchsten Reichweite in Wien

weiterlebt⁸⁷. Es ist mir durch die gewählte Methode zudem gelungen, eine Entscheidungsgrundlagen für eine Rundfunkanstalt bereitzustellen und die Gestaltung des Telematikdienst so zu beeinflussen, daß er in einem solchen Kontext einsetzbar ist.

⁸⁷ Das Radio Wien führte im Sommer 1997 ein diesbezügliches Pilotprojekt für das „Triesterviertel“ durch und plant eine Erweiterung auf weitere Bezirke.

LITERATUR

- Alton-Scheidl, Roland (1993): Online- und Sprachbox-Dienste als Massenmedien. Effekte und Diffusionsfaktoren zweier Technologien im empirischen Vergleich.. In: Angelika Volst (Hrsg.), Information und Macht - Preceedings zum 13. Österreichischem Soziologenkongreß in Klagenfurt. Reihe Soziologie 1993. S. 39-52. IHS: Wien.
- Alton-Scheidl, Roland (1994): Gestaltungsvarianten für Audiotexdienste. Unveröff. Arbeitspapier.
- Alton-Scheidl, Roland (1995): Die sozialverträgliche Netzwerk-Variante. In: Karl Gerbel, Peter Weibel (Hg.): Mythos Information - Welcome to the Wired World. Katalog zur ars electronica 95. Wien, New York: Springer. 1995.
- Alton-Scheidl, Roland (1996a): Gehsteignetz an der Datenbahn - Bericht über den Feldversuch "Grätzltelefon". In: TA-Rundschau - Blätter der Gesellschaft für Technikfolgen-Abschätzung, Ausgabe 1/96, Schwerpunktthema Datenautobahn und Multimedia, p11-17. Halle 1996. Weiters veroeffentlicht in: Soziale Technik 3/96, p14-19.
- Alton-Scheidl, Roland (1996b): A Sidewalk Network on the Data Superhighway. Report of the Field Test: Neighborhood Telephone. Referreed paper for the Internet Society at the INET'96 in Montreal, Canada. Published on CD-ROM.
- Arzberger, Klaus u.a. (1980): Beteiligungsverhalten und Gemeindegröße. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, 1980, 78-92.
- Baudrilard, Jean (1978): Politik und Simulation. In Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen. Merve: Berlin.
- Bauer, Johannes M. / Latzer, Michael (Hrsg.) (1993): Nützliche Verbindungen. OCG Schriftenreihe: Österreichische Computergesellschaft (Hrsg.) Reihe 66. Oldenbourg: Wien.
- BüroBert (1993): Copyshop. Kunstpraxis & politische Öffentlichkeit. Edition ID-Archiv: Berlin-Amsterdam.
- Canzler, Weert; Helmers, Sabine; Hoffmann, Ute (1995): Die "Datenautobahn" - Sinn und Unsinn einer populären Metapher. In: Forum Wissenschaft, 12. Jg., Nr. 1, S. 10-15.
- Chomsky, Noam and Edward Herman. (1988) Manufacturing Consent - The Political Economy of the Mass Media. Pantheon Books. New York, NY.
- Cisler, Steve. (1993) Community Computer Networks: Building Electronic Greenbelts. Apple Computer, Inc. Cupertino, CA.
- Dahrendorf, Ralf (1974a): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.

- Dahrendorf, Ralf (1974b): Fundamentale und liberale Demokratie: Über Teilnahme und Initiative in der modernen Politik. In: Buck, Hans-Robert: Demokratie. Studententexte zur Auseinandersetzung mit dem demokratischen System. München, p 103-117.
- Dutton, William H. (1992): Political Science Research on Teledemocracy. In: Social Science Computer Review, Winter 1992, p 505-522. Duke University Press.
- Edelmann, M. (1990): Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Campus: Frankfurt/New York.
- Ellis, C.A.; Gibbs, S.J.; Rein, G.L. (1991): Groupware - Some Issues and Experiences. In: Bd. 34,1. Communications of the ACM.
- Esslin, Martin. (1980) Mediations: Essays on Brecht, Beckett and the Media. Grove Press, New York, NY.
- Frisch, Elisabeth (1994): Interaktive Bürgerinformationssysteme. Mit einer empirischen Untersuchung zur Akzeptanz des Hamburger Direkten Bürger-Information-Systems DiBIS. Diplomarbeit, Konstanz.
- Foucault, Michel (1988): Social Security. In: M.F.: Politics. Philosophy. Culture. Interviews and other Writings 1977-1984. New York, London.
- Goel, Lal M. (1980): Conventional Political Participation. In: Smith, David H. et al.: Participation in Social and Political Activities. A Comprehensive Analysis of Political Involvement, Expressive Leisure Time and Helping Behaviour. London. p. 108-132.
- Goldberg, Kim. (1990) The Barefoot Channel: Community Television as a Tool for Social Change. New Star Books, Vancouver, British Columbia.
- Grantham, Charles E. with Larry D. Nichols (1993): The Digital Workplace. Designing Groupware Platforms. Van Nostrand Reinhold: NY.
- Habermas, Jürgen (1979): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1982): Vorstudien und Ergänzungen zu einer Theorie des kommunikativen Handelns. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1990, 1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Held, David (1987): Models of Democracy. Polity Press: Cambridge.
- Hellige, Hans Dieter (1996): Technikleitbilder auf dem Prüfstand. Sigma: Berlin.
- Hiltz, Starr Roxanne. (1984) Online Communities. Ablex Publishing, Norwood, NJ.

- Hochgerner, Josef (1986): Arbeit und Technik. Einführung in die Techniksoziologie. Reihe Soziologie: Hegner, Friedhart; Nowotny, Helga; Rammstaedt, Ottheim (Hrsg.). Kohlhammer: Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Latzer, Michael; Thomas, Graham (eds.) (1994): Cash Lines. The Development and Regulation of Audiotex in Europe and the United States. Het Spinhuis Publishers: Amsterdam.
- Latzer, Michael (1997): Mediamatik. Die Konvergenz von Telekommunikation, Computer und Rundfunk. Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Lee Sproull and Sara Kiesler (1991): Connections - New ways of working in the networked organization. MIT Press: Cambridge/London.
- Lotter, Wolf; Schmiederer Ernst (1993): Leben im Cyberspace. profil Nr. 46/1993, p 76ff
- Luhmann, Niklas (1969): Komplexität und Demokratie. Zu Frider Naschold "Demokratie und Komplexität". In: PVS, 2-3/1969, p 314-325.
- Lukawetz, Ger[har]d (1993): Mailboxen als Kommunikationsmedium für Jugend-, Sozial- und Bürgerinitiativen. Eine Feldstudie zu laufenden und geplanten Projekten. In: Angelika Volst (Hrsg.): Information und Macht, Preceedings. Ad-hoc-Gruppe im Rahmen des 13. Oesterreichischen Kongreßes für Soziologie. Forschungsberichte, Institut für Höhere Studien, Reihe Soziologie.
- Mambrey, Peter (1996): Digitale Partizipation der Bürger. Ein Plädoyer für die Nutzung neuer Optionen. In: FiFF-Kommunikation 4/96, p10-17. Zeitschrift des Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Schwepunktheft „Computer und Demokratie“.
- Martinsen, Renate; Melchior, Josef (1993): Sozialverträgliche Technikgestaltung als neue Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Institut für Höhere Studien: Wien.
- Matthew Rapaport (1991): Computer Mediated Communications. Bulletin Boards, Computer Conferencing, Electronic Mail, and Information Retrieval.. John Wiley: New York.
- Maurer, Hermann (o.J.): Sklaverei in Österreich? oder Obst in die Parks! Die Dokumentation einer elektronischen Diskussion. Fric: Wien.
- McClure, Charles M. (1993) Network Literacy in an Electronic Society: An Educational Disconnect. In publication. Forthcoming, Aspen Institute Quarterly.
- McLean, Iain (1986); Mechanisms for Democracy. In: Held, David; Pollitt, Christopher: New Forms of Democracy. SAGE: Beverly Hills, Newbury Park, New Delhi.
- Mizunashi, Jun et al (1993): MAP&ROOM: A Concept of Spatial User Interface for Accessing Network Services. In: Grechenig, Thomas et al (eds.), Human computer interaction : Vienna Conference,

- VHCI '93, Fin de Siècle, Vienna, Austria, September 20-22, 1993 (proceedings) S. 235-246. Springer: Berlin.
- Münch, Richard (1991): Dialektik der Kommunikationsgesellschaft. Suhrkamp: Frankfurt.
- Naschold, Frieder (1971): Organisation und Demokratie. Untersuchungen zum Demokratiepotehtial in komplexen Organisationen. Stuttgart.
- National Public Telecomputing Network. (1993): A Guide to the Development of FreeNet Community Computer Systems. National Public Telecomputing Network. Moreland Hills, Ohio
- New York City Department of Telecommunications and Energy. (1993) The I-NET: A Telecommunications Super Highway for the Next Century. Project brochure. New York, NY.
- Parkum, Kurt H.; Parkum, Virginia C (1980): Citizen Participation in Community Planning and Decision Making. In: Smith, David H. et. al: Participation in Social and Political Activities. A Comprehensive Analysis of Political Involvement, Expressive Leisure Time and Helping Behaviour. London.
- Pickering, Jeanne and John Leslie King. (1992.) Hardwiring Weak Ties: Individual and Institutional Factors in Computer- Mediated Communication. Proceedings of the 1992 Computer Supported Cooperative Work Conference, Toronto.
- Rager, Günther (1982): Publizistische Vielfalt im Lokalen. Eine empirische Analyse. Tübingen 1982.
- Rammert, Werner (1993): Braucht die Technikfolgenabschätzung eine Integration in die Künstliche Intelligenzforschung? Berlin. Vortragsmanuskript.
- Renckstorf, Karsten; Ehmcke, Alex (1985): Landesprogramme von Hörfunk und Fernsehen in Hamburg. Eine empirische Studie zur Weiterentwicklung regionaler Programmangebote. Hamburg 1985.
- Rheingold, Howard. (1993) Virtual Communities. Addison-Wesley, New York, NY.
- Roderick, Rick (1986): Habermas und das Problem der Rationalität. Argument: Hamburg.
- Ropohl, Günter (1994): Die gesellschaftstheoretische Strukturdebatte und die Technikbewertung. In: Weyer, Johannes, Theorien und Praktiken der Technikfolgenabschätzung Profil: München, Wien.
- Schatz, Heribert (1978): Zum Stand der politikwissenschaftlich relevanten Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bermbach, Udo (Hg.): Politische Wissenschaft und politische Praxis. PVS Sonderheft 9/1978, p. 434-454.
- Scheidl, Roland (1990): Kommunikation in der telematischen Gesellschaft. Diplomarbeit an der TU Wien. Forschungsgesellschaft Informatik (Treitlstraße 3, A-1040) Wien.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (1993): Interpersonale Kommunikation und Massenkommunikation als Instanzen der Politikvermittlung. In: Institut für Staats- und Politikwissenschaft, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 22. S. 445-462. Gutenberg: Wiener Neustadt.

- Schumpeter, Joseph A. (1972): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München.
- Schwiderowski, Peter (1989): Entscheidungsprozesse und Öffentlichkeit auf der kommunalen Ebene. Erweiterte Bürgerbeteiligung durch die Nutzung neuer lokaler Medien? Beiträge zur Kommunalwissenschaft: Voigt, Rüdiger (Hrsg.) Reihe 28. minerva: München.
- Senneth, Richard (1991): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Fischer: Ffm.
- Seidel, Reinhard; Haacker, Dieter; Alton-Scheidl, Roland (1995): Österreich Online. Ein interaktives Handbuch. PUBLIC VOICE: Wien.
- Toffler, Alvin (1990): Machtbeben (engl.: Powershift) - Wissen, Wohlstand und Macht im 21. Jahrhundert. ECON: Düsseldorf/Wien/New York.
- Ucakar, Karl (1991): Direkte und indirekte Demokratie in Österreich auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Dokumentation der rechtliche Lage. Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum (KDZ), Wien.
- U.S. Dept. of Commerce. (1993) Agenda for Action: Information Infrastructure Task Force. U. S. Government Printing Office, Washington, D. C.
- Volst, Angelika (Hrsg.): Information und Macht, Proceedings. Ad-hoc-Gruppe im Rahmen des 13. Oesterreichischen Kongresses für Soziologie. Forschungsberichte, Institut für Höhere Studien, Reihe Soziologie
- Wagner, Ina (1993): Kooperative Medien. Informationstechnische Gestaltung moderner Organisationen. Campus.
- Wagner, Ina (1993): Kooperative Medien. Informationstechnische Gestaltung moderner Organisationen. Campus: Frankfurt, New York.
- Warren, Jim (1994): How citizens can pursue practical, potent, grassroots political action - net-based, computer-aided. In: Computer Underground Digest, Vol. 6, Issue 25, ISSN 1004-042X, File 3.

Telematisch zugängliche Quellen

Die Quellenangaben enthalten Namen und gegebenenfalls E-Mail-Adressen der Autoren bzw. Autorinnen und den URL ("Uniform Resource Locator", ein Adressierungsschema im Internet) des Dokuments oder Dienstes, aus dem die Information bezogen wurde. Falls für das zur notwendige telematische Verfahren kein URL existiert (Listserver beispielsweise), wird es verbal beschrieben.

- Alton-Scheidl, Roland (1993): Redesigning the Concept of Bulletin Board Systems: Towards the Needs of an Emerging Mass Media.. In: The Arachnet Electronic Journal on Virtual Culture 1993. Send E-Mail to LISTSERV@KENTVM.KENT.EDU with message GET SCHEIDL V1N4.
- Barber, Putnam (1994) in: Communet am 29.6.1994
- Bradshaw, Chris (1994) in: Communet am 10.7.1994
- ders. (1995) in: Communet am 1.2.1995
- Casapulla, G., De Cindio, F, Gentile, O. (1995): The Milano Civic Network and its Roots in the Town. Zu beziehen über ein Bulletin Board System mittels FirstClass-Client oder die <URL: telnet://rcm.dsi.unimi.it:3004>
- Center for Civic Networking (o.J.): Einleitungstext im Gopherserver <URL: gopher://gopher.civic.net: 2400/>
- Center for Civic Networking (1993): A National Strategy for Civic Networking: A Vision of Change
- Civille, Richard, Miles Fidelman, John Altobello (1993) A National Strategy for Civic Networking: A Vision of Change
- Communet – Community and Civic Network Discussion List. Erreichbar durch; Subscription durch eine E-Mail an den Listserver <listserv@uvmvm.uvm.edu> mit der Textzeile “sub communet (Vor- und Zunahme)”
- Gauthier, Michelle (1992): "The Non-Profit Association's Guide to the FreeNet: A New Model for Member and Public Relations" <URL: ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/0492.gauthier>
- Hallman, Judy <judy_hallman@unc.edu> (1994) Community Informations Systems <URL: ftp://sunsite.unc.edu/pub/docs/about-the-net/cwis/communets.>
- Hanna, Tom (1995) in: Communet 5.7.1995
- Kennedy, Garry (1993): "Theory and the Development of Alternative/Oppositional Communities" <URL: ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/1793.kennedy>
- McGuinness, Bill (1992): "All the News that's Fit to Transmit: Policy Considerations for Community Networks Delivering Electronic News" <URL: ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/0792.mcguinness>
- Moretti, Steve (1992): "The Ottawa Board of Education and the National Capital FreeNet" <URL: ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/0592.moretti>
- Pietrykowski, Winnie (1993): "Making Connections: Public Telecomputing Policy in the Nineties" <URL: ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/1493.pietrykowski>

- Plaetevoet, Rene (1992): "The National Public Telecommunication Network (NPTN): A Mission to Establish Free and Open Access Community Computing Systems" <URL: <ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/1092.plaetevoet>>
- Reddick, Andy (1992): "Policy Issues in the Public Access to Data Communications" <URL: <ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/1192.reddick>>
- Wichers, Karen (1992): "Governments and FreeNets: Speculation on Communication Technology and Democracy in the 21st Century" <URL: <ftp://alfred.carleton.ca/pub/FreeNet/working.papers/0392.wichers>>

ANHANG A: Expertenstatements

Im Mai 1995, also nach Vorliegen eines Zwischenberichtes und der Ergebnisse des Feldversuches, habe ich in Zusammenarbeit mit Gerhard Lukawetz Experten aus der Wissenschaft gebeten, ihre Einschätzung für das Anwendungsspektrum neuer Medien für eine politische Erneuerung darzustellen. Die Interviewpartner waren: Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher, Dr. Michael Latzer, Dr. Sonja Puntscher Riekmann, Univ.-Prof. Dr. Ucakar und Dr. Hans Zeger.

A.1. Expertenstatement von Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher

Ernst Gehmacher ist Geschäftsführer des Instituts für Empirische Sozialforschung (IFES) und seit Jahrzehnten in der Politikberatung tätig.

Herr Gehmacher, wir haben Ihnen nun einige Anrufe beim Grätzeltelefon vorgespielt. Was halten Sie davon?

Zu einem solchen Medium stellen sich zunächst zwei Fragen:

1. Wieweit kann damit von der Bevölkerung politischer Einfluß ausgeübt werden?
2. Wird das Medium von den politischen Vertretern auch wirklich beachtet? Reagiert die Politik überhaupt darauf?

Es ist wesentlich, eine direkte Konfrontation der Politik und Verwaltung mit den Bewohnern herbeizuführen. Dazu müssen Politiker aber auch verbindlich reagieren, wenn Probleme über das Medium aufgeworfen werden. Sonst verkommt es zu einem Instrument, mit dessen Hilfe Benutzer zwar kurzfristig Ärger loswerden können ("Klagemauer"), von dem sie aber keine Wirkung oder keinen Einfluß erhoffen können. Damit büßt das Medium aber in kurzer Zeit seine Glaubwürdigkeit ein.

Man könnte eine Wirkungsskala aufstellen: Die reicht von Null - es gibt zwar die Möglichkeit Unmut zu äußern, jedoch erfolgen keinerlei Reaktionen – bis zu fünf: eine unmittelbare Reaktion oder ein Verfahren wird von den politischen Institutionen eingeleitet.

Wirkungsskala für telematische Bürgerbeteiligungsmedien:

- 0 - keine Reaktion der Politik, Benutzer können nur Ärger abladen
- 1 -
- 2 -
- 3 - Reaktion wird zunehmend von Politik beachtet
- 4 -
- 5 - Aktion, Verfahren wird eingeleitet (Schwellenwert ist überschritten)

Als Zwischenstufe wäre beispielsweise denkbar, daß Bevölkerungsreaktionen registriert und ausgewertet werden. Das hat dann eher die Funktion einer Stimmungsumfrage in der Bevölkerung.

Wenn aber eine größere Anzahl von Personen ein bestimmtes Thema anspricht, angenommen, es kämen für ein kleines Gebiet schon 100 gleichlautende Anrufe, dann sollten sich die verantwortlichen Politiker verbindlich darauf festlegen, etwas zu tun. Das wäre eine wesentliche Motivation für die Nutzung eines solchen Mediums.

Das Medium selbst hat mit Bürgernähe eines Politikers noch wenig zu tun. Doch bürgernahe Politiker werden es gern und mit Einfühlung benützen. Bürgernähe heißt ja, daß ein Politiker unmittelbar reagieren sollte. Er oder sie muß hingehen, anschauen und handeln, eine Versammlung einberufen oder einen Bautrupps hinschicken. Es können dabei auch kontroversielle Standpunkte in der Bevölkerung aufgezeigt werden. Beispielsweise bei einer Straße die für den Durchzugsverkehr geschlossen werden soll, was die Anrainer befürworten, aber nicht diejenigen die dann einen Umweg fahren müssen und andere Straßenzüge umweltmäßig belasten.

Wie stellt sich für Sie die Frage bezüglich Legitimität und Mißbrauch des Instruments?

Die Frage der Legitimität des Mittels ist unproblematisch. Welche Art von "Mißbrauch" ist vorstellbar? Selbst wenn Personen mehrere Male vielleicht mit verstellter Stimme sich zu Wort melden, fällt das insgesamt in der längerdauernden Diskussion um ein Thema nicht so

sehr ins Gewicht. Das ist ähnlich wie mit Unterschriftenlisten; das ganze ist ein Willensausdruck der Bevölkerung. Daher ist auch "organisiertes Anrufen" kein Mißbrauch.

Wir müssen fragen: "Was ist die Absicht des Mediums"? Insgesamt könnte man drei Effekte oder Funktionen eines derartigen Mediums nennen:

1. Funktion: Bürgerbeteiligungsmodell mit Partizipationseffekt

Die enge Kooperation ("das Interface") mit der Politik ist, wie erwähnt, das wesentlichste. Es müssen verbindliche Formeln und Mechanismen gefunden werden, wann und wie die Politik reagieren muß. Es würde sich sehr rasch herumsprechen, wenn das Medium nichts bewirkte, wenn niemand reagiert. Wenn sich erst die Meinung breit macht, das alles helfe nichts, dann wäre es auch fatal für das Medium. Dazu gehört auch, daß das Medium neue Öffentlichkeit erzeugt, also wie ein schwarzes Brett und nicht wie ein Briefkasten funktioniert.

Andererseits darf das auch nicht heißen, daß alles Gesetz wird, was an Forderungen artikuliert wird. Das wäre ein Mißbrauch. Wichtig ist nur eine *Reaktion*, eine Stellungnahme, etwa monatlich, zu den am häufigsten angesprochenen Themen. Und das verbindlich, auch wenn gesagt werden muß: "Das geht nicht, das ist zu aufwendig." In diesem Sinn Politiker zum Handeln zu bringen, das wäre nützlich. Das könnte auch die Konfliktkultur verbessern. Ein Medium wie das organisierte Grätzltelefon ist sicher besser als nur Sprechstunden. Es kommen Themen an die Oberfläche. Im Prinzip wird dasselbe, was bisher nicht öffentlich war, worüber aber ohnedies geredet wird, nun offenkundig. Bestehende Konflikte werden offengelegt. Die Debatte wird in den öffentlichen Raum gebracht. Das ist für die Politik eine Herausforderung, denn es bedeutet mehr Arbeit, mehr Auseinandersetzungen und mehr Gefahr, Wähler zu verärgern. Zudem bringt es der Opposition neue Informationen.

Würde die Politik nicht reagieren, würde der Audiotextdienst nur als "Ausschleimsystem" funktionieren, dann müßte davon die Opposition profitieren. Diese Dynamik *zwingt* die Mehrheitsfraktion zum politischen Handeln. Damit selektiert das Medium aber auch Politiker und verschafft jenen Vorteile, die mit dem Medium umgehen können und bereit sind, etwas zu tun, also Lösungen und Kompromisse durchzusetzen.

Die Frage ist berechtigt, ob *nur* die Politiker reagieren sollen, oder ob es neue Rollen, etwa jene des Moderators, geben sollte.

2. Funktion: soziale Kontaktfunktion, Partnersuche

Nachteil ist hier, daß kaum ein unmittelbarer echter Dialog der Benutzer stattfindet, weil diese zeitversetzt anrufen. Dialog wird vor allem unter stark Motivierten aufkommen. Das deckt sich mit der Beobachtung, daß solche Netze für Menschen mit spezifischen, ausgeprägten Interessen da sind. Doch bilden sich dabei auch Kontakte.

Für ein unmittelbares Erlebnis, einen spontanen Ärger, eine augenblickliche Erregung ist diese Kommunikationsform weniger geeignet. Wenn jemand zum Beispiel von einem Beamten schlecht behandelt worden ist, und er macht sich über dieses Medium Luft, benötigt er eine unmittelbare Reaktion. Eine Möglichkeit wäre aber, zu bestimmten Zeiten zu spezifischen Themen Menschen mit den gleichen Interessen dann persönlich einzuladen - zur Aussprache und Begegnung.

Das Motiv der Partnersuche kann sehr stark sein, vor allem in Verbindung mit besonderen Interessen. Gerade diese Eigenschaft, über alle geographischen Grenzen hinweg Gemeinschaften zu bilden, ist ja der eigentliche Grund für den Erfolg des Internets. In der postmodernen Politiktheorie wird dieser Effekt "Hyperdifferenzierung" der Gesellschaft genannt: Die Gesellschaft differenziert sich in immer mehr neue Gruppen mit "eigenen" Interessen.

Auch im lokalen Bereich können sich Leute mit gleichen Interessenslagen finden. So könnten etwa Nachtarbeiter Verbündete zur Durchsetzung eines Nachtbusdienstes suchen. Das wäre dann wieder eine partizipatorische Funktion. Auch organisierte Aktionen einer Betroffeneninitiative auf diesem Medium sind legitim.

Es lassen sich spontan einige Personengruppen beziehungsweise Interessen nennen, die sich in dieser Weise organisieren lassen:

- alleinstehende Mütter
- Nachtarbeiter
- Sporttreibende
- Infrastrukturbedarf
- Sicherheitsinteresse: Angst vor Überfällen in entlegenen Gegenden
- Einkaufszeiten
- Nachbarschaftshilfe anbieten

Das Medium übernimmt ganz ähnliche Funktionen wie früher ein Verein. Wichtig ist das Anknüpfen an bestehende Diskussionen und Interessenslagen.

Es sollten zusätzliche Diskussionsforen angeboten werden - sogar mit Abstimmungen. Je höher die Partizipationsmöglichkeit, desto mehr entsteht eine "Community".

3. Funktion: sich (nur) aussprechen können

Das ist eine Möglichkeit, nur für jene, die sich sonst nur wenig aussprechen können – Isolierte.

Natürlich können solche kommunalen Audiotextdienste auch ein Ventil für gequälte Seelen und – was zum Problem werden kann – auch für "Berufsraunzer" werden. Ob das aber die Aggressivität weiter steigert oder eher zum Abregieren führt, ist eine ungelöste Frage. Auch eine kollektive Aktion der Destruktiven, die nur schimpfen wollen, ist denkbar, aber die schimpfen ohnedies, auch ohne Netzwerk.

Öffentliche Diskussionsforen in telematischen Medien stellen ihre Benützer meist vor das Problem, in der Fülle der aufgesprochenen Beiträge die aussagekräftigen und interessanten herauszufinden. Wir haben als Lösung vorgeschlagen, daß die Systemnutzer die gehörten Beiträge bewerten können. Diese Wertungen können anderen Personen bei der Auswahl der anzuhörenden Statements eine Hilfestellung bieten.

Eine Reihung und Bewertung der aufgesprochenen Beiträge, wie sie bei eurem Feldversuch konzipiert worden ist, halte ich für eine gute Idee. Je mehr kollektive Entscheidungen getroffen werden desto besser, desto mehr wird Partizipation angeregt. Selbstverständlich muß durch die Konzeption des Systems sichergestellt sein, daß Bewertungs- und Reihungsfunktionen für alle leicht handhabbar sind. Aber das ist eine technische Voraussetzung. Das muß einfach von den Technikern so gestaltet sein. Darum soll man sich nicht kümmern müssen.

Natürlich ist so eine Bewertung von aufgesprochenen Meinungen und Anregungen keine Wahl, die eine verbindliche politische Entscheidung ist, aber sie ist eine Willenskundgebung der Bevölkerung.

Wir hatten jenen Bereich im Grätzltelefon, in dem die Benutzer eigene Beiträge aufsprechen konnten – das “Bassenatratscherl” – inhaltlich sehr offen gehalten. Wir stellen uns nun die Frage, ob sich die Diskussionen stärker um Vorschläge zur lokalen Stadtentwicklung konzentriert hätten, wenn wir Themen direkter vorgegeben hätten..

Anstehende Themen kann man vorgeben, aber es sollte immer einen Platz für offene Themenwahl geben. Dort können sich neue Bereiche entwickeln und wenn sie Resonanz finden, sind neue fixe Themenbereiche gefunden.

Wie schätzen Sie den Stellenwert von Informationsangeboten im Grätzltelefon ein?

Der Informationsteil eines solchen Mediums ist von eher geringer Bedeutung. Das hat ja auch Euer Feldversuch gezeigt. Jeder wird ohnedies von Information überflutet. Informationsbeschaffung durch telematische Medien verlangt von Benutzer mehr Aktivität, daher ist auch mehr Motivation nötig. Informationsangebote sind nur dort angezeigt, wo sie im zentralen Themenzusammenhang der Box stehen oder wo sie aktuelle Informationsbedürfnisse der Benutzer aufgreifen. Viel wichtiger ist, daß sich über das Medium neue Communities von Gleichgesinnten oder Betroffenen bilden können.

Wie sehen Sie die Akzeptanz- und Verbreitungschancen derartiger neuer Medien?

Ob die Diskussions-, Bewertungs- und Informationsangebote genutzt werden, hängt wesentlich von den Lernerfordernissen ab. Wenn der Umgang mit dem Instrument leicht zu erlernen ist, werden die Möglichkeiten genutzt werden.

Ein Schritt weiter ist das Schreiben. Sich richtig schriftlich ausdrücken zu können, verlangt schon fast Maturaniveau. Gerade beim Schreiben fürchten viele, sie könnten sich wegen mangelnder Fertigkeiten blamieren. Das ist ein wesentliches Hindernis für die Annahme von solchen Systemen.

Die Frage ist, inwieweit grundlegende Computerkenntnisse bzw. die Benützung grundlegender Computerdienste nicht schon in der Volksschule vermittelt werden sollten. Damit würden auch textbasierte Medien “volksnäher”, das heißt von breiteren Bevölkerungskreisen akzeptiert werden. Die wichtigste Frage im Zusammenhang mit allen telematischen Medien ist: “Wie lange dauert es, bis du das System bedienen kannst?”

Generell halte ich Eure Bemühungen für sehr wichtig. Ich glaube, daß dieses Medium einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Mitbestimmung in der Demokratie leisten kann.

A.2. Expertenstatement Dr. Michael Latzer

Michael Latzer ist Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sozioökonomie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und im Bereich Technology Assessment für Telekommunikation tätig. Er hat sich in seiner bisherigen Forschungstätigkeit eingehend mit sprachbasierten telematischen Medien beschäftigt.

Wie beurteilst Du die demokratische Zielsetzung dieses Audiotexdienstes?

Ich bin skeptisch, daß elektronische bzw. telematische Medien der optimale Ansatzpunkt für demokratiefördernde Maßnahmen sind. Ausgangspunkt darf nicht ein Medium sein, sondern die Politik.

Österreich hat das Problem, daß es keine Kultur und keine Tradition der Bürgerbeteiligung hat. Die kann nicht geschaffen werden, indem nur einfach ein neues Medium zur Verfügung gestellt wird. Zunächst bedarf es des politischen Willens, Partizipation überhaupt zulassen zu wollen. Dann erst müssen alle Beteiligten lernen damit umzugehen. Das neuartige politische Agieren in der ungewohnten Medienumgebung schafft eine zusätzliche Schwelle.

Vorerst wäre zu fragen: "Gibt es einen Bedarf an politischer Partizipation?". Wenn es einen gibt, wäre als nächstes zu diskutieren, mit welchem Medium bzw. Medienmix er optimal kanalisiert werden kann. In Österreich scheint es mir an einer Abstimmung von demokratie- und medienpolitischen Zielen zu mangeln. Auch beim Audiotexdienst fehlt mir das politische Konzept, die Zielsetzung der Nutzung.

Das ist auch für die Akzeptanz und damit weitere Diffusion telematischer Medien allgemein ein entscheidender Faktor. Wenn die Inhalte nicht stimmen, wenn es kein Konzept gibt, dann ist das "rufschädigend" für die ganze Technologie.

Ausländische Modelle dürfen nicht einfach übernommen werden. Bei der Interpretation aktueller amerikanischer Erfahrungen ist beispielsweise zu beachten, daß es dort bereits eine jahrzehntelange Tradition des Einsatzes von lokalen Informationssystemen und lokalem Kabel-TV gibt.

Aber ist nicht gerade das telefonbasierte Medium Audiotex eines, das eine besonders niedere Zugangsschwelle zu – in unserem Fall – politischer Partizipation bietet?

Es ist zu fragen, ob das Medium Audiotex für *diesen* Zweck das optimale ist. Ich halte es nicht für den zu bevorzugenden Übermittlungskanal: Dazu ist die gesprochene Sprache (allein) zu beschränkt. Es fehlt der visuelle Kanal zur Unterstützung. So wird bereits das Screening der angebotenen Informationen zum zeitaufwendigen Vorgang. Das Verhältnis zum erzielten Nutzen ist gering. Hier bestehen vor allem in der Interaktion mit dem Benutzer Schwächen. Audiomedien ersetzen nicht die schriftliche Information. Das Durchblättern und Lesen einer Broschüre ist auch zeitlich effizienter. Das Argument, daß die gesprochene Sprache einen einfachen und “durchlässigeren” Zugang zu den Inhalten ermöglicht, trifft wahrscheinlich nicht zu. Wirkliches “Verstehen” ist ungefähr gleich schwierig wie lesen.

Sicher eignen sich telematische Einrichtungen zum Lobbying und als Mittel zur Meinungsbildung. Doch muß man sich gleich nach der Chancenverteilung beim Medienzugang fragen. Wie sieht es da mit der Repräsentativität aus? Sind die Ausgrenzungen nicht sogar viel weitgehender als bei den traditionellen Techniken der demokratischen Willensbildung? Man darf nicht die Hoffnung schüren, daß der Zugang um so vieles breiter wird. Ich sehe auch kein Mittel, um Betrug bei Telefonabstimmungen zu verhindern. Selbst bei so umfassend kontrollierten Vorgängen wie herkömmlichen Wahlen passieren Betrügereien.

Telematische Medien sind *ein weiteres* Medium, in dem Meinungsbildung passieren kann – neben TV und Zeitung. Nur: was ist der zusätzliche Nutzen gegenüber diesen?

Liegt der nicht gerade im interaktiven Aspekt. Nirgendwo sonst haben so viele Menschen so einfach die Möglichkeit – von zuhause aus, sogar ohne Computer, nur mithilfe eines Telefons - Information und Meinung zu verbreiten.

Die Zukunft liegt sicher in einer Kombination der Medien: telematische, herkömmliche elektronische und Printmedien. Aber auch hier fehlt eine gewachsene Kultur des Umgangs, vor allem mit den elektronischen Medien. Die Erwartungen an ein Audiotexdienst sollten nicht zu hoch geschraubt werden. Der wesentliche Beitrag derartiger Pilotprojekte liegt beim Erlernen des Umgangs mit neuen Medien - auf der Angebots- und Nachfrageseite. Das ist wichtig genug und legitimiert solche Projekte.

Letztlich muß man auch an die Medienkonkurrenz und den optimalen Medienmix denken, vor allem im lokalen Raum. Wenn es Lokalradio und interaktives lokales Kabel TV gäbe, bräuchte man dann einen Audiotexdienst zur Verbreitung politischer Informationen und Meinungen? Sollte nicht die Medienpolitik *da* ansetzen?

A.3. Expertenstatement Dr. Sonja Puntsher Riekman

Sonja Puntsher Riekman (ehemalige Programmkoordinatorin der Grünen) ist Demokratietheoretikerin und arbeitet derzeit an der Forschungsstelle für Sozioökonomie an einem Projekt über das Europa der Regionen.

Wie beurteilst Du die Verwendungsmöglichkeiten neuer Medien für den Prozeß der Demokratieerneuerung?

Mir erscheint vor allem der Aspekt der Verfügbarkeit von Netzwerktechnologien ein zentrales Thema. Gerade die EU-Politik, die den Ausbau von Telematikdiensten als ein vorrangiges Ziel betreibt, stimmt diese nur in geringem Maß auf jene sozialen Felder und Gruppen ab, die zunächst keinen Zugang zur notwendigen Infrastruktur haben. Mich interessiert an dem Projekt, welche Nutzergruppen an solchen interaktiven Telefondiensten mit lokalen Themen besonderen Gebrauch machen, welche davon ausgeschlossen bleiben, und inwiefern sich im Rahmen dieser Kommunikationsformen Herrschaftsmodelle verändern.

Ich glaube, es ist wichtig festzuhalten, daß sich die Bevölkerung nicht vom politischen Geschehen abwendet, wie Ihr vermutet. Die Kritik an der Parteienherrschaft; an der Intransparenz von Entscheidungsstrukturen, an der Entfernung der politischen Klasse von jenen, die sie vertritt, würde ich nicht voreilig als Entfremdung vom politischen Geschehen bewerten, sondern als Protesthaltung, die sich zwar vielfach nur an einzelnen Punkten entzündet und sich nicht programmatisch und systematisch artikuliert.

Die Fragen, die sich für mich in diesem Zusammenhang stellen, lauten: Könnte über diese Medien ein neues Verständnis für die moderne Komplexität von Politik vermittelt werden? Könnte das Demokratieverhalten gefördert werden? Zumindest das Zuhören und Artikulieren? Denn was Kommunikationsfähigkeit fördert, wird auch Demokratie fördern.

Netzwerkmedien können demokratische Prozesse stimulieren, aber auch bloß Scheinpartizipation erlauben. Klar scheint mir, daß damit die Politik herausgefordert wird.

Wie soll die Netzwerkwelt mit der politischen Welt ineinandergreifen?

Ein demokratisches politisches System benötigt intermediäre Strukturen, um das Volk, als Summe von disparaten Interessenträgern, von seinen unmittelbaren und partikularen Wünschen zu distanzieren, um Mehrheiten, Kompromisse und allgemeinere Lösungen zu ermöglichen. Das Modell einer partizipativen Demokratie ist daher in ein republikanisches Regelwerk einzubinden, in dem Freiheit, Gleichheit, Kontrolle, etc. gewährleistet werden. Es ist wichtig, beide Seiten moderner Verfassungsdemokratien zu sehen: Demokratie ist die eine, die *res publica*, die strukturierte und verfaßte Öffentlichkeit die andere. Insofern bin ich skeptisch gegenüber dem "permanenten Plebiszit".

Wichtige Gestaltungsfragen im Bereich der neuen Netzwerkmedien sind jene nach den Interessen der Anbieter und der Benutzer. Damit ist auch die Frage nach den Verantwortlichkeiten und die Identifikationsmöglichkeit mit Normen gestellt. Es ist dort, wo es nicht nur um den Tausch von Informationen, sondern um eine wirkliche Interaktion geht, zu überlegen, wer auf welche Weise Fragestellungen in diesen Medien stimuliert und entstehende Diskussionen strukturiert. Dies ist die Frage nach der Definitionsmacht, nach der Macht von Sprache überhaupt.

Wahrscheinlich eignen sich für Netzwerkmedien politische Themenbereiche, die persönliche Betroffenheit auslösen, also lokale Infrastrukturprobleme, Verkehrsangelegenheiten, Wohn- und Baufragen, Probleme des "multikulturellen" Alltags usw. Ob sich diese Medien auch für komplexere oder umstrittene Themen wie Verteilungsfragen oder Fragen der Ästhetik etwa im Architekturbereich eignen, wage ich zu bezweifeln. Überhaupt dürfen wir nicht vergessen, daß wir mit diesen Medien in eine literale Kultur zurückkehren, die auf traditionellen kulturellen Techniken beruht: des Lesens und Schreibens, der Rhetorik eben. Es sei denn, man gibt alle Macht dem Anbieter und reduziert die Gestaltungsfreiheit des Benutzers auf binäre Antworten.

A.4. Expertenstatement Univ.-Prof. Dr. Ucakar

Professor Karl Ucakar ist am Institut für Staats- und Politikwissenschaften der Universität Wien (Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät) tätig. Er ist Autor einer Reihe von Publikationen zum politischen System Österreichs und beschäftigt sich mit Demokratietheorie.

Herr Professor Ucakar, wir wollen Sie besonders zu demokratietheoretischen Implikationen von Bürgerbeteiligungsprojekten und deren Hilfsmittel – als solche wollen wir telematische Medien wie das “Grätzltelefon” verstanden wissen – befragen.

Zunächst möchte ich festhalten, daß ich voll auf dem Boden der Parteiendemokratie stehe. Parteien bleiben auch bei Vorhandensein neuer Informationstechnologien notwendig. Mit den neuen Medien kann kein richtiger Diskussionsprozeß zustande kommen. Dazu bleibt die persönliche Begegnung zu wichtig. Es kann doch wohl nicht sein, daß als Auswirkung des Grätzltelefons jetzt alle zuhause bleiben können und sich nicht mehr weiter um Demokratie und Mitbestimmung kümmern müssen, als es das System unterstützt.

Ich halte es für sehr problematisch, wenn derartige Partizipationsformen als Ersatz für die herkömmliche Demokratie ausgegeben werden. Es besteht die Gefahr, daß dann noch weniger Menschen zur Wahl gehen, weil sie ohnedies ihre Meinung ins Telefon gesagt haben.

Vor zehn bis zwanzig Jahren, als die Parteiendemokratie noch besser funktionierte, hat es noch mehr Kommunikation über Demokratie gegeben. Ich halte es für sehr wertvoll, daß sich Politiker zumindest parteiintern einer Diskussion stellen müssen. Dabei kommt es zu einer persönlichen und nicht vermittelten Auseinandersetzung zwischen Staatsbürgern und Volksvertretern. Menschen werden direkt informiert, werden zu Multiplikatoren und tragen die Diskussionen anschließend nach außen in das eigene persönliche Umfeld. Politiker sollten generell gezwungen sein, dem Volk gegenüber unmittelbar Stellung zu nehmen. Über Medien erfinden die Politiker nur Ausreden und kommen nicht mehr “ins Schwitzen”.

Basisinitiativen sind nur sehr teilweise ein Ersatz für Parteien. Sie sind im allgemeinen nicht auf langfristige Veränderungen der Gesellschaft sondern nur auf einzelne Sachfragen bezogen. Es geht ihnen weniger um die Gesellschaft an sich, sondern vielmehr um die Lösung eines meist lokalen Problems.

Ich sehe eigentlich keinen wirklichen Bedarf an so einem Medium. Es liegen ja im Gegenteil vorhandene Kapazitäten brach. Am ehesten könnte ich mir noch einen Nutzen vorstellen, wenn man zu Informationen kommt, die sonst nicht leicht erreichbar sind.

Diese Möglichkeit wollen wir aber mit Systemen wie das "Grätzltelefon" bieten. Da jede/r aufsprechen kann, was er/sie will, können auch Informationen verbreitet werden, für die es sonst kaum eine Veröffentlichungschance gibt.

Eignen sich, ihrer Meinung nach, diese Medien als Begleitinstrument zu Volksabstimmungen, um auf diese Weise eine Plattform für eine Diskussion im Vorfeld zu schaffen?

Ja, das kann ich mir vorstellen. Volksabstimmungen haben generell den Mangel, daß eine Entscheidung im Vordergrund steht, die Diskussion darüber aber für die meisten zu kurz kommt. Hier kann das Medium Abhilfe schaffen. Demokratie besteht aus Partizipation und Legitimation. Die Legitimation wird bei Wahlen gegeben, die Partizipation kommt meistens zu kurz. Neue Medien können aber nur dann einen positiven Einfluß entfalten, wenn man sie nicht einsetzt wie zum Beispiel Printmedien, indem man Fertigprodukte liefert, die nur zu konsumieren sind.

Ich halte es für notwendig, daß man abgegrenzte Themenbereiche vorgibt, wie Straßenführungen oder Infrastrukturausstattung. Man kann in diesen Medien über Sachfragen diskutieren aber nicht über die Gesellschaft an sich. Dennoch befürchte ich, daß kein rationaler Diskurs zustande kommt, sondern vorwiegend "aus dem Bauch" argumentiert wird. Stellen sie sich vor, was da passiert, wenn zum Beispiel über die Drogenproblematik diskutiert werden würde. Aber für bestimmte abgegrenzte Sachfragen sehe ich Dinge wie das "Grätzltelefon" als interessanten Versuch einen Diskurs zu verstärken.

Demokratie kann nicht erfunden werden. Demokratie ist ein historischer Prozeß. Ich hoffe, daß die neuen Medien nicht die vorhandenen Fehlinformationen potenzieren.

A.5. Expertenstatement Dr. Hans Zeger

Dr. Zeger leitet die ARGE Daten und ist Experte auf dem Gebiet des Datenschutzes.

Wie beurteilen Sie die Einsatzmöglichkeiten neuer Telekommunikationsmedien für die politische Partizipation?

Als gelernter Österreicher weiß ich, daß Bekundungen zur Bürgernähe seitens der Politik nicht sehr ernst zu nehmen sind. Ich erinnere mich an einen Wettbewerb der Stadt Wien, ausgerufen vom Bürgermeister Zilk, der Bürger möge doch die Stadt mitgestalten. Zahlreiche hervorragende Ideen wurden eingereicht, und von einer Jury bewertet. Letztlich wurde bloß ein einziger realisiert: die Lehnwände in manchen U-Bahnstationen, etwa bei der U2 Station Rathaus mit der Aufschrift: "Lehn' Dich an". Partizipation weckt stets große Erwartungen, macht Aufbruchsstimmung, die die Politiker gezielt einzusetzen wissen. Die Ergebnisse bleiben jedoch ernüchternd.

Betreiber von Online-Diensten oder Audiotexdienste stehen mit einem Bein im Kriminal. In welche Richtung entwickeln sich hier die Gesetze?

Die offenen Fragen der Regulierung sind sicher "der Knackpunkt" für die Realisierungschancen einer digitalen Stadt. Im Medienrecht ist klar festgelegt, welche Rechte und Pflichten ein Medienunternehmen hat. Auch Mailboxen sind im Sinne dieses Gesetzes ein Medium. Doch treffen viele Voraussetzungen, wie etwa eine definierte Herausgeberschaft, nicht zu, um im Mediengesetz vorgesehene Sanktionen wirksam werden zu lassen. Regulierungen müssen gewährleisten, daß wir uns auf einige soziale Funktionen verlassen können: Verbindlichkeit von Geschäftsvorgängen, Verlässlichkeit der Kommunikation, Konsumentenschutz, Verfolgungsmöglichkeit bei übler Nachrede etc.

Ich trete bei publikationsfähigen bzw. zur Veröffentlichung bestimmten elektronischen Informationen (Dateien, News-Beiträge, WWW-Pages usw.) für eine rigorose Identifizierungspflicht ein. Jeder Nutzer soll über eine Kennziffer oder eine E-Mail Adresse ausforschbar sein, um klare Haftungen zu haben. Dies muß nicht unbedingt der Autor sein, es kann dies auch eine verantwortliche Redaktion sein oder das verlegende Unternehmen. Ähnlich dem System der Autonummer. Vorerst bin ich anonym, aber jeder kann mich ausforschen und belangen. Nichtregulierung endet jedoch früher oder später im Abschalten eines Dienstes.

Aber die Netze leben doch zum Teil von diesem Versteckspiel der Nutzer, da tritt unheimlich viel persönliches an den Tag. Weiters läßt sich eine Identifizierungspflicht etwa bei

Audiotextdiensten nur schwer realisieren. Netzwerkmedien haben außerdem einen starken Selbstregulierungscharakter.

Netzwerke müssen gewährleisten, daß Persönliches geschützt werden kann, ohne trapdoor-Funktionen, wie das beim Clipper-Chip vorgesehen war. Weiters sollten alle Objekte nur mit einer fälschungssicheren Unterschrift veröffentlicht werden, siehe Autonummer. Bei anonymen Diensten muß die Verantwortung durch einen Herausgeber oder ähnlichem geregelt werden. Und verbleibende müssen als solche gekennzeichnet werden; dort gibt es eben andere Spielregeln, das ist durchaus vorstellbar. Die Stadt Wien stellt ja auch freie Plakatflächen zur Verfügung.

ANHANG B: Materialien

B.1: Liste sprachbasierter kommunaler Informationssysteme

<p>Boston Peace and Justice Hotline, Boston, MA Ankündigungskalender aktueller Veranstaltungen und Ereignisse. Benutzer kann aufsprechen und abhören. Tel: 001-617-787 6809</p>
<p>RTK-Net, Washington D.C Zugriff zu Umweltdaten. Tel: 001-202-234 8570</p>
<p>CityFacts, Waterloo, Ontario, Canada Zugriff auf Texte aus einen kommunalen Informationssystem mittels Audiotexdienst und Fax-Funktion.</p>
<p>Grätzltelefon für den Raum Aspern Tel (+43 1) 589 30 22</p>

B.2: FreeNet-Systeme bzw. Organisationskomitees in Europa

Diese Liste umfaßt Organisationen, die mit dem National Public Telecomputing Network zusammenarbeiten

FINLAND

Educational Affiliates

Finland FreeNet - Helsinki
Heikki Korpinen
voice: +358-0-451-4007
e-mail: korpinen@FreeNet.hut.fi
Modem: 358-929292
Telnet: 130.233.208.40
Visitor login: visitor

GERMANY

Affiliates

FreeNet Erlangen-Nuernburg - Erlangen
Dr. Walter F. Kugemann
voice: +49-9131-85-4735
e-mail: Walter.Kugemann@fim.uni-erlangen.de
Modem: +49-9131-85-8111
Telnet: 131.188.192.11
Visitor login: gast

Organizing Committees

FreeNet Bayreuth - Bayreuth
Wolfgang Kiessling
voice: 0921/553134
e-mail: Wolfgang.Kiessling@Uni-Bayreuth.de

ITALY

Organizing Committees

Venezia FreeNet - Venice
Corrado Petrucco
voice: 039-41-721900
e-mail: conrad@cidoc.iuav.unive.it

SWEDEN

Organizing Committees

Medborgarnas Datanat - Norrköping
Kjell-Ove Martinsson
voice: +46-11-150000
e-mail: kjm@norrk.pp.se

B.3: Liste textbasierter kommunaler Informationssysteme⁸⁸

Dies ist eine Liste, der über Internet (Telnet-, Gopher oder WWW-Dienst) erreichbaren Community Information Systeme. Die aktuelle Systemliste kann über anonymen Internet-Datentransfer bezogen werden: <URL: ftp://sunsite.unc.edu/pub/docs/about-the-net/cwis/communets.>. Auf alle via Internet-Gopher oder Telnet erreichbaren Systeme kann über das folgende Gophersystem direkt zugegriffen werden. <URL: gopher://info.unc.edu/>. Einige World-Wide-Web-basierte Systeme können über die folgende Web-Seite erreicht werden: <URL: http://www.usask.ca/~scottf/free.html>

Akron Regional FreeNet Demo Gopher, USA gopher gopher.neoucom.edu 1070 Hardware/software: gopher+ Contact: Anne McFarland <r1asm@vm1.cc.uakron.edu> Gopher Admin: "Richard E. Depew" <red@neoucom.edu>	AzTeC Computing - Tempe, USA telnet 129.219.13.60; login as guest with password visitor Hardware/software: FreePort Contact: Joseph A. Askins <joe.askins@asu.edu>
Big Sky Telegraph - Dillon, Montana, USA telnet bigsky.bigsky.dillon.mt.us; login as bbs Hardware/software: SCO Unix on a 386 and 486 running XBBS Contact: Frank Odasz <franko@bigsky.dillon.mt.us>	Buffalo FreeNet - Buffalo, New York, USA telnet FreeNet.buffalo.edu; login as freeport Hardware/software: SunOS and FreePort Contact: James Finamore <finamore@ubvms.cc.buffalo.edu>
COIN - Columbia Online Information Network - Columbia, Missouri, USA telnet bigcat.missouri.edu; login as guest Hardware/software: Sun workstation with FreePort, Gopher, Pico, and Pine software Contact: Bill Mitchell <ccwam@mizzou1.missouri.edu>	CapAccess: The National Capital Area Public Access Network, Washington, DC, USA telnet cap.gwu.edu; login as guest with password visitor About end of August, telnet: capaccess.org Hardware/software: Sun SparcStation 10 running Freeport Contact: Taylor Walsh <twalsh@cap.gwu.edu>
Central Virginia's FreeNet - Richmond, USA WWW URL: http://FreeNet.vcu.edu/cvanet.html telnet FreeNet.vcu.edu; login as guest with password visitor Contact: Kenneth C. Guyre" <kguyre@cabell.vcu.edu>	Chebucto FreeNet, Halifax, Nova Scotia, Canada WWW URL: http://www.cfn.cs.dal.ca/ Or telnet cfn.cs.dal.ca; login as guest Contact: David John Murdoch <djm@duncan.alt.ns.ca>
Cleveland FreeNet, Case Western Reserve University - Cleveland, Ohio, USA telnet FreeNet-in-a.cwru.edu or telnet FreeNet-in-b.cwru.edu or telnet FreeNet-in-c.cwru.edu Hardware/software: Sun 6/690 running FreePort Contact: Jeff Gumpf <jag@po.cwru.edu>	Denver FreeNet - Denver, Colorado, USA telnet FreeNet.hsc.colorado.edu; login as guest Hardware/software: Sun SPARC 20/51 and IPC running FreePort Contact: Drew Mirque <dmirque@FreeNet.hsc.colorado.edu>
FreeNet Erlangen Nuernberg - Erlangen, Germany telnet 131.188.192.11; login as guest Hardware/software: Sun workstation running FreePort Contact: Peter Beck <peter.beck@fim.uni-erlangen.de>	Greater Detroit FreeNet, USA telnet detroit.FreeNet.org; login as visitor Hardware/software: Sun workstation running FreePort Contact: Paul Raine <raine@detroit.FreeNet.org>
Heartland FreeNet - Peoria and Bloomington/Normal Illinois, USA telnet heartland.bradley.edu; login as bbguest Hardware/software: Sun SparcII running FreePort Contact: Karen S. Eggert <xxadm@heartland.bradley.edu>	LA FreeNet, Los Angeles, USA telnet lafn.org Hardware/software: Sun workstation running FreePort Contact: Avrum Bluming <aa101@lafn.org>

⁸⁸ nach Judy Hallman <judy_hallman@unc.edu>, UNC-Chapel Hill

<p>Lorain County FreeNet - Elyria, Ohio, USA telnet FreeNet.lorain.oberlin.edu; login as guest Hardware/software: Sun workstation running FreePort Contact: Paul Boguski <boguski@FreeNet.lorain.oberlin.edu></p>	<p>National Capital FreeNet - Ottawa, Canada telnet FreeNet.carleton.ca; login as guest Hardware/software: Sun workstation running FreePort Contact: National Capital FreeNet Office <ncf@FreeNet.carleton.ca></p>
<p>North Texas FreeNet - Dallas, Texas, USA gopher metronet.com Select "NPTN TEXAS (FreeNet Information)"/" Hardware/software: gopher Contact: Ken Loss-Cutler <kenlc@tenet.edu></p>	<p>Prince George FreeNet, Canada telnet FreeNet.unbc.edu; login as guest Hardware/software: FreePort Contact: Linda Williams <linda@FreeNet.unbc.edu.</p>
<p>EMM (Reseau Electronique du Montreal Metropolitaine), Canada Le FreeNet de Montreal WWW URL: http://thym.remm.uqam.ca/ Contact: FreeNet@remm.uqam.ca</p>	<p>Rio Grande FreeNet - El Paso, Texas, USA telnet rgfn.epcc.edu; login as visitor Hardware/software: Sun workstation running FreePort Contact: Don Furth <donf@laguna.epcc.edu></p>
<p>SEFLIN FREENET - Southeast Florida Library Information Network, USA telnet bcFreeNet.seflin.lib.fl.us; login as visitor Hardware/software: Sun workstation running software shared in Florida Contact: Elizabeth Curry <currye@mail.seflin.lib.fl.us> or Craig Stillings <stillingsc@mail.seflin.lib.fl.us></p>	<p>SLONET - San Luis Obispo, USA gopher slonet.org Contact: Phil Wagner <pwagner@slonet.org></p>
<p>Tallahassee FreeNet - Tallahassee, Florida, US telnet FreeNet.fsu.edu; login as visitor Hardware: IBM RS/530 running AIX Sun Sparc 10 running SOS DEC 3000 Alpha 400 running OSF1 Software: Developed by Diane Wood ftp.scri.fsu.edu /pub/TFN Contact: Hilbert Levitz <levitz@cs.fsu.edu></p>	<p>The Digital City, Amsterdam, Netherlands telnet dds.hacktic.nl; login as gast or guest Hardware/software: Solair 10/30 running SunOS with FreePort software Contact: Marleen Stikker <stikker@hacktic.nl> Joost Flint <Joost@hacktic.nl> Felipe Rodriquez <felipe@hacktic.nl</p>
<p>The WELL, USA gopher gopher.well.sf.ca.us Or telnet well.sf.ca.us; login as guest Contact: support@well.sf.ca.us</p>	<p>Toledo FreeNet, Toledo, Ohio, USA telnet fnet.cc.utoledo.edu; login as visitor with password visitor Hardware/software: Sun Sparc 2 with CIX software Contact: Rebecca Dent <rad@uoft02.utoledo.edu> or John Heiden <jheiden@uoft02.utoledo.edu></p>
<p>Traverse City Freeport, Michigan, USA telnet leo.nmc.edu; login as visitor Contact: Bob Sturtz <bsturtz@leo.nmc.edu></p>	<p>Tri-State Online - Cincinnati, Ohio, USA telnet tso.uc.edu; login as visitor. Hardware/software: UNIX and CIX Contact: Steve Shoemaker <sshoe@tso.uc.edu></p>
<p>Triangle FreeNet - Research Triangle Park area of NC, USA gopher tfnet.ils.unc.edu Or telnet tfnet.ils.unc.edu; login as FreeNet Hardware/software: gopher on an HP9000/360 Contact: Judy Hallman <judy_hallman@unc.edu></p>	<p>Victoria FreeNet - Victoria, British Columbia WWW URL: http://FreeNet.victoria.bc.ca/vifa.html Or gopher FreeNet.victoria.bc.ca Or telnet FreeNet.victoria.bc.ca; login as guest Hardware/software: Sun workstation running FreePort for telnet access Contact: Gareth Shearman <shearman@FreeNet.victoria.bc.ca></p>
<p>Wellington Citynet - Wellington, New Zealand gopher gopher.wcc.govt.nz Or emulate a vt100 and telnet kosmos.wcc.govt.nz, login as NEW to register Hardware/software: gopher Contact: Richard Naylor <rich@tosh.wcc.govt.nz></p>	<p>Youngstown FreeNet, USA gopher yfn.yzu.edu Or telnet yfn2.yzu.edu; login as visitor Hardware/software: Multiple Sun workstations running FreePort for telnet access Contact: Lou Anschuetz <lou@yfn.yzu.edu></p>

B.4: Liste der “Gebäude” der Digitalen Stad in Amsterdam.

Die meisten “Gebäude” entsprechen Organisationen, die sich in diesem System präsentieren bzw. die Informationen anbieten.

Achter de Regenboog (Stichting)	Filmhuis XI	Opportunity in Bedrijf
Activiteiten van Homosexuele Y-landers	Filmkrant	Pandora, stichting
Ada Project, the	Forum	Peace Project
AdamNet	Gay Games	Perdu, stichting
ADO -Anti Discriminatie	Gaylinc	Pezzi
Overleg	Gehandicapten Software Centrum	PH31
Advocare	Golfnet	Platform Binnenstad Autovrij
Afriesj Reizen	Greenpeace	Platform Telewerken
Against Racism	Groen Links	Polytechnisch Tijdschrift
Agora Europa, stichting	Groen Links en Europa	Pop Against Racism
Allochtoon Video Circuit	Groene Amsterdammer, de	Power Radio
Amnesty International Amsterdam	Haikupad naar Doolhof, van Helpdesk	Press Now
Amsterdams Fonds voor de Kunst	Hivnet	Prijsinformatie De Digitale Stad
Amsterdams Uit Buro	Hivos	Quality Software
Amsterdamse Telematica Raad	Hoeksteen, De	RADAR
Anne Frank Stichting	Hogeschole in Nederland	Radio Netherlands
ANP Nieuws	Homodok	RAPID
Anti-discriminatie bureaus	Inburgernet	Rathenau instituut
APCP	ING bank Amstelveen	Ravijn, uitgever
Aric	Instituut voor Publiek en Politiek	Referendum website
Arti et Amicitiae	Intakt beveiliging	Refworld
Artis Zoo Amsterdam	Internet bloemen service	Rembrandthuis, Het
Artvision	Internet College	Rockropolis
Ashraf Reizen	Internet kaart Nederland	Roze Zaterdag 1997
Asielzoekerscentrum Drachten	Internet Movie Database	Salto Omroep Amsterdam
Automatisering Gids	Internet Vrouwen	Saparua
Averroes Stichting	ISIS	Schaakkampioenschappen, Nederlandse
AZC Burgh Haamstede	ISMS	Scheltema Holkema Vermeulen
Balie, de	Jansen & Janssen	Scouting
Baobab Reizen	JobNews	Serviceburo Europa (REGR.NL)
Bazar Latino	Jobs	SFA-Financieel Adviseurs
Bedrijven Centrum voor Vrouwen	Justitie Vreemdelingenbeleid	Shoestring Company, The
Belastingdienst	Kidalert	SIB Amsterdam
Belle van Zuylen Instituut	Kidlink	Sigra
Beurs T.V.	Kidon Media Link	SIPRI
Bibliotheken	Kinderen voor Vrede	Sitara, Stichting
Binnenlandse Zaken	Kindertelefoon, de	SKVA / Kunstweb
BIZA	KIT -Soeterijn theater	SKVA / Kunstweb
Bouwproject IJburg	Koning Aap reizen	SNP Natuurreizen
Buiten Beelden Binnen Amsterdam	KWW-TV	St. Europa Centrum
Bureau Coördinatie Emancipatie	Laatste nieuws in DDS	Stadhuis Amsterdam
BVEnet	Laurens Jansz. Coster	Startnet Noord
Channels, the	LBR	Steim
Chinese Jongeren Organisatie	Le Weblouvre	STEW
City Net, Amsterdam	Lesbisch Archief Amsterdam	Stichting Agora Europa
CJO	Libelle	Stichting Omroep Allochton (STOA)
CJP Café	Loesje	Studieverenigingen
COC	Lokale Nieuwsdienst Amsterdam	Studio Brandend Zand Light Design
Commissariaat voor de Media	Loket Parlement	Summum Reizen
Congoned	LOKV	Sur Vive-It
	Maasstad Radio	
	Mediaage.net	

<p>Consortium, Het Cyberchess club D H K de DigitaleHuiskamer DB.NL DDS kantoor De Jonge Onderzoekers DELA Depo, Y-tech Desk.nl Dictionary of Computing Digi's Digitaal adverteren voor DDS bewoners en bezoekers Digitaal Werknet Nederland Digital Galleries and Museum Digitale Advocaat, de Digitale Regio Friesland Digitale Regio Limburg Digitale Regio Twente Digitale Regio Utrecht Digitale School, de Digitale Stad Delft Digitale Stad Den Haag Digitale Stad Eindhoven Digitale Stad Groningen Digitale Stad Leiden & Omstreken Discussiegroepen in DDS Documentaire Kanaal Documentary Filmsite Dodenkunst Doodgewoon Droomtheater Drugsplein Echo Economische Zaken Emancipatie Adviesraad Emancipatie Bureau Amsterdam Envirolink Network, the Euro Summit Amsterdam Europees Parlement Europese Beweging Nederland Europese Commissie Europese Commissie Bureau Nederland EZ-winkel Fanspot Fietspad langs de digitale snelweg Filmfestival Rotterdam</p>	<p>Meer Kleur in de media Melkweg Memento Mori ME-Net Metro Midlink Magazine Migranten Televisie Amsterdam Mileudefensie, vereniging Milieu Loket Milieuboek, boekhandel Moluks historisch museum sedjarah maluku Mona Lisa Club Monster Board, The Monte Video Montessori Scholengemeenschap Amsterdam Mooi Zo, Goed Zo Museum of the city of New York Nationaal Brandweer Documentatie Centrum Nationaal Chipcard Platform, stichting Nederlands Filmmuseum Nederlands Migratie Instituut Nederlands Pop Instituut Netherlands FAQ Netview Next 5 Minutes Nieuwsgroepen in DDS Nine Planets, the NIZW No boundaries Noord Holland Nu NOS Teletekst Noticias Nova College NPS Nucleaire Geneeskunde (Ziekenhuis Rijnstate) OC&W Onderwijsprojecten Onze Taal Open Space Openbare Bibliotheek Amsterdam</p>	<p>Surya radio Tamara Technika 10 Teylers Museum Theater concert online Thika Travel Transparant Amsterdam Triple X TTP/Automatiseringsdiensten Tweehek - jeugdvakantiekampen Uitvaart.nl Ultimate Band List, the Ultimate Gay Links United Nations Universiteiten in Nederland VADA, Voor Allochtonen Door Allochtonen Vakantie Kampen (Stichting) Verloren Zaak, de Virtual Tourist II, the VNC Travel Vocaal Ensemble Tiercero Vormgevings Instituut VPRO Vrienden van het Vondelpark Vrouwen Belangen Vrouwenhuis VWS Werkgroep arbeid v.d. Clientenbond in de GGZ Westerdok Bewonersvereniging Wijkcentrum Havens Oost Witfiets WK Voetbal 1998 Wouw Xantippe XS4ALL Yahoo Computers Y-tech ZAMI ZAO Zoo Artis Amsterdam Zorg en hoop Zuinigheid met Stijl (Stichting) Zwaluwen, de</p>
--	---	--

Lebenslauf

Roland Alton-Scheidl

Geboren am 1. 10. 1964 in Zürich

1971 bis 1975: Volksschule in Fritzens (Tirol)

1975 bis 1983: Bundesrealgymnasium Innsbruck

1980 bis 1985: Feriarbeiten als Elektroniker bei Firma Gradl, Terfens/Kolsaß (Tirol)

1983 bis 1990: Studium der Informatik an der TU Wien und Besuch der Medienklasse der Hochschule für Angewandte Kunst; Diplomarbeit "Kommunikation in der telematischen Gesellschaft" (Abschluß Dipl.-Ing.)

1991: Softwareentwickler (Casino - Netzwerk) bei Firma Grips, Graz

1992: Projektarbeit am Zentrum für Soziale Innovation (Wien) zum Thema: "Technologische Kultur"

12.6.1992: Hochzeit mit Juliane Alton

1992 bis März 1998: wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien

1995: Mitbegründer der PUBLIC VOICE Telekommunikationsgesellschaft mbH

1996 bis 1997: Assessment Manager im EU Projekt Web4Groups

seit 1996: Leiter des PUBLIC VOICE Labor
(Verein zur Förderung telematischer Alltagskommunikation mittels telematischer Netzwerke)

12.7.1996: Geburt des Sohnes Leonhard

seit 1997: Virtual Correspondent für Europe Online

26.3.1998: Geburt der Tochter Verena

seit Juli 1998: Berater im EU-Projekt „TRIMEDIA“

Lehraufträge:

SS 1995: TU Wien

November 1996: Institut Eurecom, Sophia-Antipolis, Frankreich

Studiengang 1997: Donauuniversität Krems

September 1997: Technische Universität Stockholm

WS 1997: Universität Salzburg - Publizistik